

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. Dezember 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementpreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. vierteljährlich 3,50 Mk. halbjährlich 6,50 Mk. jährlich 12,00 Mk. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postgebühren in die Postzeitungsbüros. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Intensions-Gebühr

Besteht für die festgesetzte Anzahl von Wörtern oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (vollständige) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlußzeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Intenrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Der Kampf zwischen Liberalen und Konservativen in Ostpreußen.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Ostpreußen war in den letzten Jahrzehnten die unbestrittene Domäne der Konservativen und des Bundes der Landwirte, nur in Königsberg und einzelnen wenigen größeren Provinzstädten hatten die Liberalen, Nationalliberalen wie Volksparteiler, die hier auf Grund eines für die Provinz abgeschlossenen Abkommens gemeinsam operierten, einige Bedeutung. Fast das ganze flache Land und die kleinen Städte standen unter dem Banner der Konservativen, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden politischen und wirtschaftlichen Machtmitteln dieses Gebiet beherrschten. Lediglich der Sozialdemokratie war es bisher gelungen, ihnen auf dem Lande etwas Abbruch zu tun, die Liberalen hatten längst jeden ernstlichen Versuch, die Konservativen zu verdrängen, aufgegeben. Die Eroberung von Memel-Heudekrug durch den Nationalliberalen Schwabach beweist nichts; denn dieser Kreis war nach dem Tode Moltes niemals fester Besitz der Konservativen und zudem durch seine wirtschaftliche Struktur und die Eigenart seiner Bewohner für die klingende Propagandamethode des Millionärs Schwabach nie geschaffen.

Dieser Zustand hat sich mit einem Schlage geändert. Die Haltung der Konservativen bei der Finanzreform, der Sturz Bülow's und ihr Zusammengehen mit dem Zentrum hat auch in Ostpreußen bis weit in die konservativen Kreise hinein eine Verwirrung ausgelöst, die die Liberalen Morgenluft wittern ließ. Die Nationalliberalen nutzten die Situation schnell aus, einigten sich mit den Volksparteilern über die diesen zur Bearbeitung zu überlassenden Wahlkreise und gingen den Konservativen energisch zu Leibe. In allen Städten und zahlreichen größeren Ortschaften hielten sie Versammlungen ab und gründeten nationalliberale, patriotische, mittelparteiliche, nationale und sonstige Wahlvereine, die nimmehr Sammelbecken für alle mit der Haltung der Konservativen unzufriedenen bürgerlichen Elemente wurden. Ganz offen erklärte ein nationalliberaler Redner im Dezember v. J. in Insterburg in einer dortigen Versammlung, nachdem er die durch die Konservativen geschaffene politische Situation geschildert hatte:

„In einem solchen Augenblick erscheint es geradezu als eine national-politische Pflicht, auch in unserem Wahlkreis eine feste Organisation des nationalliberalen Wahlvereins zu schaffen. Um ihn werden sich dann säubern: erstens selbstverständlich die Männer, die in ihrer politischen Überzeugung immer nationalliberal gewesen sind und oft den Mangel einer Organisation schmerzlich empfunden haben. In dem nationalliberalen Wahlverein werden zweitens alle diejenigen eine ihrer politischen Auffassung am nächsten kommende Sammelstelle erblicken, die bisher vielleicht mit der konservativen Partei mitgelaufen sind, nun aber es für unmöglich halten, für deren Programm noch mit dem Wahlzettel einzutreten.“

Bezeichnend ist, daß es vorwiegend Beamte, wie Richter, Staatsanwälte, Oberlehrer und ähnliche sind, die die Fahne der Rebellion erhoben und die Gründung und Leitung dieser antikonservativen Organisationen in die Hand genommen haben. Freilich, zu verwundern ist das nicht, denn gerade diese Kreise haben sich längst nur mit stummem Ingrimm der agrarkonservativen Gewaltherrschaft gefügt; sie waren längst, wie es in der Abfrage der Elbinger Konservativen an Herrn v. Oldenburg heißt, mit dem rücksichtslos eigenen, demagogischen Vorgehen des Bundes der Landwirte nicht einverstanden. Dazu kommt, daß die Junker sie wohl benutzten, im übrigen aber sie nicht viel höher bewerteten, als ihren Instmann, der für sie arbeiten darf, aber nichts zu sagen hat.

Auch die Geschäftsleute, die Handwerker und sonstige Angehörige des Mittelstandes, die durch den brutalen Terror, den der Bund der Landwirte hier im Osten ausübt, seit Jahren zu Parteigängern der Konservativen gepreßt waren, atmeten auf, strömten in großer Zahl zu den liberalen Versammlungen und stimmten jubelnd den gegen die Konservativen gerichteten Reden zu. Die Mutigsten schlossen sich auch den sogenannten mittelparteilichen nationalen Wahlvereinen an. Die Bauern, bei denen ein instinktiver Haß gegen die Junker traditionell ist, wurden durch den unter national-liberalen Einfluß stehenden Bauernbund gegen die Konservativen nicht ohne Erfolg mobil gemacht. Denn diese neue Organisation bot ihnen auf wirtschaftlichem Gebiete das gleiche, wie der Bund der Landwirte, und sie brauchten sich fürderhin nicht mehr die junkerliche Bevormundung gefallen lassen. Mit großem Eifer betonten die liberalen Parteisekretäre, deren jetzt bereits mehrere in der Provinz angestellt sind, die schutzvöllerische Gesinnung der Liberalen. Ihr Generalsekretär wies in einer der Abwehr konservativer Angriffe dienenden öffentlichen Erklärung im März d. J. darauf hin, daß der Bauernbund und die Liberalen an der Schulpolitik festhielten, aber nicht an der Carrivischen, sondern an der alten Bismarckischen, die 1902 wieder zu Ehren gekommen sei.

Die Konservativen versuchten anfangs, dieser rührigen liberalen Propaganda gegenüber eine gewisse Würstigkeit an

den Tag zu legen. Herr v. Oldenburg redete von den Koddrien, konfusen Liberalen. Doch erkannten sie bald den Ernst der Situation und machten die bündlerischen Wanderredner mobil. Die Rede in deren Versammlungen belehrte sie indes, daß ihre Machtposition in der Provinz ernstlich bedroht war. Wie schlimm es um sie bereits stand, wurden sie erst gewahr, als bei der Nachwahl ihnen die Liberalen den bombastischeren Wahlkreis Ost-Diecko-Johannisburg im ersten Wahlgange abnahmen.

Nunmehr wurde der ganze konservative Parteiapparat in Bewegung gesetzt. Der Landrat trat in Aktion. Im Sommer d. J. tagte in Allenstein der Landratstag, und zufällig auch am selben Ort, zur selben Zeit und im selben Lokal eine Besprechung der konservativen Vertrauensmänner der Provinz. In geistige Unkosten scheinen die Herren sich dort nicht gestürzt zu haben, denn die ganze Abwehraktion, die danach einsetzte, bewegte sich in dem alten Gleise landräulicher Wahlmache. Man versuchte, vor den Liberalen grübelig zu machen dadurch, daß man sie als Verbündete der Sozialdemokratie hinstellte und die nationalliberale „Königsberger Allgemeine Zeitung“, ein in widerlichem Byzantinismus machendes Scharfmacherorgan schlimmster Art, als sozialdemokratisches Blatt bezeichnet. Landrat und Gendarmerie versuchten, bei Gastwirten und Hoteliers auf dem Lande und in den kleinen Städten die Ersetzung dieses Blattes durch die agrarkonservative „Ostpreussische Zeitung“ herbeizuführen. Den wirtschaftlich und politisch Abhängigen, die gewagt haben, sich den Liberalen zuzuwenden, läßt man die Uebermacht, die die Agrarkonservativen nun einmal in allen öffentlichen Körperschaften der Provinz haben, rücksichtslos fühlen.

Indes scheinen die Herren ein richtiges Vertrauen zu der Wirksamkeit dieser alten Mittel selbst nicht mehr zu haben, und sie sollen nach den in die Presse gelangten Nachrichten auch dazu übergegangen sein, die Junker ihrer Kandidaten für die nächste Wahl einer ernstlichen Prüfung zu unterziehen. Einige jeweilige Abgeordnete sollen da schlecht standgehalten haben. Sie werden wahrscheinlich durch zuträfflichere Kandidaten ersetzt werden. Selbst die konservative Spiritusleuchte Kreth will man in Stallupönen-Darkehmen durch einen Landrat ersetzen.

Nun, der Wahlausfall in Labiau-Wehlau hat bewiesen, daß ihre rührige Abwehraktion den Konservativen bisher wenig genutzt hat, jedenfalls das siegreiche Vordringen der Liberalen nicht hat aufhalten können. Gleichwohl hat diese Wahl aber auch gezeigt, daß die Bäume der Liberalen nicht in den Himmel wachsen, und daß es eine Illusion ist, anzunehmen, die ostpreussischen Wahlkreise ließen sich den Konservativen im Sturm abjagen, ein Gedanke, der sich nach dem Erfolg in Ost-Diecko in vielen liberalen Köpfen festgesetzt hatte. Es ist auch eine arge Selbsttäuschung, wenn die Liberalen sich einreden, in den eroberten ostpreussischen Kreisen habe der Liberalismus gesiegt, und diese Siege seien ein Beweis für das Vordringen der liberalen Ideen in Ostpreußen. Nichts irriger wie das. Die Wähler, die in Ost-Diecko wie in Labiau-Wehlau den liberalen Kandidaten wählten, haben in ihrer überwiegenden Mehrzahl wohl kaum eine Ahnung davon, was Liberalismus bedeutet. Nicht aus liberaler Überzeugung oder aus Sympathie für die Liberalen gaben sie diesen ihre Stimme, sondern hauptsächlich aus Abneigung und Haß gegen die Konservativen. Diesen, deren Hochmut und brutale Unterdrückung sie seit Jahren schmer empfinden, über deren schamloses Verhalten bei der Finanzreform sie empört waren, wollten sie eine Niederlage bereiten, deshalb wählten sie, soweit die sozialistische Aufklärung bei ihnen noch nicht Boden gefaßt hatte, liberal.

Derartige aus augenblicklichen Stimmungen und Bestimmungen geborenen Erfolge pflegen nicht von langer Dauer zu sein, und es erscheint sehr zweifelhaft, ob die allgemeinen Wahlen im nächsten Jahre das halten werden, was die seitherigen Nachwahlen versprochen. Jedenfalls haben die Liberalen im nächsten Jahre unter ungemein ungünstigeren Verhältnissen gegen die Konservativen zu kämpfen als bei den erwähnten Nachwahlen. Ihnen dürften nicht entfernt die sekundären Mittel und die große Zahl von Agitationskräften für die einzelnen Kreise zur Verfügung stehen, wie sie sie bei den Nachwahlen zur Verfügung hatten. Hingegen wird für die Konservativen in allen Kreisen der behördliche Apparat mit der gleichen Intensität funktionieren wie bei den Nachwahlen, und die Großgrundbesitzer werden ihre wirtschaftliche Uebermacht mit derselben Rücksichtslosigkeit den abhängigen Wählern fühlen lassen, wie bisher, eher noch etwas ärger.

Daß bei einem so heißen Ringen zweier so reich mit Geld und politischen und wirtschaftlichen Machtmitteln ausgestatteten Parteien um die Gunst der überwiegend politisch sehr rückständigen und wirtschaftlich abhängigen Wähler die Sozialdemokratie, die weder über die Geldmittel verfügt, noch frei und ungehindert agitieren kann, vorübergehend etwas ins Hintertreffen gerät, darf nicht wundernehmen. Sie verliert vorerst die Wähler, die, ohne innerlich zu ihr zu gehören, bisher ihrer Empörung über die Politik der Konservativen in Ermangelung eines ernsthaften liberalen Kandidaten durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels Ausdruck gegeben hatten. Wie der Ausgang der Wahl in Labiau-Wehlau zeigt, waren dort diese Wilsäuser bereits bei den Spottwahlen abgefallen und zu den damaligen Blockbrüdern der Liberalen, den Konservativen, abgeschwenkt. Der

damals festgebliebene Stamm sozialdemokratischer Wähler hat auch bei der heurigen Wahl treu zur Partei gehalten, und das, obwohl durch eine geradezu amerikanische W.h.mache der Liberalen der Wahlkreis aufgewühlt wurde, wie nie zuvor, und die Konservativen in der unerhörtesten Weise ihre Machtmittel zur Anwendung brachten. Na, es wurden sogar noch einige hundert sozialdemokratische Stimmen zugezogen. Daß auf diese Wähler die Partei rechnen kann, beweist auch die bewundernswürdige Disziplin, die sie bei der Stichwahl bewiesen.

Dieses Ergebnis bietet uns die Gewähr, daß unter normalen Verhältnissen die Sozialdemokratie auch in Ostpreußen ihren unaufhaltbaren Vormarsch fortsetzen wird.

Kein Zweifel, das Vorgehen der Liberalen in Ostpreußen ist insofern zu begrüßen, als es dazu beiträgt, den Bann der Konservativen, der wie ein Alp auf das politische und wirtschaftliche Leben der Provinz lastet, zu brechen, politische Neugestaltungen zu schaffen und das politische Leben reger zu gestalten.

Dadurch dürfte auch für die sozialdemokratische Saat der fruchtbare Boden empfänglicher werden. Denn das sollten die Liberalen sich nicht verhehlen: der endgültige Entscheidungskampf wird ebenso wie im Westen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, auch im Osten zwischen Sozialdemokraten und Konservativen ausgefochten werden.

## Hundert Mißhandlungen in 1 1/2 Stunden.

„Mindestens hundert solcher Fälle habe ich in dieser Zeit von 9 bis 11 oder 1 1/2 Uhr beobachtet.“ erklärte in der Donnerstags-Sitzung des Moabiters Prozesses der Zeuge Griebe, nachdem er anschaulich geschildert hatte, wie fast jeder Passant, der an dem betreffenden Tage zu jener Zeit an dem Schumannsaufgehöb an der Ecke der Weisestraße und Hüttenstraße vorbeikommt, in der brutalsten Weise ohne jeden Grund verprügelt wurde. Hundert Fälle in 1 1/2 Stunden! Wo bleibt da die Verlegenheitsrede von den „einzelnen Fällen“. Dabei ist die Angabe des Zeugen Griebe nur eine unter vielen. Ein anderer Zeuge hat in kurzer Zeit mehr als dreißig derartige Mißhandlungen gesehen. Es ist für alle diese Fälle charakteristisch, daß sie zu einer Zeit geschehen, da Menschenansammlungen absolut nicht vorhanden waren, wo von einer Bedrängung der Schupsteute in keiner Weise die Rede war. Es ist also auch nicht einmal als milderndes Moment geltend zu machen, daß die Polizeibeamten durch kurz vorher ausgeführte Wachen, durch Herausforderungen, durch zusammengeworfene Menschenmassen gereizt worden seien. Sondern es liegt hier so klar wie nur möglich zutage, daß lediglich die Lust an der Gewalttat und Rohheit sie zu ihren Handlungen gebracht hat, daß die Schupsteute sich gewissermaßen für ihren schweren, langen Dienst schadlos hielten durch wahllose Verprügelung friedlicher Passanten, daß sie eine grimmige Befriedigung dabei empfanden, die Bürger an canaille behandeln zu können. Charakteristisch für die Stimmung der Schupsteute ist ein Nebenmerkmal, den der Zeuge Griebe beobachtet hat. Er sagte aus, daß verschiedene der Passanten bei der Verprügelung ihren Hut verloren. Ihre Ausrufe: „Mein Hut! mein Hut!“ wurden von den Schupsteuten mit der höhnischen Aufforderung beantwortet, doch den Hut zu holen, und wenn sich einer dadurch verleitete, noch einmal zu diesem Zwecke umzukehren, so erhielt er aufs neue Schläge.

Wie geschildert worden ist, das geht mit grauer Deutlichkeit aus der Tafel hervor, daß der Zeuge Webenner das Klatschen der Hiebe drei Stod hoch so deutlich vernahm, daß er erregt aus dem Bett sprang. Und vor den Tisch des Gerichts trat in dieser Sitzung Zeuge um Zeuge, der viele Wochen im Krankenhaus oder in ärztlicher Behandlung zubringen mußte, der lange Zeit arbeitsunfähig war infolge fürchterlicher Säbelhiebe, die ihm die „Sicherheits“-Beamten beibrachten. Und das Charakteristische ist wieder, daß keiner dieser Verletzten seine Wunden in einer von den Schupsteuten attackierten Menschenmenge erhalten hat. Es handelt sich allemal um Leute, die fern von Zusammenrottungen waren, die der von den Schupsteuten getriebenen Menschenmasse weit voraus-eilten und von entgegenkommenden Polizeibeamten gefangen wurden, oder die sich in von solchen größeren Ansammlungen gänzlich freien Straßen bewegten. Sie wurden gefaßt, weil es den betreffenden Beamten gefiel, zu haufen — ein anderer Grund ist nicht ersichtlich. Und daß manche Vorgesetzten bei solcher Säbelerei mit dabei waren, das haben auch in dieser Sitzung wieder verschiedene Aussagen ergeben. An der Spitze der Schupsteute, die in den Hof der Turbinenfabrik der A. E. G. eindringen und dort ohne weiteres, ohne sich erst im geringsten zu vergewissern, loszuschlagen, den Inspektor auf ein Haar verhaften hätten und einen jungen Menschen zu Boden säbelten, war ein Leutnant. Und bei der Räumung eines Lokals in der Weisestraße war's ein Leutnant, der das Kommando zum Verprügeln der Leute gab, die die Weisestraße gemäß dem Gebot der Polizei verließen. Bei den massenhaften Verprügelungen, den mehr als dreißig Fällen, die der Zeuge Webenner gesehen hat, war ein Polizeileutnant in der Nähe; es wäre mehr als merkwürdig, wenn der Herr nicht den einen oder den anderen dieser Fälle gesehen hätte. Ein Eingreifen von seiner Seite aber ist absolut nicht zu bemerken gewesen. Ein Leutnant war dabei, als der Schupsteute Reumann geschlagen wurde.

Empörende Einzelheiten sind in dieser Sitzung wieder zur Sprache gekommen — die niederträchtigste aller Missetaten, das Einhaufen mehrerer Schupsteute auf einen bereits hilflos am Boden liegenden ist auch keine vereinzelte Erscheinung, ist auch keine Ausnahme mehr. Und die Schlagenden haben sich mehrfach



gefesselt, Leute, die die Vertumbeten aufrichten und ihnen fortzuziehen wollten, mit Drohungen davonzujagen.

Unübersehbar schwillt das Material gegen die Polizei an. Immer jämmerlicher aber werden die Angaben der Polizeizeugen. Die Donnerstag-Sitzung war geradezu ein Aufmarsch von Jagotz-Freiwilligen, die nichts weiter oder doch nicht viel mehr zu behaupten hatten, als das eine: „Ich habe nichts gesehen!“ Die darüber hinaus noch etwas zu sagen hatten, waren die Ausnahmen — mit welchen Augen man die Vorgänge angesehen haben, verrät die Hartnäckigkeit, mit der der Zeuge Dr. Silberriet den Ausdruck „Durchbrechen der Schutzmantel“ anwendete. Er war ihm so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß er schließlich gar zwei Kinder, die durchgelassen wurden, die Kette durchbrechen ließ. Für seine absonderliche Vermutung, daß Radfahrer, die er in den Menschenmengen gesehen, Rädelführer gewesen seien, hatte der Herr nur die eine dürftige Tatsache anzuführen, daß diese Radfahrer von der Menge durchgelassen worden seien. Kühne Logik! Der letzte der von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen hat in dankenswerter Weise die Behauptungen der Verteidigung bestätigt, daß die Ausstellungen des ersten Tages ausschließlich vom Jagotz begangen wurden. Unter Umständen erweist sich so auch einmal einer von Jagotz' Leuten als ein Zeuge von Belang. Aber die Polizei und die Staatsanwaltschaft haben dann meist keinen Grund, von der Aussage befriedigt zu sein.

## Raubbau und Viehverfeuchung.

Der badische Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, hat es schon durch seine bekannte Aeußerung, daß die Sozialdemokratie eine grobhartige Bewegung sei, gründlich mit den konservativen und ultramontanen Agrariern verdorben, seine neuesten Ausführungen in der badischen Landwirtschaftskammer über die Verfeuchung des süddeutschen Viehs durch das norddeutsche werden aber die Entrüstung der Agrarier zur hellroten Flamme aufstacheln, so daß wir uns in nächster Zeit auf die possibelsten Ergüsse der konservativen Agrarierseele gefaßt machen können.

In der vorgestrigen Sitzung der badischen Landwirtschaftskammer, die unter dem Vorsitz des Prinzen Löwenstein stattfand (dessen, aus dessen Stallungen mehrfach feuchtkrankes Vieh nach Heidelberg geliefert worden ist), kam nämlich die Anfrage zur Verhandlung, weshalb die badische Regierung von der Reichsregierung die Verächtlichmachung zur Einfuhr von französischem Vieh in Baden erwirkt habe. Der geschäftsführende Direktor der Kammer begründete eine Entscheidung der Kammer, wonach nach der derzeitigen Marktlage kein Bedürfnis für die Einfuhr französischen Viehs vorhanden sei und die Landwirtschaftskammer in der Fortdauer der Einfuhr eine bedenkliche Schädigung der Entwicklung der einheimischen Viehzucht erblicke.

Der Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, wies, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, in seiner ausführlichen Erwiderung darauf hin, daß nach dem Wortlaut des Reichsgesetzes kein Anlaß mehr vorgelegen habe, die bisherige Sperre gegen Frankreich aufrechtzuerhalten, nachdem dort schon seit 12 Jahren die Maul- und Klauenseuche völlig erloschen sei. Ein Vorstoß gegen die einheimischen Interessen der badischen Landwirtschaft könne in der Zulassung französischen Viehs in die badischen Schlachthöfe nicht erblickt werden, da feststehe, daß die badische Viehzucht in erster Linie mehr auf Gewinnung hochwertiger Zuchtviehs als von Schlachtvieh gerichtet sei. Wie ferner aus dem ausführlichen Rückgang des Viehstands in Bayern, Württemberg und auch in Baden hervorgehe, habe die einheimische Landwirtschaft Badens Raubbau in ihrer Viehzucht getrieben, das heißt mehr Zuchtvieh auf die Schlachthöfe geführt, als den Interessen der Rucht entprochen hätte. Süddeutschland sei gar nicht in der Lage, den Bedarf seiner Bevölkerung an Schlachtvieh zu decken. Der Bezug von Schlachtvieh aus Norddeutschland sei aber bedenklich, weil dort fast niemals die Maul- und Klauenseuche erlosche und immer wieder vom Norden nach Süddeutschland verschleppt würde. Gerade vom Standpunkt der Landwirtschaft aus sei die Zulassung französischen Viehs berechtigt und notwendig gewesen. Der Minister des Innern erklärte mit aller Bestimmtheit für ausgeschlossen, eine bindende Erklärung darüber abzugeben, daß in nächster Zeit die Einfuhr wieder gesperrt würde, solange Frankreich von der Maul- und Klauenseuche frei sei.

Alle Befehle des Ministers waren jedoch vergeblich; bei der Abstimmung wurde die Entschliessung der Landwirtschaftskammer nahezu einstimmig angenommen.

Berüchtigt sind die Ausführungen des Freiherrn v. Bodman zweifellos, denn wie in Bayern ist auch in Baden das Ergebnis der außerordentlichen Viehzählung vom 1. Dezember dieses Jahres recht mager. Nach amtlicher Mitteilung nimmt der Rindviehstand Badens in den letzten Jahren fortwährend ab. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Rückgang an Rindern 8000, gegenüber der Zählung vor drei Jahren 41 000. Der Schweinebestand hat im letzten Jahr etwas zugenommen, bleibt aber immer noch hinter der Zählung von 1907 um rund 45 000 Stück zurück. Doch mag Herr v. Bodman auch noch so recht haben; seine Ausführung über die Verfeuchung des norddeutschen Schlachtviehs wird ihm das preussische Junkertum nie verzeihen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Dezember 1910.

### Ein Spionage-Prozess.

Am Mittwoch und Donnerstag wurde vor dem Reichsgericht in Leipzig eine Spionageaffäre gegen zwei englische Offiziere verhandelt, die von einer Reihe von deutschen Seebefehlshabern Photographien aufgenommen und auch sonst sorgsam gesicherte militärische Geheimnisse zu erkunden versucht hatten. Da das Beweismaterial offensichtlich vorlag und die beiden Spione auch gar keinen Versuch machten, zu leugnen, sondern sowohl ihre Spionage als auch die Strafbarkeit ihres Vorgehens ohne weiteres zugaben, rollte sich die Verhandlung glatt ab. Am zweiten Verhandlungstag fanden bereits die Plaidoyers statt und am demselben Tage noch wurde das Urteil gefällt, das auf je vier Jahre Festung lautete. Als strafmildernd hatte das Reichsgericht es angesehen, daß die beiden Offiziere im Dienste ihres Vaterlandes, also nicht ehrenlos geschickelt hätten. Andererseits wurde jedoch die „große Gefährlichkeit der Handlungswiese“ der Angeklagten berücksichtigt und „der große Schaden, der hätte entstehen können oder vielleicht schon entstanden ist“.

Daß England wie alle Militärländer, wie auch Deutschland, Spionage treibt, ist allbekannt und selbstverständlich. Insofern beansprucht der Prozeß keinerlei Bedeutung. Er könnte sie nur dadurch gewinnen, daß unsere Chaubinisten aus der — wie gesagt, ganz selbstverständlichen — Tatsache, daß England die deutschen Seebefehlshabern auskundschaften suchte, die lächerliche Folgerung ziehen sollten, daß England an einen Angriffskrieg gegen Deutschland denke. Schon hat ja die Presse dem Reichsanwalt eine solche Aeußerung unterstellt, die von diesem allerdings dementiert worden ist. Eine solche Folgerung wäre auch ebenso töricht wie gewissenlos. Beweist doch die englische Spionage nicht mehr, als daß das militärische England gegenüber Deutschland ebenso auf der Hut ist, wie das militärische Deutschland gegenüber England, und deshalb alles in Erfahrung zu bringen sucht, was ihm für den Kriegszustand nützlich könnte.

Aber zu einer anderen Bemerkung veranlaßt uns eine Wendung des Reichsanwalts. In seinem Plaidoyer hob er auch anerkennend hervor, daß die beiden englischen Spione keinen Versuch gemacht haben, irgendeinen Deutschen für ihre Zwecke zu gewinnen. In der Tat, hier handelten die englischen Offiziere — ob nur aus Vorsicht, bleibe dahingestellt — anständig als feindliche Beamter. War es doch ein preussischer Polizeikommissar, Herr Schöne, der einem ausgewiesenen russischen Kaufmann die Zurücknahme des Ausweisungsbefehls versprach, wenn er unter einem ihm von der Polizei angelegten gefälschten Paffe nach Rußland zurückkehrte und dort Spionendienste für Deutschland leistete.

Die Affäre des Herrn Schöne ist ja im „Vorwärts“ wiederholt eingehend behandelt worden; es ist aber gut, an sie zu erinnern, um unseren Chaubinisten, die etwa wieder ein wenig in Englandheide zu machen gedächten, von vornherein den Mund zu stopfen!

### Patriotenfreunden.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Blatt der Zeichen- und Hüttenmagnaten, macht sich in einem satirischen Artikel über die kuriosen telegraphischen Berichte lustig, die der Vertreter des offiziellen Wolffschen Telegraphenbureaus und einige andere gleichgestimmte Korrespondenten tagtäglich über die „Kronprinzenreise“ in die Welt hinausenden. Spöttisch meint das Blatt:

„So geht es nun seit Anfang des Kronprinzenreises: Seine Kaiserliche Hoheit der deutsche Kronprinz hat heute vormittag an Bord Golt gespielt“, hat uns das halbamtliche Nachrichtenbureau mehrmals berichtet. Natürlich ist dieses wichtige Ereignis auch auf der Platte festgehalten worden, und wird den andächtigen deutschen Lesern der verschiedenen illustrierten Blätter zum Frühstück serviert. Ober: Die hohen Herrschaften beteiligten sich in ungezwungener Weise an den Gesellschaftsspielen an Bord“. Dann setzen wir den Kaiserpropheten die Regelkugel über das Schiffswerk rollen, während alle Mitreisenden andächtig zuschauen und ein vernünftiger Kritiker sich über diese Zuschauer lustig macht.

Nun ist gegen einen solchen Zeitvertrieb an Bord wirklich nichts einzuwenden. Reisender Leut' Gemüt und Sinn, gleich wie ihr Leib schwebt her und hin. Aber man sollte doch diese Dinge als Selbstverständlichkeiten hinnehmen und nicht jede Handbewegung des Kronprinzen und der Kronprinzessin aufnotieren, telegraphieren, photographieren und kinematographieren; denn auch das Letztere geschieht, und zwar amüßlich, wie auch ein ferdigewandter Herr den Kronprinzen begleitet, um dem deutschen Volke ein Prachtwerk über die Reise des künftigen Kaisers zu senden. Nur möchten wir diesem Prachtwerk einen mehr sachlichen Inhalt, als ihn die bisherigen halbamtlichen Drahtberichte enthielten. Wann der Kronprinz an Bord oder auf dem Lande Golt spielt und ob er gut oder schlecht spielt, wann er legelt, wie er weiterrückt und ob er Antilopen oder etwas anderes schießt, das interessiert das deutsche Volk nicht oder sollte es wenigstens nicht sonderlich interessieren. Aber leider gibt es ja auch sehr viele solche, die die Selbstheit ob ihrer Weisheit verdient haben und sich mit dem im „Simuligissimus“ jüngst abgebildeten Herrn Otto Krähschwamm, Fabrikanten aus Jütten, glücklich preisen würden, die allerhöchste seefrankheitliche Verbesserung im Jülicher als Kunden von der Kronprinzenreise ihrem Töchterchen mit nach Hause bringen zu können.“

Wir verstehen nicht, warum sich das Blatt der Zeichenbesitzer so aufregt. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß jemand, der täglich aus dem Scherischen „Lokalanzeiger“ oder dem „Reichsboten“ seine politische Bildung bezieht und daneben vielleicht noch seine literarischen Bedürfnisse in der „Woche“ befriedigt, schließlich nicht nur im Goltspiel der Kronprinzenpaare, sondern sogar in dessen „seefrankheitlicher Verbesserung“ oder in dessen Stuhlgang Ereignissen von weltgeschichtlicher Bedeutung erblickt und sich an der Schilderung dieser großen Momente durch Wort und Bild vaterländisch begeistert.

### Zum Kampf gegen den „inneren“ Feind.

Wie die „Difsee-Zeitung“ erzählt, hat das Kriegsministerium an sämtliche Armeekorps eine Verfügung erlassen, die sich mit der Revision der „Aufrühr-Acte“ befaßt. Das Vorhandensein dieser „Aufrühr-Acte“ wurde auf dem Parteitag in Magdeburg festgestellt, dadurch, daß der Korpsbefehl des Generals v. Bissing der Deffektivität übergeben wurde. Die Aufforderung des Kriegsministeriums läßt erkennen, daß es sich dabei keineswegs um eine Privatleistung des Generals v. Bissing gehandelt haben kann, sondern um eine ganz allgemeine vom Kriegsministerium ausgehende Anweisung. Vielleicht geht man auch nicht fehl in der Annahme, daß die Vorgänge in Magdeburg von bestimmendem Einfluß für den neuen Entschluß des Kriegsministeriums gewesen sind. Die seefrankheitliche Presse hat ja Wochen hindurch darauf hingewiesen, daß in solchen Fällen ohne weiteres Militär requiriert werden müsse. Der Kriegsminister will nun wahrscheinlich dem Wunsch der Seefrankheit Rechnung tragen. Bei der Beratung des Militärkretes im Reichstag wird dem Kriegsminister natürlich Gelegenheit geboten werden, über seine Vorbereitungen zum Straßenkampf nähere Auskunft zu geben.

### Das ritterschaftliche Schulwesen Mecklenburgs.

Die Mängel im ritterschaftlichen Schulwesen des Mecklenburgs haben sich demnach zugepunkt, daß selbst die Mecklenburgische Regierung Reformen für dringend nötig hält. Nach der Verordnung vom 21. Juli 1821 erstreckt sich der Unterricht auf Religion, Schreiben und Rechnen; das Lesen wird nicht erwünscht, sondern findet sich erst in der Ergänzungsverordnung vom 8. April 1870. Die Regierung fordert jetzt sämtliche in den Volksschulen sonst gebräuchlichen Unterrichtsgegenstände, obwohl sie nicht verkennet, daß die Ritter den Realien wahrscheinlich Widerspruch entgegenzusetzen werden, ebenso dem Turnen und den weiblichen Handarbeiten. — Die für den Sommer vorgeschriebene wöchentliche Stundenzahl ist unzureichend. Es gibt noch ritterschaftliche Schulen mit 12 Wochenstunden im Sommer, was, wie das Reiskript der Regierung mit gutem Humor sagt, „so befremdlicher ist, als viele Schulpatrone Klage darüber führen, daß die Lehrer von Ostern bis Michaelis zu viel freie Zeit haben.“ Die Stundenzahl soll nach der Forderung der Regierung auf 23 im Sommer und

26 im Winter erhöht und der Lehrplan der Dominialschulen zugrunde gelegt werden. — Es fehlt den ritterschaftlichen Schulen an den nötigen Lehrmitteln. Von 168 ritterschaftlichen Schulen, so berichtet das Regierungskreiskript, die in den letzten 10 Jahren von den Landesinspektoren und Schulfürsoren revidiert wurden, waren nur 84 mit Lehrmitteln vollständig versehen; in 21 Schulen war nur eine Wandtafel, in 12 Schulen nur 1 Wandtafel und 1 Landkarte, in 10 Schulen nur 1 Wandtafel und 2 Landkarten, in 3 Schulen hatte der Lehrer die Landkarten angeschafft, in einer der Pastor. Die Regierung fordert jetzt, daß sämtliche erforderlichen Lehrmittel von der Ortsobrigkeit zu beschaffen sind.

Ebenso sind die Vorschriften über die Schulversammlungen durchaus verbesserungsbedürftig. Die Bestimmungen über die Schulaufsicht bedürfen einer wesentlichen Ergänzung, weil es an einer klaren Abgrenzung der Rechte und Pflichten der Schulpatrone einerseits und der Geistlichen als Schulinspektoren andererseits bisher gänzlich fehlt. Auch eine Gehaltssteigerung für die ritterschaftlichen Lehrer ist dem Landtag vorgelegt: Erhöhung des Grundgehalts von 1000 auf 1200 M. und Zulagen von 100, 200, 350, 500, 600, 700, 800 M. nach 3, 6, 10, 14, 18, 22, 24 Jahren. Eine Erhöhung der Pensionsätze zu beantragen, behält sich die Regierung vor.

Die Forderungen und Wünsche der Regierung mögen recht gut gemeint sein, aber es ist keine Aussicht vorhanden, daß der ritterschaftliche Landtag sie berücksichtigt. Wenn auch die Landchaft (d. h. die Bürgermeister) vielleicht zu einem Teil für die Vorlage eintritt, so wird doch die Ritterschaft sie sicher ablehnen. Sie erklärte bereits im Landtag, daß sie eine wesentliche Aenderung des Schulplanes nicht für nötig halte. Die Bestimmungen von 1821 und 1870 genügen für die Arbeiterbevölkerung der Landgebiete. Die Junker haben deshalb aus dem Entwurf die Vorschriften über den obligatorischen Unterricht in Zeichen, Turnen und weiblichen Handarbeiten einfach gestrichen, desgleichen eine Reihe der im Entwurf festgesetzten Lehrmittel. Es genügen, meinen sie, eine Wandtafel, vier Landkarten und ein Globus.

Die Schulstundenzahl von 23 pro Woche für den Sommer hat der Landtag auf 12—18 herabgesetzt, weil sonst die Verwendung von Kindern bei Erntearbeiten außer in den Ferien fast ganz ausgeschlossen werde! Auch das Aufsichtswesen der Geistlichen hat die Ritterschaft gestrichen und es der „Ortsobrigkeit“ — das sind die Gutsherren selbst — ausgeliefert!

Trotzdem behaupten bekanntlich die Junker, daß sie auch ein „warmes Herz“ für die Volksschule hätten.

### Ultramontane Heuchelei.

Die Zentrumspresse liebt es, um die Massen für die kirchlich bedormundete konfessionelle Schule zu gewinnen, alle Mängel in Ländern, wo die Verweltlichung der Schule durchgeführt, auf das Konto der religionslosen Jugendzucht zu setzen. Kamentlich muß zu diesem Zwecke Frankreich herhalten, wo so leicht nichts geschieht, mag es sich um einen Regierungsstand oder eine Apokryphenhandlung handeln, was nicht von der Zentrumspresse zu Artikeln mit der Ueberschrift: „Die Früchte der religionslosen Schule“ ausgeschlachtet wird. In einem dieser Artikel, der vor einigen Tagen durch die ultramontane Presse lief, hieß es:

Vor einigen Wochen hat das französische Kriegsministerium eine Statistik über die militärischen Truppeneinheiten des Jahres 1909 herausgegeben. Daraus ergibt sich, daß unter den 200 000 Stellungspflichtigen 15 000 Analphabeten waren, das heißt junge Leute von 21 Jahren, die weder lesen noch schreiben können. Das sind also Leute, die unter der Weltung der Gesehe über den allgemeinen obligatorischen und religionslosen Unterricht geboren und aufgewachsen sind. Erst vor kurzem hat man in Paris unter Aufsichtung des ganzen offiziellen Apparats und unter der Anteilnahme der ganzen kirchenseindlichen Meute dem Vater der religionsfeindlichen Schulgesetze in Frankreich, Jules Ferry, ein Denkmal enthüllt und mit hochtönenden Reden dieses Verdienst um die Nation gepriesen. Steiner aber hat das Ergebnis jener Gesehe, die nach den offiziellen Ansprüchen aus Frankreich ein Land der Freiheit und des Fortschritts gemacht haben sollen, verkündet: das Ergebnis der Statistik des Kriegsministeriums für 1909: 15 000 Analphabeten unter 200 000 Rekruten. Ein schöner Erfolg für die dreißigjährige antiklerikale Bildungsarbeit!

Natürlich hat die Anzahl der Analphabeten nichts mit der religionslosen Schule zu tun. Aber was verschlägt dem Zentrum ein Schwindel, wenn nur der törichte Zweck: die Herabwürdigung der weltlichen Schule, erreicht wird. Wo die wirklichen Gründe für die zahlreichen Analphabeten in Frankreich liegen, hat jüngst die „Kölnische Zeitung“ aufgedeckt. Daraus ergibt sich, daß es die Analphabeten sind, die die allgemeine Schulpflicht in Frankreich nicht zur Durchführung kommen lassen. Nach dem Geseh wird in jeder Gemeinde ein Schulvorstand gebildet. Diese Behörde hat unter anderem die Aufgabe, über die Gesehe um Befreiung vom Schulbesuch zu entscheiden und Verstöße gegen die Schulpflicht zur Kenntnis zu nehmen. Wenn nach einer von ihr ausgesprochenen Warnung ein Hausvater sich weigert, seine Kinder zur Schule zu schicken, wird er vor den Friedensrichter geladen und zu den vom Geseh vorgesehenen Strafen verurteilt. Es ergab sich nun, daß in den Gemeinden, wo die Analphabeten und Royalisten die Mehrheit haben, sie auch den Schulvorstand aus ihren Anhängern bilden; auf Verreiben der royalistischen Ausschüsse genehmigt der Schulvorstand sämtliche Befreiungsgesuche und gibt keiner Klage wegen Schulversäumnissen Folge. Es ist festgestellt worden, daß aus solchen Gemeinden niemals ein Versäumnisfall vor den Richter kommt; das Geseh ist so gut wie nicht vorhanden.

### Besteuerung der Zündwarenherstellers.

Im Reichshofrat hat am Donnerstag eine Konferenz stattgefunden, zu der Vertreter jener Industriezweige geladen waren, die sich mit der Herstellung von Zündwarenherstellers befassen. Veranlaßt wurde die Konferenz durch das Verlangen der Zündwarenfabrikanten, die Erzeugnisse nach französischem Muster mit hohen Steuern zu belegen. Früher hat sich der Staatssekretär Wermuth in ablehnendem Sinne ausgesprochen; es gewinnt jetzt aber fast den Anschein, als ob er seine Ansicht einer Revision unterzogen hätte, denn sonst wäre es nicht verständlich, daß er die Vertreter dieser Industrie zu einer Konferenz nach Berlin berufen hat.

### Schütung der Studentenschaft vor sozialdemokratischem Gift.

Die Denunziation des Leipziger Reichsverbändlers Dr. Henrici und des von ihm zusammengetrommelten reichsverbändlerischen Landsturns hat gefruchtet. Das sächsische Kultusministerium hat auf die Beschwerde des Henrici und 23 Leipziger Bürger in einem längeren Schreiben an den akademischen Senat der Leipziger Universität geantwortet. In der Antwort wird erklärt, das Ministerium bebaure den Vorfall aufs lebhafteste. Nach den amtlichen Feststellungen werde dahin erkannt, daß das Kaiserhoch des Dr. Henrici zwar unangebracht und daher geschäftsmäßig eine Klage zulässig war, andererseits aber sei das Hin- und Wippen des Dr. Henrici aus dem Saale nicht als notwendig anzusehen.



Das Kultusministerium spricht am Schluss seiner Antwort die Erwartung aus, daß die Universitätsbehörden künftig von der Zulassung von Nichtstudierenden zu dergleichen Versammlungen sowie von der Zulassung von Rednern der sozialdemokratischen Partei, deren Ziel der monarchisch vaterländischen Gefinnung der Studentenschaft widerspricht, zur Vermeidung ähnlicher unliebsamer Vorkommnisse aus eigener Entschliebung absehen werden.

### Die armen Reichen.

Der „Jugendbund für entschiedenes Christentum“ erläßt durch seinen Generalsekretär, den Pastor Diecker, einen bleibernen Aufruf an die entschiedenen Christen kreuzzeitungskirchlicher Richtung, in welchem er unter dem üblichen Hinweis auf die Vorgänge in Rußland und am Bedding gegen die sogenannte „sozialdemokratische Jugendorganisation“ domert und — das ist, wie bei allen dergleichen Appellationen an das „Christliche Gemüt“, der eigentliche Zweck des ganzen frommen Befehls — zum Spenden von Almosen für die gefährdete christliche Jugend auffordert.

In dem Hünen Weihnachtsappell heißt es:

Unberechenbar ist der Schaden, der durch solche Agitation an den jugendlichen Seelen angerichtet wird. Ihre widerchristliche Tendenz und ihr schändliches Nachstreben (Nobilität seit drei Jahren!) macht diese Bewegung zu einer offenen Gefahr für unser Volk. Dieser drohenden Gefahr muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen gearbeitet werden, und zwar sofort. Die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften haben 12 600 M. und die sozialdemokratische Partei 10 600 M. 300 Vereinen durch die Zentralstelle in Berlin zuzuführen lassen. Abhängiglos werden die jungen Leute unter allerlei Vorwände in diese Organisationen eingeführt. Es gilt den Kampf um die Jugend klar und entschlossen aufzunehmen. Jugendheime sind eine Forderung der Zeit, die mit allem Nachdruck geltend zu machen ist. Leider stehen uns dazu keine Mittel zur Verfügung neben unserer anderen umfangreichen Arbeit, die im letzten Jahre 14 815 M. erforderte, ganz abgesehen von unserer Missionsarbeit auf den deutschen Karolinen. Wir haben u. a. ein Jugendheim in Berlin, Blumenstraße 80/81, das wir gern weiter ausdehnen möchten, wenn wir nur das nötige Geld hätten. Wir sind auch nicht imstande, die Miete von 1750 M. dazu den Betrag für die Einrichtung der benachbarten Wohnung aufzubringen zu können.

Da sind wir gezwungen, an Ew. Hochwohlgeboren vertrauensvoll und hierdurch zu wenden. Sie selbst sind wohl mit anderen Arbeitern in Anspruch genommen, werden es aber im Interesse unseres gefährdeten Volkes gütigst gestatten, daß wir Ihnen hierdurch diese Angelegenheit vortragen dürfen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es Ihnen eine wirkliche Freude ist, Ihre Interesse an unserer wichtigen Arbeit durch finanzielle Hilfe gütigst zu gewähren.

Die reaktionären Freunde des Jugendbundes für entschiedenes Christentum gehören zu der reichsten Schicht der deutschen Bevölkerung; aber trotz ihrer christlichen Entschiedenheit scheinen sie jenen Teil der christlichen Lehre, der vom Geben handelt, sehr gering zu schätzen; denn sonst könnte es Herrn Diecker und seinen Gönnern doch nicht so schwer fallen, 1750 M. zusammenzufechten. Wenn die angebetelten entschiedenen Christen zu Weihnachten und Neujahr eine halbe Flasche Champagner weniger trinken wollten, wären die 1750 M. sofort beisammen; aber soweit reicht anscheinend ihre christliche Entschiedenheit nicht.

### Zwei Urteile der Militärjustiz!

Wie Hochsiegelte und Disziplinargerichte von der Militärjustiz beurteilt werden, zeigen folgende zwei Fälle; aus denen sich ergibt, daß Vergehen gegen die heilige Disziplin mit exorbitant hohen Strafen belegt werden, während Missetaten mit sehr gelinden Strafen davonkommen.

Erster Fall: Der Unteroffizier Purtsche vom Artillerie-Regiment Nr. 12 war eines Sonntags spät abends auf dem Wege nach dem Quartier mit einem anderen Unteroffizier in Disfrenz geraten. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf P. mit seinem Säbel dem Kameraden mehrere heftige Schläge über den Kopf versetzte. Der Verletzte brach ohnmächtig zusammen und blieb einige Zeit bewusstlos liegen. Er hatte zwei lange klaffende Wunden am Kopf, die genäht werden mußten. Es wurde eine längere ärztliche Behandlung nötig. Der Verletzte hatte aber seit der Wundheilung fortgesetzt unter heftigen Kopfschmerzen und Schwindelanfällen zu leiden. Die Kerkze erklärten den Patienten für dienstunfähig und sprachen sich dahin aus, daß die Folge der Verletzung Neurasthenie sein werde. Das Kriegsgericht fühlte diese unglückliche Noth mit 2 Monate Gefängnis. Gegen das Urteil legten sowohl der Angeklagte als auch der Verletzte Berufung ein. Erstere war die Strafe noch zu hoch, letzterer erstrebte mit Rücksicht auf die grenzenlose Noth eine härtere Strafe. Das Oberkriegsgericht in Dresden bestätigte aber das erstinständige Urteil.

Das Gegenstück. Eines Morgens war der Hlan Lubewig vom 17. Manen-Regiment etwas später zum Dienst gekommen, weil er es infolge einer vorangegangenen Trunkenheit verschlafen hatte. In der Eile überhörte er einen Ruf des Unteroffiziers. Als er darauf im Stalle zur Rede gestellt wurde, erwiderte er, er habe sehr keine Zeit, da er seine Pferde putzen müsse. Er murmelte vor sich hin und soll auch trotz Verbits in „auffälliger Weise“ weidergemurmelt haben. Für diese Kappalie warf das Kriegsgericht 3 Monate Gefängnis aus, indem es Angehörigen, Wehrmännern im Ungehörigen und ausdrückliche Gehorhamsverweigerung annahm. Auch die Berufung des sofort in Haft genommenen Angeklagten wurde vom Oberkriegsgericht verworfen und die Strafe als eine „durchaus unangemessene“ bezeichnet.

### Frankreich.

#### Das Gesetz zur Knebelung der Eisenbahnen.

Paris, 22. Dezember. Die Regierung brachte heute den Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Sabotage ein. Nach diesem Entwurf werden die Rechte der Syndikate nicht angetastet, (7) dagegen werden die geistigen Urheber (?) und die direkten Anstifter mit Strafe bedroht. Der Sabotage gleichgestellt wird es, wenn Angestellte der Eisenbahn ihren Dienst verlassen. (8) Schließlich wird der Gang des sachverständigen Verfahrens festgelegt zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten mit Gruppen von Eisenbahnangestellten. Die Begründung des Gesetzentwurfs weist auf die Notwendigkeit eines sachverständigen Verfahrens hin, bezeichnet den Zustand von Angestellten öffentlicher Dienstbetriebe als unerlaubt mit Rücksicht auf die bevorzugte Stellung der Angestellten dieser Dienstbetriebe; wenn diese in den Ausnahmefällen, so mochten sie sich ein Verfügungsrecht über die öffentlichen Betriebsmittel an. Da die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes ihre Angestellten nicht ausschließen können, sei es logisch, diese zu hindern, sich des Ausnahmefalles als Kampfsmittel zu bedienen. (9) Der Gesetzentwurf verbietet ferner, Vorbereitungen zu Ausständen in öffentlichen Dienstbetrieben zu treffen. Mit diesem Knebelgesetz gegen die Eisenbahnangestellten stellt sich Herr Briand würdig an die Seite preussischer Minister!

### Italien.

#### Ein Sozialist in Stichwahl.

Rom, 20. Dezember. (Fig. Ver.) Bei der Stichwahl vom vorigen Sonntag im Wahlkreis Voltri erhielt der sozialistische Kandidat Giovanni Verda 3100 Stimmen, der ministerielle

Kandidat Tassara, der in seinen Eisenwerken in dem Wahlkreis über 2000 Arbeiter beschäftigt, 3019 und der Ministeriale 1207. Gen. Verda kommt daher in Stichwahl mit dem Ministerielle. Der Wahlkampf war beispiellos erbittert; es haben 85 Proz. der Wahlberechtigten gestimmt. Von seiten des ministeriellen Kandidaten wurde eine Wahlkorruption und Einschüchterung der Wähler durchgeführt, wie sie sonst in Kardinalen unbekannt ist. Vor den Wahllokalen schrieben die Beamten der Eisenwerke den Namen jedes Arbeiters auf, der zur Wahl kam, dies, um den Eindruck zu erwecken, als sei eine Kontrolle über die Abstimmung möglich. Die Regierung war so sicher, ihren Kandidaten im ersten Wahlgang durchzubringen, daß sie als Stichwahltag den 1. Weihnachtstag angelegt hat. Am 25. Dezember wird nun der entscheidende Kampf stattfinden, wobei voraussichtlich die Ministeriale geschlossen für den ministeriellen stimmen werden. Ehe die Sozialisten in diesem Wahlkreis agitiert haben, pflegte der Abgeordnete mit 1500 Stimmen gewählt zu werden. Es handelt sich um den am meisten industriellen Wahlkreis in ganz Italien.

### Rußland.

#### Polizei gegen eine Studentenversammlung.

Ueber eine Polizeistatute auf eine Studentenversammlung gibt das Wolffsche Telegraphenbureau, offensichtlich auf Grund russischer Polizeiformationen, folgende Darstellung:

Odesa, 22. Dezember. In der heutigen Studentenversammlung in der Universität nahmen etwa 270 Studenten teil, darunter 15 sogenannte Akademisten, die Gegner jeder Einmischung Studierender in die Politik sind. Diese wurden mit Lärm empfangen, wobei ein Schuß in die Luft abgegeben wurde. Da die von dem Professor an die Versammlung gerichtete Aufforderung auseinanderzugehen, nicht befolgt wurde, rief man den Polizeichef herbei, der, von einem Hagel von Schüssen empfangen, der Polizei den Befehl zum Feuern gab. Die Studenten stellten hierauf das Schießen ein. Ein Student ist tödlich verwundet, zwei andere sind leicht verletzt. Ferner sind verwundet ein Universitätsdiener und sieben Polizeibeamte, 235 Studenten wurden verhaftet.

### Amerika.

#### Vorschnitte der mexikanischen Insurgenten.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus New York hat der Chef des mexikanischen Generalstabs erklärt, die Insurgenten hätten bei Malpaso gesiegt; die Regierungstruppen hätten unter Zurücklassung von 19 Toten und 25 Verwundeten die Flucht ergriffen.

## Aus der Partei.

#### Reichstagskandidatur.

In einer Konferenz der Vertrauensleute des Wahlkreises Warken-Reddinghausen wurde an Stelle des von der Kandidatur zurückgetretenen Genossen Polozny der Genosse Janschel als Reichstagskandidat aufgestellt. Genosse Janschel bekleidet zurzeit den Posten eines Arbeitersekretärs in Gladbeck.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Ruhlose Arbeit des Staatsanwalts.

Am 4. August d. J. sprach der Arbeitersekretär Weber-Königsberg in einer öffentlichen Volksversammlung in Elbing über die Krankenlaffenovelle. Durch seine Ausführungen sollte er die Regierung und die preussische Polizei beleidigt haben. In der Verhandlung vor der Elbinger Strafkammer beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Genossen Haase-Königsberg an und sprach Weber frei.

##### Die Kirche ist keine Verbummungsanstalt.

Zum zweiten Male stand am Mittwoch der Expedient Genosse Max Saling vor der Elbinger Strafkammer unter der Anklage, die christliche Kirche in einem Vortrage, den er im Laubener Gewerkschaftsausschusse hielt, durch die Anwendung des Wortes „Verbummungsanstalt“ beschimpft zu haben. In der ersten Verhandlung erkannte die Strafkammer auf Freisprechung mit der Begründung, das Gericht habe nicht die Uebersetzung gewinnen können, daß eine Beschimpfung der christlichen Kirche vorgelegen habe. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht Görtz zurück. In der Verhandlung am Mittwoch verurteilte die Strafkammer den Angeklagten zu drei Tagen Gefängnis. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus, daß nach der Entscheidung des Reichsgerichts eine Verurteilung erfolgen mußte, weil durch den Ausdruck „Verbummungsanstalt“ der Eindruck erweckt werden konnte, daß von den Kirchen systematisch Verbummung betrieben wurde. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

## Soziales.

#### Des preussischen Handelsministers Geschwizdrigkeiten will selbst Sachsen nicht mitmachen.

Im November vergangenen Jahres teilten wir mit, daß der neue preussische Handelsminister von Sydow in einem Ministerialentscheid den Erlaß seines Vorgängers Möller aufgehoben, der dem Gesetz entsprechend den korporativen Vertretern einer Innung zu Arbeitgeberverbänden für geschwizdrig erklärte. Das sächsische Ministerium hat es dieser Lage abgelehnt, in gleicher Weise zu Gesetzesverletzungen die Hand zu bieten.

Der sächsische Innungsverband hatte einem Beschlusse des am 11. Juli in Meissen abgehaltenen Verbandstages gemäß die Regierung ersucht, einen Erlaß herbeizuführen, der den Innungen den Beitritt zu Arbeitgeber-Syndikaten gestattet, nachdem der preussische Minister für Handel und Gewerbe am 27. Oktober 1909 genehmigt hatte, daß in Zukunft auch den Innungen der Beitritt zu den Arbeitgeberverbänden gestattet sei. — Der ablehnende Bescheid des Ministeriums des Innern lautet: „Die Voraussetzungen, von denen der Innungsverband ausgeht, sind irrige. Allerdings ist für das Gebiet des Königreichs Preußen durch einen Erlaß des dortigen Ministers für Handel und Gewerbe vom 27. Oktober 1909 genehmigt worden, daß in Zukunft auch den Innungen der Beitritt zu den Arbeitgeberverbänden gestattet werde, und dadurch der entgegenstehende Erlaß vom 20. Januar 1908 abgeändert worden. Allein eine dem letzteren entsprechende Anmeldung ist für das Gebiet des Königreichs Sachsen überhaupt niemals ergangen. Das Ministerium des Innern hat lediglich in einer an die Gewerbestammer Jitau — nicht aber an die Innungsaufsichtsbehörden — gerichteten Verordnung vom 24. Februar 1905 Anlag gehabt, einige für die Entscheidung der Frage erhebliche Gesichtspunkte zu erörtern. Es hat zwar bei dieser Gelegenheit auf gewisse Bedenken hingewiesen, die in Hinblick auf § 81a Biffer 2 der Gewerbeordnung gegen die unterschiedslose Zulassung des Beitritts von Innungen zu Arbeitgeberverbänden bestehen, namentlich dann, wenn sich deren Aufgabe wesentlich in der Zurückdrängung von Arbeiterforderungen durch unmittelbare Kampfmaßnahmen erschöpft, zugleich aber anerkannt, daß diese hinderliche Voraussetzung nicht schlechthin

vorliege und im Vorbergrub stehe, und deshalb den Standpunkt vertreten, daß bei Erhebung von Anständen die Entscheidung den Innungsaufsichtsbehörden von Fall zu Fall vorbehalten bleiben müsse. Das letztere Verfahren aber hat auch ohne besondere Anweisung einzutreten. Das Ministerium des Innern erkennt aber in Uebereinstimmung mit dem im Erlaß des preussischen Handelsministeriums vom 27. Oktober 1909 vertretenen Standpunkt gern an, daß ein großer Teil der Arbeitgeberverbände mehr und mehr seine wesentliche Aufgabe darin erblickt, in gemeinschaftlicher Arbeit mit den Organisationen der Arbeitnehmer dazu beizutragen, daß auf dauerhafter und gerechter Grundlage ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglicht werde.“ Hiernach bleibt in Sachen alles beim alten, d. h. gegen eine unterschiedslose Zulassung des Beitritts der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden bestehen gewisse Bedenken und bei Erhebung von Anständen bleibt den Innungsaufsichtsbehörden die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten.

Beide Ministerien, das preussische nur schroffer wie das sächsische, verschließen vor der klaren Tatsache die Augen, daß die Arbeitgeberverbände Kampforganisationen gegen die Arbeiter sind, und wollen es zulassen, daß Beiträge der Arbeiter für diese gegen die Arbeiter gerichteten Organisationen verwendet werden. Das sächsische Ministerium vertritt diesen Standpunkt verhält, das preussische unterhält als Ministerium im Dienste der Unternehmer des Reichstaates.

#### Zahl der Kerkze.

In der soeben ausgegebenen Nummer der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht der bekannte Medizinalstatistiker Sanitätsrat Dr. Friedrich Prunzig in Wien auf Grund des von Prof. Dr. J. Schwalbe herausgegebenen „Reichsmedizinalkalenders für Deutschland auf das Jahr 1911“ (Leipzig, G. Thieme, 1910, abgeschlossen am 1. November 1910) auch in diesem Jahre eine Uebersicht über die statistischen Verhältnisse der Kerkze Deutschlands im Jahre 1910.

Die Zahl der Kerkze in Deutschland betragt demnach im Jahre 1910 82 440. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für das Jahr 1910 war die Einwohnerzahl Deutschlands in der Mitte des Jahres 1910 etwa 64 775 000, somit kommen auf 10 000 Einwohner 6,01 Kerkze. Ihre Zahl hat gegen das Vorjahr um 480 zugenommen. Während in den letzten Jahren die Zahl der Kerkze um ein geringes sich weniger rasch als die Bevölkerung vermehrte, übertrifft dieses Jahr die Zunahme der Kerkze diejenige der Bevölkerung:

Jahr	Zahl der Kerkze	Zunahme gegen das Vorjahr	Kerkze auf 10 000 Einwohner
1901	27 078	—	4,92
1902	28 860	882	5,00
1903	29 679	819	5,06
1904	30 071	392	5,06
1905	30 655	584	5,08
1906	30 931	276	5,06
1907	31 416	485	5,06
1908	31 640	224	5,02
1909	31 689	549	5,00
1910	32 440	480	5,01

Bei der auf 1. Mai 1909 vom Reichsgesundheitsamt vorgenommenen Ermittlung des Heilpersonals in Deutschen Reich wurden nur 30 538 Kerkze gezählt. Nimmt man das Mittel aus den nach dem Reichsmedizinalkalender für November 1908 und November 1909 bestimmten Zahlen, so erhält man 31 804 Kerkze, die am 1. Mai 1909 etwa hätten vorhanden sein sollen. Die Gründe, aus denen die Zählung vom 1. Mai 1909 unvollständig ausfiel und 1246 Kerkze zu wenig ermittelte, sind nicht zu ersehen; die Zahlen sind in allen Bundesstaaten, mit Ausnahme von Posen, Ostpreußen, Hohenzollern und Sachsen-Meiningen geringer. Daß die Zahlen im Reichsmedizinalkalender die richtigen sind, geht daraus hervor, daß bei der Verurteilung am 12. Juni 1907 81 898 Kerkze (darunter 1940 Militär- und Marineärzte und 195 weibliche Kerkze) gezählt wurden. Dabei sind auch alle vorübergehend (in Badeorten, an Hochschulen) in Deutschland sich aufhaltenden ausländischen Kerkze eingerechnet.

Rückblick ist von Jahr zu Jahr wieder ein Ansteigen der Verhältnisziffern der Kerkze zu erwarten, da die Zahl der Medizinisch-Studierenden sich überaus rasch gesteigert hat. Sie war

Sommerhalbjahr	Winterhalbjahr
1905	6 032
1906	6 570
1907	7 574
1908	8 250
1909	9 239
1910	11 125

Dabei sind die Reichslandländer einbezogen; ihre Zahl hat sich ebenfalls erhöht; denn während sie in den früheren Jahren meist um 1000 schwankte, war sie im Sommer 1909 1061, im Winter 1909/10 1491 und im Sommer 1910 1499. Die Studierenden der Kaiser-Wilhelms-Akademie, deren Zahl etwa 850 beträgt, sind in den obigen Ziffern nicht eingerechnet.

Während man im Vorjahre überall in Nordostdeutschland eine Abnahme der Kerkze nachweisen konnte, zeigt sich dort dieses Jahr mit Ausnahme von Pommern eine kleine Zunahme; die Abnahme in Berlin (ohne Vororte 2071 gegen 2143 im Vorjahre) beruht nur auf dem Hinausrücken der Kerkze in die Vororte, nicht auf einem tatsächlichen Rückgang, wie sich aus den für Groß-Berlin berechneten Zahlen ergibt. Das westliche Preußen hat durchweg eine Zunahme. Dasselbe gilt für die übrigen Staaten Norddeutschlands, von denen nur die beiden Mecklenburg, das Königreich Sachsen und Anhalt eine geringe Abnahme haben. In den süddeutschen Staaten ist die Kerkzezahl überall größer geworden, mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen und Hohenzollern.

Im Bericht für 1909 (diese Wochenschrift 1909, Nr. 51) ist angeführt, daß die Zunahme der Kerkze fast allein auf die Großstädte falle, daß diese aber doch an Anziehungskraft gegen früher eingebüßt haben. Dasselbe ergibt sich auch aus der diesjährigen Statistik. Von den 490 Kerkzen, um welche die Kerkzezahl in Deutschland zugenommen hat, kamen 329 auf die Großstädte (nach dem Stand von 1905) und 161 auf das übrige Deutschland.

Die Zahl der Kerkzinnen ist erheblich gestiegen; während 1905 55 und 1909 69 bezeichnet waren, sind es jetzt 102 Kerkzinnen; davon kommen auf Berlin 32 (1909 21), München 6 (wie im Vorjahre), Frankfurt a. M. 6 (1909 5), Dresden 6 (1) und Hamburg 4 (wie im Vorjahre). In 10 Städten sind 2 Kerkzinnen aufgeführt, in 28 Gemeinden je eine. Die Zahl der weiblichen Medizinisch-Studierenden hat in Deutschland sehr zugenommen; sie war im Winter 1909—1910 871 und im Sommer 1910 512; darunter sind die Ausländerinnen einbezogen.

Die Zahl der Spezialärzte ist in Deutschland, besonders in den Großstädten, beträchtlich. Im Jahre 1906 war die Zahl der Kerkze, die nach dem „Reichsmedizinalkalender“ ein Spezialfach für sich in Anspruch nehmen, 6259 (= 20,2 Proz. aller Kerkze), im Jahre 1910 11 722 (= 22,4 Proz.).

Von den deutschen Spezialärzten sind die meisten Gynäkologen, hauptsächlich in den Großstädten, an zweiter Stelle kommen die Augenärzte, die in den kleinen Städten übrigens noch zahlreicher sind als jene, an dritter die Ohren-, Hals- und Kehlkopfärzte. Sehr zahlreich sind auf dem Lande und in kleinen Städten die Psychiatern, da die Irrenanstalten selten in Großstädten liegen.

Den größten Prozentsatz an Spezialärzten hat, wie in früheren Jahren, Dresden (44,2 Proz.), über 40 Proz. haben ferner Stuttgart, Leipzig, Frankfurt a. M., Pflauen und Nürnberg. Groß-Berlin zählt 82,8 Proz. Spezialärzte.



# Gewerkchaftlichen.

## Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe.

Der Vertrag für das Baugewerbe sieht drei Instanzen vor: eine Schlichtungskommission, ein örtliches Schiedsgericht und ein Zentralschiedsgericht. Zum Zentralschiedsgericht wählen der Arbeitgeberbund drei und die vier Zentralorganisationen der Arbeiter vier Vertreter. Außerdem sollen die beteiligten Zentralorganisationen drei Unparteiische bezeichnen; einigen sie sich hierbei nicht, so werden die Unparteiischen vom Reichsamt des Innern ernannt. — Im August ist versucht worden, die Unparteiischen zu bezeichnen; die Parteien einigten sich aber nur auf die Person des Geheimen Regierungsrats Dr. Wiedfeld und mußte demzufolge das Reichsamt des Innern ersucht werden, die fehlenden Unparteiischen zu ernennen.

Die Ernennung ist nun endlich erfolgt. Der Staatssekretär des Innern hat an die Beteiligten folgendes Schreiben gerichtet:

Auf die gemeinschaftliche Eingabe der am Vertragschluß im deutschen Baugewerbe beteiligten fünf Zentralorganisationen ernenne ich Herrn Königl. Oberregierungsrat Max Rahr-München und Herrn Magistratsrat Paul Böbling-Verlin zu Unparteiischen für das im Hauptvertrag vorgesehene Zentralschiedsgericht. Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Wiedfeld habe ich auf jederzeitigen Widerruf und in Erwartung, daß seine Tätigkeit hierdurch nicht so stark in Anspruch genommen wird, die erledigte Genehmigung erteilt, in gleicher Eigenschaft im Zentralschiedsgericht mitzuwirken.

### Berlin und Umgegend.

#### Das Berliner Arbeiter-Sekretariat

im Gewerkschaftshaus hält am Weihnachts-Heiligabend und am 3. Festtag keine Sprechstunde ab.

### Der gehegte Hirsch.

#### Ein „Gewerkeverein“-Märchen.

„Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein.“ Unter dieser Devise erzählte „Der Gewerkeverein“, Nr. 102, vom 21. Dezember, die angebliche Leidensgeschichte eines von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes verfolgten „Hirsches“ in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft: Volkstirke. Man habe ihn bedrängt und belästigt, sein freies Wahlrecht zum Arbeiterauswahl bedroht und ihn schließlich so mißhandelt, daß er nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte und nun seit etwa acht Tagen arbeitsunfähig ist. „Der Gewerkeverein“ ist entsetzt über solche Rohheit und Intoleranz und kann sich nicht genug tun in Entrüstung.

Nach den Erkundigungen, die wir über diesen Fall einzogen, stellt sich die Sache wesentlich anders dar. Was die Bedrohung des freien Wahlrechts zum Arbeiterauswahl anbelangt, so ist nur richtig, daß der Gewerkeverein gefragt worden ist, welche Nummer (der Liste) er wähle. Diese Frage ging unter den Arbeitern hin und her, ohne daß Gewicht darauf gelegt wurde, eine Antwort zu erhalten. Diese Frage ist mehr als Spatz aufzufassen, wenn man hört, daß in dem Werk Volkstirke die freien Gewerkschaften 83 Mitglieder in den Arbeiterauswahl wählten und die Hirsch-Dunderschen Gewerkevereinler nur 3. Vor einem Jahre zählten die letzteren noch 12 Mitglieder. Die Stimmengahlen waren bei der letzten Wahl wie folgt: Auf die Liste der freien Gewerkschaften fielen 6861, auf die Liste der Hirsch-Dunderschen 349 Stimmen. Und in dem Werk Vackerstraße ergaben die freien Gewerkschaften 4762 Stimmen, während die Hirsch-Dunderschen überhaupt keine Stimmen erhielten. Daraus erklärt sich dann leicht der Aerger und die Empfindlichkeit, wenn ein Mitglied der Hirsch-Dunderschen gefragt wird, welche Liste er wähle.

Was nun über die Mißhandlung anbelangt, die der „Gewerkeverein“ in unmittelbarer Verbindung mit den Wahlen zum Arbeiterauswahl bringt, so liegt erstens eine große Übertreibung einer gewöhnlichen Schlägerei zwischen zwei Personen vor, und dann hat diese Prügelei mit den Wahlen und mit der Zugehörigkeit des Geprügelten zu den Hirsch-Dunderschen überhaupt nichts zu tun. Der Arbeiter A., ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und seit 1898 in der Fabrik beschäftigt, wurde von dem Gewerkevereinler, der in einer anderen Abteilung arbeitet, bei dem Meister denunziert, daß er „so lange herumgeirrt und nicht gearbeitet“ habe. Darüber stellte A. den „Kollegen“ auf der Straße zur Rede, erhielt aber eine gemeine Beschimpfung als Antwort und ließ sich dadurch verleiten, dem anderen eine Ohrfeige zu versetzen, so daß diesem die Lippen bluteten. Dem Verletzten wurde später ein Pfaster aufgelegt und er meldete sich krank. Der Arbeiter B. aber wurde entlassen. Der Arbeiterauswahl sah den Vorfall als eine Privatangelegenheit an, und auch der Direktor des Werkes, der den Arbeiter A. zu sich beschied, überzeigte sich bald, daß wahrscheinlich viel Böses um nichts gemacht worden sei, und versprach die Frage der Wiedereinstellung von A. zu erwägen.

Mit dem „Terrorismus der Genossen“, den der „Gewerkeverein“ entdeckt zu haben glaubt, ist es wieder mal nichts. Dagegen macht ein solches Geschrei, wie der „Gewerkeverein“ am Schluß seines Artikeles selbst hervorhebt, Stimmung für eine Zuchtanstalt gegen die Arbeiter. Aber das kümmert den „Gewerkeverein“ herzlich wenig, um seine eigenen Worte zu gebrauchen.

### Die Vereinbarungen in der Schraubenindustrie Berlins

die am 19. November d. J. zustande kamen, sollen bekanntlich am 1. Januar 1911 volle Geltung erhalten. Die Schraubenfabrikanten sind damals nur sehr widerstrebend auf die Abmachungen eingegangen, und die Arbeiter müssen jetzt darauf gefaßt sein, daß die endliche Durchführung nicht so glatt von statten geht, wie es zu wünschen wäre. Aus diesem Grunde fand am Mittwoch bei Graumann in der Raumbühne eine Versammlung aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die den großen Saal samt dem Vorraum bis auf den letzten Stehplatz füllte. „Was erwarten wir am 1. Januar 1911 von unseren Arbeitgebern?“ lautete die Tagesordnung. Der Branchenvertreter Jellenberg gab zunächst eine Heberfahrt über den Verlauf der Lohnbewegung, die nach kurzem Streit und recht schwierigen Verhandlungen zu einem ziemlich bescheidenen Ergebnis führte, wie wir es feinerzeit in Nr. 272 des „Vorwärts“ mitteilten. Der Redner erläuterte die einzelnen Bestimmungen, die im wesentlichen besagen, daß in der Regel Afford gearbeitet wird, daß jedoch, wo in Lohn gearbeitet wird, dieser nicht unter 60 Pf. die Stunde betragen darf; für ungebildete Arbeiter, die die ersten vier Wochen nach feiner Vereinbarung entlohnt werden können, nicht unter 45 Pf., für Arbeiterinnen nicht unter 37½ Pf. und für Werkzeugmacher nicht unter 60 Pf., daß die Affordpreise nach Bedarf vom 1. Januar ab so erhöht werden sollen, daß sich der Stundenverdienst um 7½ Proz. hebt und daß Fabrikationsüberstunden mit 25 Proz. bezahlt werden. Schließlich heißt es noch, daß die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen waren von diesen Abmachungen von vornherein sehr wenig befriedigt und gingen nur darauf ein, um einen langwierigen Kampf zu vermeiden. Doch damals in der Versammlung 708 Stimmen für die Vereinbarungen, aber 474 Stimmen dagegen abgegeben wurden, nach heftigen Debatten, zeugt dafür, wie wenig man im Grunde genommen von dem Ergebnis des Kampfes erbaute war. Es kommt nun jedoch vor allem darauf an, mit aller Macht dafür zu sorgen, daß das Wenige, was erlangt worden ist, wenigstens auch in vollem Umfange durchgeführt wird. Manches deutet darauf hin, daß dieses Ziel nicht ohne neue Kämpfe erreicht werden kann. In einzelnen Betrieben kommt es vor, daß der Unternehmer jetzt schon Abzüge zu machen sucht, um im voraus

die bevorstehende Lohnrückbildung auszugleichen. Das kann natürlich unter Umständen gebildet werden. Die Arbeiterschaft der Schraubenbranche wird sich das Wenige, was erreicht worden ist, wieder auf diese noch auf andere Weise nehmen lassen. Der Redner forderte die Anwesenden auf, überall, wo die Vereinbarungen nicht befolgt und nicht ausgehängt werden zum 1. Januar, sofort beim Unternehmer vorstellig zu werden, und wenn das keinen Erfolg hat, der Kommission unmittelbar darauf Mitteilung zu machen. Übrigens hat auch der Vorsitzende der Arbeitgeber bei den Verhandlungen erklärt, daß die Vertreter der Arbeiter sich, wenn zum 1. Januar irgendwo Schwierigkeiten entstehen, sofort an die Kommission der Arbeitgeber wenden sollten, die dafür sorgen werde, daß den Vereinbarungen Geltung verschafft wird. Davon werden die Vertreter der Arbeiter natürlich auch überall, wo es sich als notwendig erweist, Gebrauch machen.

In der regen Diskussion, die dem Referat folgte, zeigte es sich, daß die Schraubenarbeiter und Arbeiterinnen fest entschlossen sind, mit aller Energie für die strikte Durchführung der Vereinbarungen zu sorgen. Wie die am Sonntag abgehaltene Versammlung der Einrichter an Schraubautomaten und Einzelbänken bewiesen hat, werden sie in ihrem Bestreben auch von den Arbeitern dieser Spezialbranche tatkräftig unterstützt werden.

### Deutsches Reich.

#### Unternehmerterrorismus.

Im Mai d. J. brach in Magdeburg ein Bäderstreik aus. Vom Verband der Bäder wurde allen Bädermeistern, die die Forderungen der Streikenden bewilligen, ein sogenanntes Bewilligungsplakat ausgehängt, das zum Ausgang in den Geschäftsalen oder Schaufenstern bestimmt war, um die Kundtschaft zu orientieren, ob es sich um einen getrockneten Betrieb handele oder nicht. Die Bäderzwangsunternehmung verbot daraufhin durch einstimmigen Beschluß ihren Mitgliedern bei einer Ordnungsstrafe von 20 M. für jeden Einzelfall bezw. für jeden einzelnen Tag, diese Plakate auszuhängen oder sie an Händler abzugeben. Die Bädermeister, die sich nicht daran hielten, erhielten nun fortgesetzt eingeschriebene Briefe, in denen sie unter Androhung der zwangsweisen Vertreibung zur Zahlung der Soudsowiel mal 20 M. aufgefordert wurden. In Einzelfällen wurde die Strafe auch bezahlt. Bei verschiedenen Bädermeistern wurde zur Pfändung geschritten.

Schließlich beschwerte sich ein Innungsmitglied bei dem Magistrat der Stadt Magdeburg als der Aufsichtsbehörde über das Vorgehen der Innungsleitung. Und der Magistrat entschied, daß sowohl der Generalversammlungsbeschluß als auch die auf Grund dieses Beschlusses festgesetzten Ordnungsstrafen unzulässig seien. Der Regierungspräsident hob diese Entscheidung jedoch wieder auf, und als ein anderer Bädermeister eine zweite Beschwerde dem Magistrat unterbreitete, bekannte sich dieser zu der Auffassung des Regierungspräsidenten.

Jetzt geht die Zwangsunternehmung nun gegen die Mitglieder vor, die eine „Strafe“ feinerzeit bewirkt haben. Und zwar fordert sie die Bezahlung der Strafen, die in Einzelfällen bis zu 400 M. betragen, innerhalb drei Tagen, andernfalls Zwangsvollstreckung erfolgen werde. Ein an den Magistrat gerichteter Gesuch, die Zwangsvollstreckung aufzuschieben, da der Minister noch in der Sache zu entscheiden habe, ist abgelehnt worden, so daß die betroffenen Bädermeister das zweifelhafte Vergnügen haben, zum Weihnachtsfest die allzeit geldbedürftigen Innungslokale füllen zu helfen, wenn — sie durch die horrenden Strafen nicht geradezu zum Ruin getrieben werden.

#### Ein christlicher Briefschwindel entlarvt.

Während des Anknappschaffskampfes im Ruhrgebiet veröffentlichte der „Vergnapp“ neben dem Heimlichbrief auch einen Brief, der den Stempel der Zahlstelle Stoppenberg des Bergarbeiterverbandes trug und behauptete, derselbe sei ihm vom Zahlstellen-Vorstand des Bergarbeiterverbandes von Stoppenberg zugegangen und bilde einen schlagenden Beweis für das Zusammengehen des Bergarbeiterverbandes mit den Fechen. In diesem Briefe wurde gesagt, daß der Verband ein Zechenverband sei, weil ein in der Lampenbude der Zeche Hölverei Schacht VI beschäftigtes Mitglied des Bergarbeiterverbandes als Kandidat für die Wahlen zum Zechenrat vorgeschlagen war.

Die Verbandsleitung konnte damals sofort nachweisen, daß es sich um eine Fälschung handelte, da der benutzte Stempel einige Zeit früher abhanden gekommen war. Trotzdem wurde der Brief nach wie vor vom Gewerkeverein weiter gegen den Verband ausgeschleudert. Die Ortsverwaltung des Verbandes in Stoppenberg hatte einen gewissen Laurath in Verdacht, den Stempel gefälscht und den Brief geschrieben zu haben, und erstattete gegen denselben Strafantrag. Dieser Verdacht hat sich bestätigt. Am 19. Dezember hat Laurath vor dem Untersuchungsrichter in Essen eingestanden, den Stempel gefälscht und den Brief geschrieben zu haben. Daß er seine Tat aus eigenem Antrieb ausgeführt hat, ist wohl kaum anzunehmen. Vielleicht kommt auch noch ans Tageslicht, wer ihn dazu veranlaßt hat.

So wird ein christlicher Schwindel nach dem andern entlarvt, scharenweise lehnen die Mitglieder dem Gewerkeverein den Rücken. In den letzten Monaten sind rund 1000 Mitglieder des Gewerkevereins zum Verband übergetreten. Monatslang hat der Gewerkeverein keine Abrechnung veröffentlicht, um seine „erfreulichen Fortschritte“ zu verheimlichen. Nach seiner für Oktober endlich wieder veröffentlichten Abrechnung hatte er eine Einnahme von 87 348 M.; der Verband hatte eine Einnahme von 201 040 M. Die Einnahme des Verbandes für Oktober überstieg danach die des Gewerkevereins um 114 597 M. oder 131,2 Prozent.

Alles das zeigt, daß es auch in den Köpfen der christlichen Bergarbeiter immer mehr zu dämmern beginnt. Daß es vollends Licht wird, dafür sorgt schon der „Vergnapp“ durch seine grobe Unwahrscheinlichkeit und die unergiebige Taktik der M.-Gladbacher Christengeneräle.

#### Achtung! Bergarbeiterfrei!

In Hausham und Penzberg (Oberbayern) tobt ein Bergarbeiterstreik. Den Streikenden wird gedroht, daß sie nicht wieder eingestellt werden. Um die Drohung ernsthaft erscheinen zu lassen, werden Arbeitswillige gefaßt.

Arbeiter, Klassengenossen! Laßt Euch nicht von gewissenlosen Agenten oder Zeitungsinferenten verlocken, nach Oberbayern zu gehen. Weidet das Streikrevier, brecht die brüderliche Solidarität nicht, welche die Penzberger Bergarbeiter belunden, indem sie zur Unterstützung der Haushamer Bergarbeiter in den Streik getreten sind. Hoch die Einigkeit, hoch die brüderliche Solidarität der Bergarbeiter!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

#### Ausland.

#### Generalaussperrung der Lithographen, Steindrucker und deren Hilfspersonal in Böhmen.

Seit 10. Dezember sind in Böhmen mit Ausnahme von einigen kleinen Firmen die Lithographen, Steindrucker und das Hilfspersonal ausgesperrt. Der Grund ist folgender: Der Oesterreichische Senefelder-Bund (die Zentralorganisation der Lithographen, Steindrucker, Chemigraphen, Retouscheure, Licht- und Kupferdrucker und deren Hilfspersonal) hatte für seine Mitglieder in Böhmen dem Verein der Steindruckerbesitzer, der alle deutschen sowie tschechischen Druckerbesitzer umfaßt, eine neue Tarifvorlage eingereicht. Der alte Tarif ist inzwischen am 1. Dezember abgelaufen. Gefordert wird für Lithographen die acht- und für das übrige Personal die 8½stündige tägliche Arbeitszeit, außerdem eine Erhöhung der Mindestlöhne, Ferien, Bezahlung eines Zuschlages bei Ueberstunden usw. —

Die tschechischen Lithographen, Steindrucker usw., die in einer separatistischen Organisation „Lithografida Beseda“ vereinigt sind, reichten gleichfalls ihre Forderungen ein. — Die Steindruckerbesitzer nahmen in einer Versammlung Stellung zu dem eingereichten Tarifentwurf und beschloßen, diesen als unannehmbar abzulehnen. Sie verpflichteten sich gleichzeitig, nicht einzeln zu verhandeln und haben als Sicherstellung per ein qualifizierten Beihilfen 500 Kronen in einem Sichtwechsel dem Verein der Steindruckerbesitzer in Böhmen, Mähren und Schlesien hinterlegt.

Hierauf reichten die Mitglieder der separatistischen Organisation allen tschechischen Druckerereien ihre Kündigungen ein und sind am 28. November in den Streik getreten. Eine am 28. November stattgefundene Verhandlung wurde ergebnislos abgebrochen, da die Unternehmer erklärten, daß sie an die Beschlüsse der Vollversammlung gebunden seien und keinerlei Zugeständnisse machen könnten. Weil die tschechischen Druckerbesitzer auf die Solidarität der deutschen Druckerbesitzer beharrten, wurde sämtlichen Mitgliedern des Oesterreichischen Senefelderbundes gekündigt, so daß am 10. Dezember die Aussperrung eine allgemeine ist. Weitere Verhandlungen haben inzwischen zu keiner Einigung geführt. Die Unternehmer bieten die 8½stündige Arbeitszeit unter gänglichem Fortfall einer Frühmahl- und Vesperpause, sie lehnen jede Lohnrückbildung ab und haben sogar eine Herabsetzung der Mindestlöhne ins Auge gefaßt usw. — Die Arbeiterschaft steht dem Unternehmertum gegenüber und da der Oesterreichische Senefelder-Bund über größere Geldmittel verfügt, wobei ihm als weitere Hilfsquelle die Unterstützung des Internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe zugesichert ist, so dürfte sich der Kampf lange hingehen, wenn es nicht gelingt, durch Verhandlungen denselben zum beiderseitigen befriedigenden Abschluß zu bringen.

## Verfammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt am Montag eine Generalversammlung ab, die den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz füllte. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Wahl zweier Bureauarbeiter, deren Anstellung von der vorigen Generalversammlung beschlossen worden ist. Es wurde dort ebenfalls beschlossen, die Stellen im „Vorwärts“ und in der „Holzarbeiter-Zeitung“ auszuscheiden, sowie eine Prüfungskommission von 13 Mitgliedern — 7 aus der Generalversammlung gewählt und 6 Vertretern der Ortsverwaltung — eingesetzt, um eine Auswahl aus den Bewerbungen zu treffen. Das ist inzwischen geschehen. Wenzel gab nun im Auftrage der Prüfungskommission Bericht über ihre Tätigkeit. Es sind 77 Bewerbungsschreiben eingegangen. Die Kommission schlug der Generalversammlung fünf Kandidaten zur Auswahl vor. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit einigen Anträgen. Die vorige Generalversammlung hatte bereits beschlossen, den Arbeitslosen nach der Aussteuerung eine weitere Woche Unterstützung zu gewähren, und der Verwaltung anheimzugeben, zu erwägen, ob diese Vergünstigung auf zwei Wochen auszudehnen ist. Wie der Bevollmächtigte Glöckle mitteilte, ist die Verwaltung dementsprechend zu dem Vorschlag gekommen, außer der bereits beschlossenen noch eine volle Woche Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, also im ganzen zwei Wochen über die Aussteuerung hinaus, und zwar bis zum 1. Februar 1911. Bis dahin wird über eine weitere Regelung der Unterstützungsfrage, mit der sich zurzeit eine Kommission befaßt, entschieden werden. — Der Vorschlag der Verwaltung wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen.

Aus der Wahl und der notwendig gewordenen Stichwahl der Bureauarbeiter gingen als gewählt hervor: Julius Hildebrand und Paul Thomast. Ferner wurde auf Vorschlag von Langhammer einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die im Gewerkschaftshaus tagende Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin, schließt sich dem Protest der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gegen das Klassenjustizurteil in Frankreich, laut welchem der Gewerkschaftssekretär Durand unschuldig zum Tode verurteilt wurde, im vollen Umfange an. Die Versammelten sind weiter der Meinung, daß durch dies Urteil, falls es bestehen bleibt, ein Justizverbrechen begangen wird.

## Letzte Nachrichten.

#### Sozialdemokratische Massenproteste in Bulgarien.

Sofia, 22. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute veranstaltete die sozialdemokratische Arbeiterpartei in ganzen Lande Protestantensammlungen und Demonstrationen gegen die Gesamtvolksliste der Regierung, gegen die Teuerung und für Arbeiterausgesetze, die überaus imponant verliefen. Eine nach Tausenden zählende Arbeiterdemonstration fand in Sofia vor der Kammer statt. Am Protestationsmeeting beteiligten sich über 30 000 Arbeiter.

#### Mangelhafte Verkehrsmittel in Frankreich.

Paris, 22. Dezember. (B. Z. V.) Im Senat erklärte in Beantwortung verschiedener Anfragen über den mangelhaften Betrieb auf den Staatsbahnen der Minister der öffentlichen Arbeiten, die Anbahnung von Gütern sowie die übermäßige Inanspruchnahme des Personals und des Materials seien auf den schlechten Zustand zurückzuführen, in dem die frühere Gesellschaft des Staatsbahnen gelassen habe, auf die Ueberfüllungen, durch die die Beförderung von Gütern auf dem Wasserwege gehindert werde, und endlich darauf, daß die gegenwärtig in Betrieb befindlichen Linien nicht genügen. Die Weiterberatung wurde auf morgen verlagert.

#### Die Brandkatastrophe in Chicago.

Nach neueren Meldungen aus Chicago sind bei dem Riesenbrande bei der Fleischwarenfirma Morris u. Comp. mindestens 30 Feuerwehrmänner ums Leben gekommen. Das Feuer war nachmittags noch nicht gelöscht. Zeitweilig war das ganze Schlachthausgebiet bedroht. Das Dach fiel auf zwei Kompagnien der Feuerwehr; die unter den Trümmern Begrabenen wurden buchstäblich zu Tode geröstet. Der Sachschaden wird jetzt auf anderthalb Millionen Dollars geschätzt.

Chicago, 22. Dezember. (B. Z. V.) Zu dem Brande wird im einzelnen noch gemeldet: das Feuer brach infolge einer Explosion aus und verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit. Die Feuerwehrleute standen unter einem Metallbache am Ostende des Lagerhauses. Sie ahnten nichts von der Gefahr, in der sie schwebten, bis dieses Dach plötzlich zusammenstürzte und den Führer der Wehr und mehr als zwanzig Leute unter sich begrub. Das Feuer breitete sich trotz heldenmütiger Anstrengungen der Feuerwehr und der im Papier beschäftigten Leute, die gerade zur Arbeit kamen, immer weiter aus. Die Lösversuche wurden durch den Mangel an Wasser aufs Äußerste erschwert. Man glaubt, daß einige von den Leuten, denen durch das Feuer der Ausgang abgeschnitten ist, noch am Leben sind, doch ist unter den obwaltenden Umständen vorläufig an keine Rettung der Eingeschlossenen zu denken.

Chicago, 22. Dezember. (B. Z. V.) Spät nachmittags war das Feuer bei der Fleischwarenfirma Morris u. Comp. soweit eingedämmt, daß das bedrohte Viertel außer Gefahr schien.



Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Einunddreißigster Tag.

In der gestrigen Sitzung wurden wieder eine Reihe von Zeugen über die allgemeine Situation vernommen.

Der Zeuge Frisch hat an den Abenden des 27. und 28. September von seiner Wohnung in der Gohlowskystraße aus Beobachtungen gemacht. Nach seiner Angabe kamen Schulleute sowohl von Charlottenburger wie von Berliner Seite und vertrieben die Leute, die vor den Häusern standen. Der nicht ins Haus hineinkam, der befand sich in einem

Kessel zwischen zwei Schuhmannsleuten.

Ein Mann, der in diese Lage gekommen war und sich an die Hauswand drückte, wurde von einem Schuhmann mit dem Säbel niedergeschlagen. Auch als er am Boden lag, wurde er noch weiter geschlagen. Am 28. geriet ein Mann mit einer Frau in den „Kessel“. Ein Entweichen war nicht möglich. Die Frau wurde zu Boden geschlagen. Dabei rief der Schuhmann, der sie schlug: „Alte Sau, die werde ich helfen.“ Als der Mann seiner Frau zu Hilfe kommen wollte, bekam er auch „Senge“, wie der Zeuge sagte. Einmal wurde „Bluthund“ gerufen. Da schob ein Schuhmann nach der Richtung, aus der der Ruf kam.

Dr. Silberfiel ist Arzt im Krankenhaus Moabit. Er hat vom Balkon des Krankenhauses die Vorgänge in der Turmstraße beobachtet, anscheinend am 28. Der Zeuge sagt, von der Turmstraße her kam eine jubelnde Menge. Die Schulleute gingen in einer Linie vor. Die Menge wich zurück. Einzelne wollten die Polizeilinie „durchbrechen“, sie wurden deshalb von den Schulleuten geschlagen. Auch zwei Mädchen von etwa 14 Jahren verhielten sich nach Angabe des Zeugen die Schuhmannsleute zu „durchbrechen“. Als Rechtsanwältin Rosenfeld fragt, wie die Durchbrechungsversuche gemacht wurden, stellt sich heraus, daß die Leute nur versuchten, zwischen den Schulleuten hindurchzugehen. Der Zeuge hat auf der Straße auch Radfahrer gesehen und nimmt an, daß es Rädelführer waren. Tatsachen, welche diese Annahme begründen, kann er nicht angeben.

Schauspieler Reumann kam in der Nacht zum 28. September, als er aus einer Gesellschaft nach Hause ging, in die Rosfelder Straße. Es war dunkel. So ich hintrat — sagt der Zeuge — trat ich auf Scherben. Mitten in der Straße brante ein Feuer. Vor dem Feuer hörte ich Stimmengewirr und Säbelrascheln. Ich machte sofort kehrt, um mich zu entfernen. In demselben Augenblick sah ich vor mir einen Polizeileutnant mit etwa 10 Schulleuten. Möglich war es hell um mich herum, die Schulleute hatten die Säbel gezogen. Einer packte mich an der Schulter. Der Leutnant fragte mich, was ich weggedorren habe. Ich hatte nichts weggeworfen und sagte das dem Leutnant. Der sagte zu den Schulleuten: „Lassen Sie ihn laufen. Trotzdem schlug mich ein Schuhmann mit dem Säbel zweimal über den Rücken. Das muß auch der Leutnant, der dicht dabei stand, gesehen haben. Er hat es aber nicht verhindert. Unter dem offenen Paletot trug ich Frack und weiße Weste. Da es hell war, konnten also die Beamten sehen, daß ich nicht zu den Leuten gehörte, die Madam machten.

Die Zeugen Riem und Bausch haben nicht gesehen, daß die Polizei schroff gegen das Publikum vorging und sind auch selbst nicht belästigt worden.

Frau Fröhlich hat sich, weil das Haus um 8 Uhr geschlossen werden sollte, mit dem Haus Schlüssel vor die Tür gestellt, um ihren Sohn zu erwarten, der um 9 Uhr aus einem Unterrichtskursus nach Hause kommen mußte. Eine Schuhmannspatrouille kam vorbei. Einer von den Schulleuten verlangte, die Zeugin solle ins Haus gehen. Sie sagte, sie erwartete ihren Sohn. Da zog der Schuhmann den Säbel und rief: „Gehen Sie hinein. Wenn Sie wieder rauskommen, schlage ich Sie nieder wie einen Hund.“ Die Zeugin ging ins Haus, der Schuhmann ließ ihr mit erhobenem Säbel nach bis auf den Hof.

Der 15jährige Zeuge Katschorek sah am 28. abends gegen 8 Uhr, nachdem eine Schuhmannsleute eine Menschenmenge vertrieben hatte, einen einzelnen Mann, der ohne Veranlassung von einem Schuhmann zwei Dresche bekam. Dabei rief der Schuhmann: „Wißt du Hund laufen“. Der Mann lief und bekam noch Fußtritte von hinten. Als der Zeuge weiter ging, kam hinter ihm eine von Schulleuten verfolgte Menge. Diese samt den Verfolgern waren schon an ihm vorbei. Da kamen noch andere Schulleute hinterher. Von diesen erhielt der Zeuge drei Säbelhiebe über den

Arm und den Rücken. Er brach bewußtlos zusammen. Die Schulleute gingen weiter. Als der Zeuge erwachte, nahm sich ein Straßenpassant seiner an. Der Zeuge hat drei Wochen im Krankenhaus gelegen und ist dann noch vier Wochen zu Hause ärztlich behandelt worden. Er war also sieben Wochen arbeitsunfähig infolge der erlittenen Säbelhiebe. Ein Freund des Zeugen, der gleichzeitig mit ihm mishandelt wurde, hat vier Wochen im Krankenhaus gelegen.

Frau Wolf, die Gattin eines Sekretärs bei der Staatsanwaltschaft, gibt an, gesehen zu haben, daß die Schulleute sehr ruhig vorgingen gegen die Menge, welche jubelte, schimpfte und schrie. Wer nach erfolgter Aufforderung weiterging, dem sei nichts geschehen. Nur die Leute, welche widersprachen, seien geschlagen worden.

Klempner Lindemann macht folgende Angaben: In der Gohlowskystraße hatten die Schulleute die Straße geräumt. Als sie von der Brücke zurückkamen, gingen zwei einzelne Paare, die von dem, was vorhergegangen war, nichts gesehen hatten, weil sie eben um die Ecke kamen, über die Straße. Die Schulleute stürzten sich auf die beiden Paare. Das eine konnte sich retten, das andere wurde mit Säbeln geschlagen. Die Frau bekam soviel Hiebe, daß sie zusammenbrach und sich trotz der Unterstützung durch ihren Mann nicht erheben konnte. Der Mann brachte die Frau dann in einer Droschke fort. In einer anderen Zeit war der Zeuge in einem Lokal in der Wielestraße. Im Lokal waren 18 bis 20 Gäste, alles Bekannte des Wirtes. Es ging vollkommen ruhig her. Da kamen plötzlich sechs Schulleute herein, stellten sich mit dem Rücken an die Wand, schlugen mit den blanken Säbeln auf den Tisch und riefen: „Wollt Ihr raus, Ihr Schweinehund“. Die Gäste liefen ohne Widerstand hinaus. Die ersten kamen unbehelligt davon. Die nachfolgenden belamen alle Hiebe mit dem Säbel. Vor der Tür stand ein Polizeileutnant und rief: „Haut zu!“ Der Leutnant selbst führte einen wuchtigen Säbelhieb aus, der aber nur das Straßenpflaster traf.

Zeuge Graf hat keine Ausschreitungen der Polizei gesehen und ist selber nicht belästigt worden.

Arbeiter Bedner hat von seiner Wohnung aus gesehen, daß Schulleute auf der Straße standen und jeden, der vorbeikam, schlugen. Die Hiebe waren so wuchtig, daß der Zeuge das Klackeln der Schläge in seiner drei Treppen hoch liegenden Wohnung hörte. Er hat wenigstens 30 Personen gesehen, die bei dieser Gelegenheit von Kriminalschulleuten verbaucht wurden. Durch das Geräusch der Schläge wurden die Hausbewohner an die Fenster gelockt. Da riefen die Schulleute: „Fenster zu oder wir schießen.“ Als der Zeuge schon im Bett lag, hörte er wieder, daß auf der Straße geschlagen wurde. Er ging ans Fenster und sah einen Mann am Boden liegen, der von Kriminalbeamten furchtbar geschlagen wurde. Als sie von ihm abließen, kamen zwei Herren, die sich dem am Boden Liegenden näherten, anscheinend um ihm zu helfen. Die Kriminalbeamten trieben die Herren fort. Der Mishandelte blieb liegen und wälzte sich vor Schmerzen am Boden und jammerte. Schließlich kamen zwei uniformierte Schulleute, hoben den Mann auf und trugen ihn fort. Daß die Leute, welche so furchtbar auf die Straßenpassanten einschlugen, Kriminalbeamte gewesen sind, schließt der Zeuge daraus, daß in ihrer Nähe 15—20 uniformierte Schulleute standen, ohne die Schlägerei zu hindern.

Gerichtsassistent Hesse: Die Menschenmenge auf der Straße jubelte, schimpfte auf die Schulleute und warf nach ihnen, trotzdem gingen die Schulleute nicht gegen die Menge vor. Die Menge sang nach Angabe des Zeugen ein Lied, welches er für die Arbeitermarxistilasse hielt. Einer blies aus einer Inberrtrompete, um — nach Ansicht des Zeugen — die Schuhmannsleute scheu zu machen.

Kleffor Grau hat die Bekanntschaft eines Mädchens gemacht, es nach Hause begleitet und ist auf dem Rückwege in der ihm unbekanntem Stadtgebiet in das Gebiet der Moabiter Unruhen geraten. Als er das merkte, wollte er sich schleunigst aus der gefährdeten Gegend entfernen. Ueberall, wohin er kam, waren die Straßen abgeperrt. An einer Postenkette erlaubte er um Durchlaß. Der wurde ihm gewährt. Der Wachmeister sagte zu ihm, wenn er ruhig seines Weges gehe, könne ihm nichts passieren. Der Zeuge befolgte den Rat. Als er ein Stück gegangen war, löste sich von einer mitten in der Straße stehenden Gruppe von Schulleuten ein Wachmeister los und ging mit erhobenem Säbel schlagbereit auf den Zeugen los. Ich blieb — sagt der Zeuge — stehen und sah den Wachmeister ganz überrollt an. Hätte ich mich umgedreht, so wäre ich sicher geschlagen worden. Ich legitimierte mich. Da wurde der Wachmeister höflicher und ließ mich unbehelligt gehen. Als der Zeuge weiterging, sah er, wie ein alter Mann von einem Schuhmann oder Kriminalbeamten — der

Zeuge konnte das wegen seiner Erregung und der herrschenden Dunkelheit nicht sehen — von hinten geschlagen wurde.

Eigentümer Vottke weiß nichts weiter, als daß ein Mann einen Jungen hochhob und dieser eine Laterne ausdrehte.

Zeuge Riefe hat von seiner Wohnung aus das Treiben der Polizei an der Ecke bei Preuß beobachtet. An einem Abend von 9 bis 11 oder 1/2 12 Uhr seien

wenigstens 100 Menschen vor seinen Augen von Polizeibeamten geschlagen

worden. Der Zeuge teilt eine Reihe von Einzelfällen mit. Ein Mann, der bereits niedergeschlagen war, raffte sich auf, wurde von den Schulleuten verfolgt und nochmal geschlagen. — Ein Herr, der sich neben einen Schuhmann stellen wollte und sich durchaus ruhig verhielt, wurde von einem Kriminalbeamten mit einem Gegenstand, den der Beamte aus der Tasche holte, geschlagen. Zwei Männer, die ruhig aus einer Bedürfnisanstalt heraus traten, wurden von Schulleuten geschlagen. Ein junger Mann wurde immer über den Kopf geschlagen. Er rief:

„Mein Kopf, mein Kopf! Schlagen Sie mich nicht, ich will ja bloß nach der Elektrischen!“

An der Haltestelle der Straßenbahn wurde jeder geschlagen, der sich nach der Aufforderung nicht sofort entfernte. An der Ecke bei Preuß wurde

jeder, der vorbeikam,

von den dort postierten Schulleuten geschlagen.

— Ein Mann, der bereits am Boden lag, wurde von einem Schuhmann, der sich aus einer Kette löste, mit Füßen getreten.

— Manche die beim Vorbeigehen an der Postenkette geschlagen wurden, verloren dabei den Hut. Wenn sie riefen: „Mein Hut, mein Hut.“ sagte ein Schuhmann: „Holen Sie sich doch Ihren Hut.“ Dann kamen die Betreffenden zurück. Sobald sie sich nach dem Hut bückten, bekamen sie Prügel. In allen Fällen — sagt der Zeuge — war ein Polizeioffizier zugegen, der die Mishandlungen gesehen haben muß, aber nicht dagegen einschritt.

Polizist Krause sagt unter anderem: Die Menge habe gelöhlt, „Bluthund“ gerufen, auch ein Schuh sei gefallen, doch weiß der Zeuge nicht, ob von einem Schuhmann oder aus der Menge geschossen wurde. Als die Menge vertrieben wurde, habe auch eine Frau einen Säbelhieb bekommen.

Gdy, Inspektor in der Turbinenfabrik, macht folgende Angaben: Am 28. abends wurde in der Guttensstraße der Feuerwehrturm böswilligerweise in Tätigkeit gesetzt. Als die Feuerwehre trafen, wurde sie von der Menge, die meist aus Janbagel bestand, mit Jochten und Steinwürfen empfangen. Es war ein furchtbarer Madam, den die Wengels machten. — Die Arbeiter der Turbinenfabrik, die zur Nachtschicht kamen, beklagten sich, daß sie von der Polizei geschlagen worden seien. Mehrere von diesen Arbeitern kamen mit Wunden und blutenden Köpfen. Vor dem Fabriktor standen Frauen, die ihre Männer beim Schichtwechsel abholen wollten. Weil es auf der Straße gefährlich war, ließ der Zeuge die Frauen auf den Hof. Jetzt führten ein Polizeileutnant und mehrere Schulleute mit blanken Säbeln in großer Erregung in den Hof. Ein junger Mann, der mit seiner Mutter und anderen Frauen eben herausgekommen war, wurde niedergeschlagen. Eine erhebliche Kopfverletzung war die Folge der Säbelhiebe. Der Zeuge weiß bestimmt, daß aus dem Hofe der Turbinenfabrik nicht geworfen wurde, denn er hat dafür gesorgt, daß es nicht geschehen konnte. Also hatten die Beamten gar keine Veranlassung, in den Hof einzudringen. Die Wengels auf der Straße haben allerdings geworfen, aber die Beamten haben auch furchtbar geschlagen. Der Zeuge sah auf der Straße einen am Boden liegenden Mann, der von zwei Kriminalbeamten furchtbar geschlagen wurde. Nach den Vorgängen am 28. hat die Turbinenfabrik ihren Arbeitern Legitimationen ausgehändigt, in der Erwartung, gegen Verzeigung der Karten würden die Arbeiter unbehelligt zur Fabrik kommen können. Aber die Karten sind nicht immer berücksichtigt worden. Trotz der Karten wurden Arbeiter auf dem Wege zur Nachtschicht mishandelt.

Zu einer anderen Zeit stand der Zeuge vor dem Fabriktor. Einige Schulleute mit Pistolen in den Händen kamen vorbei. Ein Wachmeister hielt dem Zeugen die Pistole vor die Brust und drohte zu schießen, wenn er nicht hinausginge. Die Straße war zu dieser Zeit völlig ruhig.

Magistratskassier Sibolz meint, die Schulleute hätten sich der lärmenden Menge gegenüber ruhig verhalten.

Kleines feuilleton.

Fünzig Jahre europäische Eisenbahnen. Vor 50 Jahren, als Europa eine Einwohnerzahl von rund 250 Millionen besaß, verfügte es in seinem ganzen großen Gebiet über lumpige 52 000 Kilometer Eisenbahn, eine Gesamtlänge, die den Leuten von damals schon recht ansehnlich erschienen sein mag, heute aber erheblich hinter dem zurückbleibt, was Deutschland allein besitzt. In dem nächsten Vierteljahrhundert stieg die Einwohnerzahl Europas um nicht ganz 50 Millionen, während sich die Länge der Eisenbahnlinien auf mehr als das Dreifache vergrößerte, nämlich auf rund 160 000 Kilometer. Im letzten Vierteljahrhundert schwoh dann die Einwohnerzahl auf rund 440 Millionen an, die Länge der Eisenbahnen auf 320 000 Kilometer, während, demnach vor 50 Jahren 1 Kilometer Schienenstrecke auf 1400 Einwohner fiel, kommt jetzt ein Kilometer auf etwa 1400 Einwohner. Die stärkste Entwicklung des Eisenbahnbauwesens im Vergleich zur Dichte der Bevölkerung besitzt Schweden mit 1 Kilometer auf 401 Einwohner, die geringste Serbien mit 1 Kilometer auf 4557 Einwohner. Im ganzen ist das Wachstum der Eisenbahnen im letzten Vierteljahrhundert noch stärker gewesen als in dem vorausgegangenen. Das Gesamtkapital, das in Eisenbahnen angelegt ist, dürfte mit 100 Milliarden annähernd richtig abgeschätzt sein. Die größte Schienenlänge von allen europäischen Ländern hat das Deutsche Reich aufzuweisen mit rund 60 000 Kilometer. Nur das gewaltige Rußland kommt dieser Zahl fast gleich. Dann folgt Frankreich mit rund 50 000 Kilometer, Oesterreich-Ungarn mit 42 000 und England mit 38 000. Alle anderen Länder stehen weit zurück, zum Beispiel Italien mit 17 000 und Spanien mit 15 000. Das stärkste Wachstum der Eisenbahnen ist in Rußland geschehen, das vor 50 Jahren in dieser Hinsicht erst an achter Stelle unter den europäischen Staaten stand, jetzt beinahe an die erste Stelle gerückt ist. Immerhin bedeutet sein heutiger Stand im Vergleich zu seiner Größe noch keine besonders glänzende Entwicklung.

Das elektrische Auge. Nach Meldungen aus Petersburg hat Professor Rosing vom dortigen Technologischen Institut einen Apparat erfunden, den er das „elektrische Auge“ nennt. Nach seiner Beschreibung muß es eines der wunderbarsten Instrumente sein, die jemals von Menschen erdacht worden sind, denn es soll die Möglichkeit geben, alle Gegenstände wahrzunehmen, die sich in einem gewissen Umkreise befinden, gleichviel welche Hindernisse dem eigentlichen Auge dabei begegnen würden. Beispielsweise wird nunmehr ein Fabrikdirektor von seinem Kantor aus durch das „elektrische Auge“ den ganzen Betrieb und jeden einzelnen Angestellten seines Etablissements verfolgen können. Es soll sogar möglich sein, mit diesem Wundermittel von einem

Schiff aus den Waden des Weltmeeres zu sehen, so daß man unter anderem alle gesunkenen Schiffe würde wahrnehmen können. Die Feder sträubt sich dagegen, die Ausfichten auszumalen, welche diese Erfindung eröffnet — wenn sie sich bewährt.

Ein Museum für Luftschiffahrt in Paris. In den Räumen des Museums-Garnavot wird zu Beginn des kommenden Jahres, voraussichtlich bereits Mitte Januar, eine neue Abteilung eröffnet, an deren Zusammenstellung bereits eifrig gearbeitet wird. Hier sollen alle historischen Dokumente, die sich auf die Luftschiffahrt beziehen, so vollständig als möglich vereint werden und so einen Ueberblick geben über die Bestrebungen der Menschheit, das Reich der Lüfte zu erobern. Unter den Schätzen, die zusammengebracht sind, erregt ein englischer Druck besonders Aufsehen; er stammt etwa aus der Zeit 1870 und trägt die einfache Aufschrift „Ariel“. Das interessante Blatt stellt die erste Luftkresse dar und gibt dabei in allgemeinem Umriss die vollkommene Ausbildung eines modernen Eindeckers, wie ihn Katham heute benützt. Das Alter der Darstellung ist zweifelsohne festgestellt, wenn auch Genaueres über die Herkunft dieses merkwürdigen Druckes noch nicht bekannt ist. Auf alle Fälle hat der Künstler bereits vor 40 Jahren nicht nur die Flugmaschinen vorausgesehen, sondern eine ziemlich genaue Vorstellung der heute gebräuchlichen Apparate gehabt.

Humor und Satire.

- Theaterausstellung im Jahre 2000.
Nr. 107 Lebensgroßes Selbstbild der Sekretärin des Lustspielhauses, die das nicht mehr mit ansehen konnte.
Nr. 209 Selbstbiographie des schwindelichtigen Schweizer Schriftstellers Florian Endli in der Handchrift Ferdinand Bonn.
Nr. 592 Parität. Porträt der einzigen christlichen Darstellerin, die jemals im vergangenen Jahrhundert die Jungfrau von Orleans gespielt hat.
Nr. 712 Schredenslammer: Reinhardt's fünfte Garnitur für Berlin während der Sommergastspiele.
Nr. 785 Das (ausgestopfte) Pferd (Schimmel), auf dem Niemi einzog (41 mal), Gehtler erschossen wurde (25 mal), Brumbilde nach Walball zog (122 mal), der Große Ausrücker sein Volt segnete (7 mal), der Pferdewärter Mathes Obener von der Firma Gebrüder Veermann spozieren ritt (unzählige Male).
Nr. 821 Schreibübungen aus der Sekundarzeit des Schauspielers Bogt.
Nr. 1013 Das meistgeprüfte Bett Berlins, das Himmelbett des Residenz-Theaters.
Nr. 1107 Eine Hand voll (beglaubigten) Sandes aus der Manege, in der „König Dedius“ gespielt wurde.
Nr. 1340 Der von Alfred Holzbock bei der Einweihung des neuen Opernhauses benutzte Parkettstiesel (refraktiert).
(„Anstige Blätter.“)

Notizen.

Theaterchronik. Im Marionetten-Theater in den Ausstellungshallen findet am 24. keine Vorstellung statt, dagegen wird am 1., 2. und 3. Weihnachtsfeiertag um 4 Uhr das Märchenstück „Die Zauberperle“, um 6 Uhr „Das Mädchen von Gizonda“ und abends 8 1/2 Uhr „Die Zauberperle“ gespielt. An den folgenden Tagen werden Nachmittagsvorstellungen für Kinder zu ermäßigten Preisen gegeben. — Die im Friedrich-Wilhelm'schen Schauspielhaus für Freitag angelegte Vorstellung von „Cyrano von Bergerac“ muß auf Sonntag verschoben werden. Es geht dafür „Hofgunst“ in Szene.

Ferdinand Bonn wird im Deutschen Theater den Schneider Zwirn in „Quapungabundus“ und im Kaufmann von Venedig den Shylock darstellen.

Die selige Flora des Herrn Wode dürfte nach englischen Berichten bald die Gerichte beschäftigen. Da Herr Wode die machthaft göttliche Unbefangtheit hat (was alle menschlichen Verfassungen übersteigt, nannten die Riten belamlich göttlich), Leonardos Flora als Titelbild im Katalog des Kaiser-Friedrich-Museums triumphierend erscheinen zu lassen, wollen die Engländer jetzt ernsthaft gegen ihn vorgehen. Lucas' Erben werden voranschreitlich auf dem Algenwege Herrn Wode verbieten lassen, Reproduktionen der Florabüste herauszugeben, da nach dem Urheberrecht Lucas' Arbeiten — er starb 1888 — noch drei Jahre geschützt sind.

Wenn Millionäre in Kunst machen... Die Gemäldegalerie des Louvre in Paris hat von dem Millionärprophet Chouard eine Sammlung von Gemälden geerbt. Darunter auch Millet's von tiefer Naturpoesie und schlichter Wahrheit erfülltes Bild „Angelus“. Wie sich aber jetzt herausstellt, macht das Bild einen höchst betrübenden Eindruck. Der große „Räcen“ hat es nämlich von irgend einem billigen Plücker „restaurieren“ lassen. Diese Ausbesserung gelang so gründlich, daß von Millet kaum etwas übrig blieb.

Das Mikrophon als Wasserfucher. In jedem Telephon ist ein Apparat enthalten, der den Schall verdrücken muß, damit man ihn deutlich hört: das Mikrophon. Ein Ingenieur Dienert hat nun dieses Mikrophon so empfindlich gemacht, daß man mit seiner Hilfe Geräusche vernehmen kann, die in großer Tiefe in der Erde vor sich gehen. Bei Paris wurden Versuche gemacht, um unterirdische Wasserläufe mit dem Apparat zu entdecken. Fließendes Wasser soll in Apparat ein Geräusch hervorbringen, das dem Sausen des Windes im Walde ähnlich klingt; Tropfenfall in unterirdischen Hohlräumen gibt ein Geräusch wie dampfer Glodenschlag. Bei den erwähnten Versuchen wurden in einem wasserarmen Seitental der Marne mehrere Wasserläufe in einer Tiefe von 15 Meter festgestellt, von deren Vorhandensein mit unbewaffnetem Ohr nichts wahrgenommen werden konnte.



Restaurateur Sturz bekam, als er ruhig durch eine Schanzmannsleiste gehen wollte,

von einem Polizeileutnant einen Stoß vor die Brust. Dabei rief der Leutnant: „Zurück, Lump!“ Als der Zeuge weiter ging, sah er, daß

zwei Damen von einem Schuttmann geschlagen wurden. Die Damen rannten auf die andere Seite der Straße und stellten sich in ihrer Angst in ihren Rücken an die Wand. Auch dann wurden sie nachmals gottschämlich geschlagen. Kriminalbeamte schlugen ebenfalls auf die Damen los.

Es war nicht mitanzusehen, sagt der Zeuge. Am 28. abends gegen 7 Uhr machte der Zeuge eine Befragung auf der Post. Als er zurückkam, hörte er plötzlich ein Geräusch hinter sich. Er drehte sich um, hinter ihm stand ein reitender Schuttmann und dessen Pferd trat dem Zeugen auf die Beine. Der Reiter rief:

„Wißt Du laufen, Stroß, hast wohl lange keine Bißse gezeigt?“ Der Zeuge sagte darauf: „Herr Wachtmeister, was wollen Sie von mir?“ Da zog der Schuttmann den Säbel und führte einen wuchtigen Hieb nach dem Zeugen, der sich aber durch eine rasche Wendung schützte und davon lief.

Frau Schiller, die Frau des Kästers der Reformationskirche kann nichts weiter angeben, als daß sie Rabau auf der Straße und das Klirren von eingeworfenen Scheiben hörte.

Vorzellanhändler Brösche geriet bei einem Geschäftsgange in eine Gruppe von etwa 20 Menschen, die von Schuttmännern verfolgt wurden. Er stellte sich an die Wand, in der Hoffnung, die Jagd werde an ihm vorübergehen, ohne daß er Schaden leide. Aber darin hatte er sich geirrt. Er bekam von den Schuttmännern

wenigstens 10 Säbelhiebe und ist infolgedessen acht Tage krank gewesen. Als der Zeuge, nachdem er die Prügel bekommen hatte, vor seinem Laden stand, verlangte ein Schuttmann, er solle hineingehen. Der Zeuge zeigte seine blutenden Hände und sagte: „Ich habe schon Prügel bekommen, was wollen Sie denn noch?“ Da sagte der Schuttmann: „Wenn Sie nicht gleich hineingehen, kriegen Sie noch mehr.“

Koch, ein Zeuge der Staatsanwaltschaft, hat jodelt wie nichts gesehen.

Maurer Augustin geriet auf dem Wege nach Hause an eine Gruppe von Schuttmännern. „Was haben Sie hier zu suchen?“ herrschte man ihn an. Während ihm ein Polizeileutnant feilscht, schlug ihn ein Schuttmann mit dem Säbel auf den Kopf. Ein Freund des Zeugen, der dabei war, hat noch mehr bekommen.

Hentler Franz weiß nur, daß in der Wittstoder Straße die Feuerwehr böswillig alarmiert und eine Lifthaus angezündet wurde.

Oberkellner Donsch kam nachts aus dem Geschäft und sah, daß Leute, die aus der Straßendahn stiegen, von Schuttmännern ohne weiteres geschlagen wurden. — Ein Mann lief über die Straße, ein Schuttmann verfolgte ihn und

schlug von hinten mit dem Säbel

auf ihn ein. Der Zeuge wandte sich an den Schuttmann mit den Worten: „Wie können Sie den Mann so schlagen?“ Da bekam der Zeuge selbst Prügel. Die

Säbelhiebe hagelten nur so auf ihn nieder.

Er wurde hauptsächlich am Arm verletzt und war infolgedessen drei Wochen arbeitsunfähig. Eigentümer Gottschlag sagt, die Menge, welche am 26. und 27. in der Wittstoder Straße Rabau machte, bestand größtenteils aus Jungbärgeln. Die Bengels waren Laternen ein und machten fürchterlichen Lärm. Wenn die Polizei schon früher gegen diese Elemente scharfer vorgegangen wäre, dann hätten wir den ganzen Skandal nicht bekommen. Daß aus Hentlern geworfen wurde, hat der Zeuge nicht gesehen.

Damit endet die Sitzung. Heute um 9 1/2 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

## Stadtverordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michels eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung von der Befähigung der wiedergewählten, sowie der neugewählten Stadträte Runge, Dr. Frey und Banowsky. Vor der Tagesordnung gibt

Oberbürgermeister Kirchner folgende Erklärung ab: Mir ist mitgeteilt worden, daß meine vor acht Tagen getane Äußerung betr. Herrn Stadtrat Münzberg an verschiedenen Stellen so aufgefaßt worden ist, als hätte ich behauptet, er habe wider bessere Wissenschaften versichert, daß Ausgaben aus 1900 aus Mitteln für 1910 nicht geleistet worden sind. Eine solche Erklärung habe ich nicht abgegeben. Sowie ich mich erinnere, wurde in der Diskussion auch hervorgehoben, daß selbstverständlich Herr Münzberg in gutem Glauben gehandelt hat. Ich will nicht unterlassen, ausdrücklich zu erklären, daß ich keinen Augenblick bei der ganzen Verantwortlichkeit des Herrn gezwifelt habe, daß er in gutem Glauben war und ich kann heute hinzufügen, daß ich mich in der Zwischenzeit aus den Akten überzeugen habe, daß er alles getan hat, um das zu verhindern, und daß er nur darin schlagend ist, daß er voraussetzte, seine Anordnungen seien genau befolgt worden, und daß er nur verabsäumt hat, sich davon zu überzeugen. (Beifall.)

Mit der

Verlegung des Luisenstädtischen Gymnasiums nach dem Schulhauserviertel hat sich der eingesehte Ausschuss einverstanden erklärt. Die Verlegung soll unverzüglich — ein Antrag auf Fortfall der Vorfrage wurde abgelehnt — vom 1. April 1911 ab allmählich und schrittweise durch Abbau an der alten und vorläufigen gleichzeitigen Aufbau an der neuen Stelle im Schulhause Thoenersstraße 74 erfolgen. Als Bauplatz für das neu zu errichtende definitive Schulgebäude sind die Parzellen 15—19 des städtischen Geländes an der Appenzelner Straße in Aussicht genommen. Der Antrag auf Fortfall der Vorfrage ist von den Stadtv. Dr. Arons u. Gen. (Sog.) wieder eingebracht.

Stadtv. Dr. Arons: Vor einigen Jahren schon hatten wir bei der Staatsverwaltung die Frage der Vorfrage allgemein zur Entscheidung gestellt, in der Debatte wurde damals besonders darauf hingewiesen, daß ein selbständiges Vorgehen der Kommune auf diesem Gebiete angeeignet sei. Hier bietet sich eine Gelegenheit dazu. Der Einwand, daß es sich nur um die Verlegung einer Anstalt handle, trifft infolgedessen nicht zu, als die Schule in einem weit entfernten Stadtteil wieder errichtet werden soll und für diesen etwas ungewöhnlich Neues bedeutet. Das berühmteste Berliner Gymnasium, das Graue Kloster, besteht ohne Vorfrage. Bei der Beratung unseres vorerwähnten Antrages hob gerade der Kollege Kommissen hervor, daß die Vorfrage vielfach die der Schule zugehörigen Kinder in andere Lokalen setzen, als von den Eltern beabsichtigt war, und diese Bedenken des Kollegen Kommissen treffen ganz besonders auf die zu verlegende Schule zu. Bleibt die Vorfrage während der Verlegung bestehen, so fehlt schließlich nach drei Jahren den Schülern der Vorfrage die Anstalt selbst, die inzwischen abgebaut und weit weg verlegt ist. Gerade die Art der Verlegung, wie sie beabsichtigt ist, zeigt, daß ein organischer Zusammenhang zwischen Vorfrage und Gymnasium gar nicht besteht.

Stadtv. Dr. Teuffel (A. L.) tritt für die Beibehaltung der Vorfrage ein.

Stadtschulrat Dr. Michaelis: Es handelt sich ja nur um die Verlegung einer Anstalt, um einen vorhandenen Bestand. In der ganzen äußeren nordöstlichen Königstadt ist keine Vorfrage vorhanden. Die Frequenz der Vorfragen hält sich auf durchaus konstanter Höhe. Der Antrag Arons wird abgelehnt, der Ausschussantrag angenommen.

Auf Grund des § 105b Abs. 2 der Gewerbeordnung hat der Magistrat, nachdem einer Anregung des Ausschusses des Berliner Kaufmannsgerichts für Gutachten und Anträge entsprechend durch die Gewerbe-Deputation eine umfassende Umfrage bei den beteiligten Geschäftleuten veranstaltet worden war, den Entwurf eines Ortsstatuts vorgelegt, durch das eine

Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen hergestellt vorgehen wird, daß Geschäfte, Lehrlinge und Arbeiter nur noch vormittags von 7—10 Uhr beschäftigt werden dürfen. Eine Ausnahme soll nur für den Handel mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln und für den Blumenhandel gemacht werden.

Von verschiedenen Seiten ist Ausschuhberatung beantragt.

Stadtv. Galland (A. L.): Die Vorlage bezweckt nicht, dem Kleinhändler neue Wege zu weisen, sondern sie will lediglich das, was sich organisch auf diesem Gebiete in den letzten 10—15 Jahren entwickelt hat, kodifizieren. Was an der Vorlage zu bessern ist, wird zweckmäßig in einem Ausschuss vorbereiten. Es wird sich fragen, ob nicht gerade auch die Interessen der Arbeiterchaft beeinträchtigt werden, wenn man mit den beabsichtigten Ausnahmen die Zeit von 12—2 Uhr mittags nicht mehr freiläßt.

Stadtv. Holskowsky (Sog.-fortsch.): Ich nehme denn doch einen erheblich radikaleren Standpunkt ein. Nehmliche Einwände wurden 1903/04 erhoben, als wir den Verkehr im Großbetriebe auf die Sonntagsvormittagsstunden beschränkten. Die Angestellten der Detailgeschäfte sind viel äbler dran als die des Großgewerbes; sie bedürfen auch größerer Rücksichtnahme. Die Zahl der Belegten, die sich dafür aussprechen, ist stetig gewachsen. Am liebsten wäre mir, man könnte sofort den allgemeinen Geschäftsschluß verfügen. (Anruhe.) Die Vorstellungen der Detailisten sind von einseitigem Interesse diktiert; der Arbeiterstand ist der allerletzte, der sich der Verkürzung der Sonntagsarbeit entgegenstellen würde. Der kleine Geschäftsmann und Gewerbetreibende haben auch ein Recht auf einen freien Sonntag.

Stadtv. Heid (A. L.): Ein betrüblicher Teil der Kleinfachleute hat sich bei der Enquete für den bisherigen Zustand ausgesprochen. Für die Angestellten haben wir ein ebenso warmes Herz wie der Vorredner, aber Sorge tragen wir um die kleinen Geschäftleute, die ohne Gehilfen arbeiten; diese werden dann durch die Konkurrenz der großen Warenhäuser reitungslos erdrückt werden.

Stadtv. Hünke (Sog.): Für die Kollegen Galland und Heid muß jetzt der Arbeiter als Popanz dienen, um Ihnen die Vorlage so unheimlich wie möglich zu machen. (Anruhe.) Wenn es sich um Lohnaufbesserungen handelt, denken Sie an die Arbeiter nicht. (Große Anruhe.) Ich kenne die Arbeiterverhältnisse mindestens so genau wie jeder einzelne von Ihnen; ich habe in einem Kolonialwarengeschäft konditioniert und 25—30 Jahre in der Branche gearbeitet, ich weiß, daß eine große Anzahl der Kleingewerbetreibenden sich sehr freut, daß ihnen das bisherige Sonntagsruhe, wie es die Vorlage will, gegeben werden soll, auch die, die ohne Gehilfen sind, wo Mann und Frau allein arbeiten. Wenn jetzt um 2 Uhr die Läden geschlossen werden, dann wird es 3 oder 4 Uhr, ehe der Mann mit der Familie seinen Gang ins Freie machen kann. Der Hauptverlecher spielt sich nicht in den Stunden von 12—2 Uhr, sondern vormittags von 8—10 Uhr ab.

Auch in der Nahrungs- und Mittelbranche haben ja 38 Proz. für die Schließung von 10 Uhr ab bestimmt, 4 Proz. sogar für die völlige Schließung am Sonntag. Nach welcher Richtung in der Vorlage auch die Wünsche der Angestellten Berücksichtigung gefunden haben sollen, ist nicht erkennbar. Nur als Uebergangsstadium akzeptieren wir die Ausnahme für die Nahrungs- und Genussmittelbranche; der Handelsstand dieser Branchen ist in den Kommunen, wo die völlige Sonntagsruhe eingeführt ist, nicht zugrunde gegangen. Der Lohnzuschlag, der dem Kollegen Galland Schwierigkeiten macht, kann ja auf einen anderen Tag verlegt werden. 1881 hatte ich Gelegenheit, in einer Deputation vor dem Handelsminister Verlecher die Wünsche der Angestellten zu vertreten. Damals wurde ausdrücklich erklärt, die 5 Stunden Sonntagsarbeit seien lediglich als Uebergang zur völligen Sonntagsruhe gedacht. Und was ist in den 20 Jahren seitdem geschehen? Endlich sollen wir diesen kleinen Schritt vorwärts machen, und da sehen die Herren Galland und Heid schon wieder den Ruin zahlreicher Geschäftleute voraus!

Im Interesse der Gesundheit und der geistigen Entwicklung der Angestellten wie der Kleingewerbetreibenden empfehlen wir Ihnen unsern Antrag: „Für die Kleinhändlergeschäfte im allgemeinen völlige Sonntagsruhe einzuführen und Ausnahmen für die Nahrungs- und Genussmittelbranche nur von 8—10 Uhr vormittags zu gestatten.“

Stadtv. Bamberg (A. L.): Ich hätte die Ablehnung der Vorlage ohne Ausschuss am liebsten gesehen. (Hört! hört!) Die Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags kommt in der Tat, abgesehen von den Nahrungsmitteln, völliger Sonntagsruhe gleich; denn wer geht in diesen Stunden in die Geschäfte? Um 7 und 8 Uhr im Winter liegen Sie doch alle noch im Bett. (Große Heiterkeit.) Die Geschäftleute, die hier in Frage stehen, treten einmütig für den bisherigen Zustand ein. Wird diesen Geschäften der Sonntagsnachmittag genommen so wird das Publikum einfach den großen Warenhäusern zugezogen. Mit der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags ist besonders den kleinen Geschäftleuten nicht gebüht. (Zuruf des Stadtv. Vorgmann.) ... Um 7 Uhr geht Ihre Frau auch noch nicht einkaufen, da liegt sie auch noch im Bett. (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Der Kollege Bamberg schlägt wohl von sich auf andere, wenn er meint, die Leute in Berlin kaufen nicht von 7 bis 10 vormittags ein, weil sie so lange schlafen. (Heiterkeit.) Die Arbeiter verlangen selbst durchaus nicht die Rücksicht, die man ihnen heute gewährt will. Es wiederholt sich hier nur, was antilich des Schuttmännchenschlusses sich abspielte. Die Gewerbe-Deputation arbeitet seit vollen zwei Jahren an der Vorlage, die schon in sich ein Kompromiß darstellt. Die Rücksicht auf den kleinen Mittelstand, der durchaus geschützt werden soll, wird von diesem selbst gar nicht begehrt. Die Durchführung der ganzen Maßregel würde sehr erleichtert, wenn die Lohnzahlung von Sonnabend auf Freitag verlegt würde; die Stadt könnte hier mit gutem Beispiel vorangehen. Der Hinweis auf die Lohnaufbesserungen seitens des Kollegen Hünke war unangebracht, denn wir sind doch nicht bei den Löhnen von Olms Zeiten stehen geblieben.

Stadtrat Weigert: Die Vorlage ist tatsächlich ein Kompromiß und gefällt daher keiner der beiden Parteien. Wir wünschen damit zwischen den berechtigten Ansprüchen der Ladenbesitzer und der Angestellten zu vermitteln.

Stadtv. Grönwaldt (A. L.) stellt sich auf den Standpunkt der Kollegen Heid und Bamberg und befreit den Wert der Magistratsenquete.

Stadtv. Kommissen (Fr. Fr.) plädiert für glatte Annahme der Vorlage ohne Ausschuhberatung.

Stadtv. Sonnenfeld (A. L.) tritt diesem Vorschlage entgegen. Der Standpunkt Bambergs sei in der Fraktion vereinzelt; man würde sich sofort mit der Sache abfinden, wenn um 11 Schluß gemacht würde.

Stadtv. Hünke: Die abschlägige Antwort, die wir 1903 und 1906 von der Kirche bekommen haben, sollte uns doch gezeigt haben, daß wir hier kein Entgegenkommen zu erwarten haben.

Einmütig wird Ausschuhberatung beschlossen.

Die Hundesteuer will der Magistrat vom 1. April 1911 ab von 20 auf 30 M. jährlich erhöhen.

Stadtv. Netzig (A. L.) spricht sich für die Erhöhung aus und beantragt Ausschuhberatung. Die Hundeliebhaberei sei vielfach ausgeartet. Der Hund verurteile durch seine Schmutzerei großes Vergehen. Mit den Schlagworten: „Hund des armen Mannes“ und „Wächter des Hauses“ werde ungemein viel Mißbrauch getrieben. Die Hundekrankheiten seien eine Gefahr auch für die Menschen. Wohin es mit dem Hundebestand schon gekommen sei, beweise eine vom „Vorwärts“ wiedergegebene Todesangabe. (Redner verliest sie unter Heiterkeit der Versammlung.) Das sei doch geradezu Humbug.

Stadtv. Dr. Lehy (A. L.) bezieht als Vorsitzender einer kleinen Minderheit seiner Fraktion einen ablehnenden Standpunkt mindestens gegenüber jeder Erhöhung der Steuer. Seit 1908, wo eine neue Hundesteuerordnung beraten worden sei, habe sich irgend ein Bedürfnis für eine Änderung nicht herausgestellt. Der Hund sei nicht für alle Einwohner in dem Maße eine Plage wie für manchen Hauswirt. Auch solle man nicht über den „Hund des armen Mannes“ spötteln; für viele alleinstehende Personen sei er der einzige Beschützer. Gegen die Besteuerung von Luxushunden habe er nichts; für jeden zweiten und ferneren Hund solle man ruhig den Satz von 30 M. überschreiten. Die Steuererhöhung bedeute eine ganz unsoziale Belastung der Allerärmsten.

Stadtrat Ledermann: Den Zeitungsberichten nach hat das Oberverwaltungsgericht in einem Rechtsstreit angeblich ausgesprochen, daß die gegenwärtige Hundesteuerordnung mangels erklärter Zustimmung der beteiligten Minister unglücklich sei. Noch liegen diese Erkenntnisse nicht vor. Auch wenn die Mitteilung den Tatsachen entsprechen sollte, ist eine Rechtsunsicherheit für die Stadt oder die Steuerpflichtigen nicht vorhanden; es bleibt dann eben die frühere Steuerordnung, die auch 20 M. vorzieht, bestehen. Die Beanstandung kann sich nur auf nebensächliche Bestimmungen beziehen. In der Steuerdeputation ist mit einer gewissen Geheimhaltung eine weit höhere Herabsetzung der Steuer festgestellt worden als jetzt vorgeschlagen wird. Der Magistrat will eine Luxussteuer nicht einführen und hat darum eine höhere Besteuerung zweiter und weiterer Hunde nicht vorgeschlagen.

Stadtv. Hoffmann (Sog.): Wir sind mit der Verlegung des öffentlichen Wohls unserer Stadt glücklich auf den Hund gelangt. (Heiterkeit.) Der Erhöhung sollen nicht finanzielle, sondern anderweitige, hauptsächlich polizeiliche Erwägungen zugrunde liegen, die auf Verhinderung der Verschmutzungen hinführen. Eine Verminderung der Zahl der Hunde durch die Steuererhöhung wird aber nur wenig in Betracht kommen und spätestens in einem Jahre wieder ausgeglichen sein. Und dann ist der finanzielle Erfolg doch ein ganz bedeutender. Unser Kämmerer wird 4 bis 500 000 M. gar nicht abweisen; er mag mit Fehlern behaftet sein wie er will, aber in dieser Beziehung ist er ein sehr einnehmendes Wesen. (Heiterkeit.) Wir müssen Ihnen den Schmerz bereiten, diese Erhöhung abzulehnen, und zwar, weil wir darin auch eine indirekte Steuer sehen — nicht bloß deshalb eine indirekte, weil sie der Hund nicht zahlt, sondern sein Herr (Heiterkeit), sondern aus den Gründen, aus denen Stadtrat Lohndie sich 1908 dafür erklärt hat. Die Unbemittelten werden wieder einmal fast allein davon betroffen; die Reichen kommen fast gar nicht in Betracht. Herr Ledermann hat das ja eben selbst ausgeführt. Wenn es heißt, man brauche sich keinen Hund zu halten, dann brauche man auch keine Steuer zu zahlen, so ist das dieselbe Argumentation, als wenn man sagt: „Rauche keine Zigarren, dann brauchst du keine Tabaksteuer zu zahlen.“ (Heiterkeit und Zurufe.) Geht die Hundezahl erheblich zurück, so wird die Steuererhöhung lediglich ein Privileg der Reichen herbeiführen, und nun sollen auch die gewöhnlichsten Hunde keinen Pfennig weniger zahlen als die teuersten Rasse- und Luxushunde! (Zurufe.) Es gibt viele unbeschäftigte Einzelpersonen, die sich an den Hund halten, um ein lebendes Wesen um sich zu haben, die aber ganz ungeeignet wären zur Kindererziehung. Demen kann man nicht mit Herrn Netzig raten, statt der Hunde Waisenkinder zu sich zu nehmen. Dieser Rat steht also auf der gleichen Stufe wie die entsetzliche Ausmalung der Krankheit des Hundewurms, die dem Hundebesitzer droht. Diese Krankheit tritt doch gerade dann auf, wenn sich die Besitzer mit den Hunden gar zu gemein machen: durch Küssen und Lecken, nicht durch das Halten der Hunde als solches. Wenn die Verschmutzung der Hauptgrund für die Vorlage ist, sollte man die Steuer doch „Hunde-Rachajsteuere“ nennen, weil sie den Rachaj der Hunde trifft. (Große Heiterkeit.) und eigentlich müßte dann die Besteuerung auch nach der Quantität eintreten. (Stürmische Heiterkeit und Zurufe.) Herr Kollege Netzig, meine Ausführungen sind stets der Gesellschaft angepaßt in der ich mich befinde. (Erneute Heiterkeit.) Die Steuer trifft keineswegs was sie treffen soll. Eine Verringerung der Hundezahl wird nicht eintreten. Im Jahre 1892 erhöhte man die Steuer von 9 auf 20 M., und die Hundezahl ging von 85 000 auf 37 000 zurück; sehr bald aber fand wieder die erstere Zahl wieder Hinzugekommen. Die Erhöhung von 20 auf 30 M. wird einen noch viel geringeren Effekt haben.

Ein großer Teil der Luxushunde wird bleiben, und wenn Sie 100 M. Steuern auflegen; diese Zahl wird sogar steigen, wenn das Hundehalten zu einem wirklichen Privileg der Reichen wird. Bei den weniger Bemittelten werden Sie auch nicht erreichen, daß sie den einmal lieb gewordenen Hund abschaffen — und das wollen Sie doch? —; ein großer Teil der Unbemittelten werden sich die 10 M. vom Hunde absparen; sogar Kinder haben erklärt: „Der Hund wird nicht abgeschafft, lieber wollen wir nichts zu Weihnachten haben“, und opfern die letzten Pfennige aus ihrer Sparbüchse, wenn der Hund zum Liebling der Familie geworden ist. (Zurufe.) Wenn Sie sich da nicht hineindenken können, liegt es jedenfalls nicht an mir. Die Hunde der minder Bemittelten kommen sehr wenig auf die Straße, weil die Familien gar nicht die Zeit haben, sie auszuführen, aber sehen Sie sich doch an, welche Hunde in Berlin W. auf der Straße sich herumtreiben. Die Verschmutzungen werden man durch die Steuererhöhung nicht beseitigen; für den Betroffenen ist es gleich unannehmlich, ob er mit einem Hundenschädel bei 20 oder 30 M. Steuer zu tun hat. (Heiterkeit.) Vor zwei Jahren suchte uns Herr Netzig zu machen. Herr Solmitz wies damals darauf hin, was für unästhetische Sachen die Hunde in den Straßen verüben. (Heiterkeit.) Ja, das werden Sie mit 30 M. Steuer auch nicht verhindern. (Stürmische Heiterkeit.) Die gar nicht abzutretenden Verunreinigung der Straßen tritt ganz besonders an Sonntagen hervor, zumal im Osten und Norden; das liegt an der ungeheuren Zahl von Biehunden, die in Berlin noch vorhanden sind, die wochentags ihre Bedürfnisse auf den Jahrdämmen verrichten, am Sonntag aber, wenn sie ausgepöndelt sind, den Bürgersteig benutzen. Man sorge für eine entsprechende Verordnungen, welche die Eigentümer unter scharferem Vorstrafen stellt und sie eben für entkündigen Schaden an Parkanlagen usw. lastbar macht. Hier läßt sich Wandel schaffen ohne ein neues Privileg. Dreimal hat die Versammlung die Hundesteuer abgelehnt, 1904, 1905 und 1908. Inzwischen ist nichts weiter geschehen, als daß Petitionen gekommen sind. Ausschuhberatung wird ja schon deswegen notwendig, weil das Oberverwaltungsgericht die Hundesteuerordnung von 1908 als noch nicht in Kraft getreten erklärt hat. Die angeblich große Zahl der leerstehenden Wohnungen ist eine Triebfeder für die Vorlage; die Hausbesitzer müssen die Kontraktbestimmungen betreffend das Halten von Haustieren lockere lassen, um Mieter zu bekommen, und nun soll der Magistrat Ihnen in anderer Weise zu Hilfe kommen. (Anruhe.)

Solche Art, eine Steuer durchzuführen, hat nur Zweck, wenn Sie 100 Mark erheben. Eine Erhöhung der Steuer nach dem Einkommen wollen Sie nicht; Sie wollen ausgesprochen die Unbemittelten treffen und eine halbe Million heraus schlagen. Ich hoffe, daß die Vorlage abgelehnt wird. (Lebhafte Beifall der Sozialdemokraten.)

Stadtv. Ledermann (A. L.) ist mit dem Magistratsvertreter einverstanden und hofft, daß die Erhöhung angenommen werden wird, ebenso Stadtv. Landsberg (A. L.), der von der Erhöhung sich besonders einen finanziellen Erfolg verspricht.

Stadtv. Arons: Dann wäre ich allerdings der Gipfel der Ungerechtigkeit. Wir haben für den Magistratsantrag keine wirkliche Begründung, keine Statistik, nichts als alte, abgestandene Redensarten erhalten. Daß die Steuerdeputation überhaupt eine Sitzung abgehalten hat, wundert mich sehr; während der ganzen Zeit, daß ich ihr angehörte, war das nicht der Fall.

Nachdem noch Stadtv. Wiser (A. L.) gegen Hoffmann polemisiert hat, bemerkt

Stadtv. Hoffmann: Die Hundesteuer ist bei uns noch nicht zur Prinzipienfrage geworden. Erst heute







MARKE CONDOR



# Weihnachts-Schuhwaren

in eleganten Präsentkartons

## zu überraschend billigen Preisen

Jeder Herr freut sich  
über die bereits  
von Tausenden erprobten  
und gelobten Vorzüge  
unseres

### CONDOR PATENT-

Schnürstiefel ohne  
D. R.-P. 174 209 zu schnüren  
Das Ideal aller Bequemlichkeit  
In modernsten Ausführungen  
16.50 14.50 10.50



Die Vorzüge unserer  
Condor-Patent-Schnür-  
stiefel ohne zu schnüren  
werd. in unseren Geschäf-  
ten ohne jede Kaufver-  
pflichtung gern gezeigt.

### Sehenswerte Sonder-Ausstellung von Kamelhaar-Schuhen sowie anderen beliebt. Festgeschenken

**Hausschuhe** 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47  
imit. Kamelhaar, mit 85 Pf. 1,00 1,15 1,30 1,50  
Filz- und Ledersohlen  
mit Kordelsohlen 75, 85 Pf.

**Hausschuhe** 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47  
aus rein Kamelhaar 1,25 1,45 1,75 2,25 2,75  
und Wolle . . . . .

**Damen-Umschlagschuhe** 2,30  
aus Kamelhaar mit Stoffmischung . . . Gr. 36-42  
aus rein Kamelhaar und Wolle . . . . . Gr. 36-42 3,25

**Hausschuhe** 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47  
aus Kamelhaar mit 1,00 1,20 1,40 1,70 2,20  
Stoffmischung . . . . .

**Schnallenstiefel** aus rein Kamelhaar und Wolle  
Gr. 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47  
1,70 2,00 2,40 3,00 3,60

**Schnallenstiefel** aus Kamelhaar mit Stoffmischung  
Gr. 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47  
1,30 1,50 1,80 2,35 2,75

**Kinderstiefel** für Mädchen  
unser berühmtes Fabri- 3.50 3.90 4.40 4.80 5.20  
kat, solid u. bequem, zum für Knaben in Boxhorse  
Schnüren und Knöpfen in f. 5.50 6.00 6.50 7.00 36-37 38-39 40  
Chevreaux 6.30 6.60 6.90

**Pantoffel** aus Kamelhaar m. Stoffmischung 1,60 1,95  
aus rein Kamelhaar mit Wolle 2,20 2,60

**Damen-Schnür- und Knopfstiefel**  
vorzügliche Chevreaux- u. Boxkalb-Qualitäten  
Nur modernste, passende Formen  
16,50 14,50 12,50 10,50 8,50

**Damen-Schnürstiefel** 7,50  
solid, elegant, mit und ohne Lackkappen

**Damen-Schnürstiefel**  
warm gefüttert, Filz- und Leder- 6,00 4,85 3,85  
besatz . . . . .

**Herren-Schnürstiefel**  
vorzüglich Chevreaux 16,50 14,50 12,50 10,50  
und Boxkalb-Qualität

**Herren-Schnürstiefel** 7,50  
solid, elegant, mit u. ohne Lackkappen, unerreichte  
Preislage . . . . .

**Herren-Schnallenstiefel**  
für leidende Füße . . . . . 16,50 12,50 9,80  
dieselben m. warmem 15,50 10,50 9,50 7,50  
Futter . . . . .

# Conrad Tack & Cie. Schuhfabrik Burg bei Magdeburg

125 eigene Filialen in 90 Städten des Deutschen Reiches,  
davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (Teilhans)  
C., Rosenthalerstrasse 14  
W., Potsdamerstrasse nur 50  
W., Schillstrasse 16  
NW., Turmstrasse 41, Ecke  
Oldenburgerstrasse  
NW., Wilsnackerstrasse 22

NW., Beuselstrasse 29  
N., Friedrichstrasse 127 schräg  
gegenüber der Oranienburgerstr.  
N., Müllerstrasse 3  
N., Reinickendorferstr. 23  
gegenüber der Plantagenstr.  
N., Brunnenstrasse nur 37

N., Danzigerstrasse 1  
O., Andreasstrasse nur 50  
O., Frankfurter Allee 125  
SO., Oranienstr. 32 zwischen  
Oranienplatz u. Adalbertstrasse  
SO., Oranienstr. 22, unmittel-  
bar, d. Hochbahnst. Oranienstr.

SO., Wrangelstrasse 49  
SW., Friedrichstr. 140-141  
am Hälleschen Tor  
Charlottenburg: nur  
Wilmersdorfer Str. 122-123  
Rixdorf: Bergstrasse 50-51  
Potsdam: Brandenburger  
Strasse 54



**S. Gottlieb**  
G. m. b. H.  
Um jedem die Beschaffung seines Weihnachtsbedarfs zu erleichtern,  
offerieren wir bis zum Fest

## auf Kredit

### Herren- und Damen-Konfektion

1 Anzug 15 M. Anzahlg. 3 M.	1 Paletot 15 M. Anzahlg. 4 M.
1 Anzug 21 M. Anzahlg. 4 M.	1 Paletot 20 M. Anzahlg. 5 M.
1 Anzug 24 M. Anzahlg. 7 M.	1 Ulster 22 M. Anzahlg. 6 M.
1 Anzug 40 M. Anzahlg. 8 M.	1 Ulster 30 M. Anzahlg. 7 M.

**Wäsche □ Pelzsachen □ Möbel**  
— Abzahlung 1 Mk. pro Woche an. —  
**Rosenthaler Strasse 54** 1. Etage.

## Möbel-Lechner

Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor.  
**Auf Kredit**

**Riesen-Auswahl! Eigene Polsterwerkstatt!**  
1 Stube und Küche von M. 200.— an, Anzahlung v. 15 M. an  
2 Stuben und Küche von M. 525.— an, Anzahlung v. 40 M. an  
Mod. Schlafzimmer von M. 350.— an, Anzahlung v. 30 M. an  
Mod. Herrenzimmer von M. 500.— an, Anzahlung v. 45 M. an  
Mod. Speisezimmer von M. 550.— an, Anzahlung v. 50 M. an  
Bunte Küchen, großes Lager.  
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.

**Extra-Abteilung für Herren-u. Damen-Garderobe,**  
Pelzstolas, Teppiche, Portieren, Gaskronen,  
Sprechmaschinen etc.  
Große Auswahl. Bequeme Teilzahlung.  
Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
Lieferung auch nach auswärtig.

**Bis 23. Dezember bis abends 9 Uhr geöffnet.**



### Die Grubenkatastrophe in Bolton.

Das entsetzliche Unglück, das am Mittwoch den englischen Bergbau heimgesucht hat, ist eines der schwersten, von denen die Unfallchronik des internationalen Bergbaues zu berichten weiß. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist anzunehmen, daß außer den wenigen am Mittwoch Geretteten, niemand von den in der Pratoria-Grube eingeschlossenen Lebend wieder das Licht des Tages erblicken wird. Etwa

#### 350 blühende Menschenleben

sind durch die Katastrophe in wenigen Minuten vernichtet worden. Hunderte von Witwen und Wätern, viele Hunderte Kinder sind ihres Ernährers beraubt worden, und nur gering ist die Hoffnung der verzweifelt vor dem Grubeneingang Harrenden. Der in Bolton weilende Regierungsinpektor ist nach Prüfung der Sachlage zu der Ueberzeugung gelangt, daß alle in der Kohlengrube befindlichen Arbeiter umgekommen sind.

#### Der Schauplatz der Katastrophe.

Die Pratoria-Grube besteht aus dem Gard-Schacht und dem Arley-Schacht, in denen gegen 800 Mann mit dem Graben und zu Tag Fördern von Steinkohlen beschäftigt sind. Beide Schächte stehen durch einen langen Gang in Verbindung. Mittwoch morgen waren im Arley-Schacht 440, im Gard-Schacht 352 Bergleute und Förderknappen tätig, als 10 Minuten nach 8 Uhr eine aus der Gard-Grube emporschießende Stiehlflamme im Vereine mit einer gewaltigen Erschütterung eine Katastrophe ankündete. Die Explosion war so gewaltig, daß in Bolton die Häuser erzitterten und Fensterscheiben zerbrachen. Die Grubengebäude wurden zerstört, die Maschinen blieben stehen und die Eingänge der Gard-Grube wurden verschüttet. Gleichzeitig versperrten herabfallende Gesteinsmassen den Tunnel zwischen beiden Schächten. Für die 440 Mann der Arley-Grube war dies die Rettung; die Explosion des Nachbarschachtes mit seinem Feuer konnte nicht über den Verbindungsgang hinaus, so daß die Arley-Leute, so schnell die Förderlöcher auf und ab fahren konnten, zu Tage gefördert wurden. Nur einer der zuletzt Geretteten erlag den durch den Tunnel dringenden giftigen Gasen.

Die 352 Mann der Gard-Grube dagegen waren von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Jeder Rettungsweg war ihnen versperrt. Wer nicht der Explosion und dem Feuer zum Opfer fiel, mußte den giftigen Gasen erliegen.

#### Die Rettungsaktion.

London, 22. Dezember. (Spezialtelegramm des „Pres.-Telegraph“.) Als sich die giftigen Gase aus der Arley-Grube verzogen hatten, nahm man von hier aus das Rettungswerk in Angriff. Doch bald wurde klar, daß man nur Leichen finden konnte. Ein Teil der Opfer ist

bis zur Unkenntlichkeit verbrannt.

Mit der ersten Rettungsmannschaft stieg ein alter Hauer namens Luxton hinauf. Zwei seiner Söhne waren in der Gard-Grube tätig. Mit Todesverachtung drang er vor, um die Seinen zu finden. Als die vorsichtig nacheilende Mannschaft wieder auf ihn stieß, war auch er eine Leiche; die Gase hatten ihn getötet. Die alte Mutter der beiden Söhne ist jetzt allein. Um den Schachtengang drängten sich von den Mittagstunden an

#### Hunderte englischer und schreiender Frauen

mit Kindern an der Hand und Kleinen auf dem Arm, um auf Nachrichten aus der Unglücksgrube zu lauern. Als der Tod der Eingeschlossenen zur Gewißheit wurde, spielten sich herzzerreißende Szenen der zu Witwen gewordenen Frauen und ihrer Kinder beraubten Mütter ab. Die bisher am Tageslicht gebrachten Leichen sind in einer Halle aufgebahrt, wo die Angehörigen der Verunglückten einzeln herangelassen werden, um sie zu rekonozizieren.

Bolton, 22. Dezember. Die Nachforschungen in der Kohlengrube wurden die ganze Nacht hindurch fortgesetzt, aber man bemerkte kein Lebenszeichen. Die Rettungsmannschaften sahen etwa 150 Leichen. Die Grube ist mit Gasen angefüllt.

#### Weitere folgen der Explosion.

London, 22. Dezember. (Spezialtelegramm des „Pres.-Telegraph“.) Durch die Explosion im Gard-Schacht sind die Gebäude der Pratoriagrube vollkommen zerstört worden. Maschinenhaus, Beamtenwohnungen, Vorratsschuppen und Förderstürme sind eingestürzt. Die hier tätigen Arbeiter und Beamte haben zum Teil nicht unerhebliche Verletzungen erlitten. Der zweite Direktor Luxton, der im Bureau der Grube tätig war, wurde vom Luftdruck der aus dem Förderschacht dringenden Stiehlflamme vom Stahl geschleudert. Das Gebäude stürzte über ihm zusammen. Die Rettungsmannschaft konnte ihn nur als Leiche aus den Trümmern hervorholen.

#### Keine Hoffnung.

Bolton, 22. Dezember. Herr Girard, einer der Mitinhaber der Gruben, erklärte, als er aus dem Schachte zurückkehrte, daß an nähernd 300 Arbeiter zur Zeit der Katastrophe sich in der Grube befanden und daß wahrscheinlich alle umgekommen sind. Wir sind während der eingehenden Durchsuhung des Schachtes fortwährend auf Leichen gestoßen und alles was noch möglich ist, ist geschehen, um noch weitere Leichen an die Oberfläche zu bringen; Menschenleben zu retten, ist nicht mehr möglich.

#### Eine schwere Anklage.

Bolton, 22. Dezember. Eine allgemeine und sehr berechtigete Entrüstung rief unter den zur Rettung ihrer Kameraden herbeigeeilten Bergarbeiter die Laitsache hervor, daß die Rettungsgerätschaften sich in sehr mangelhaftem Zustande befanden. So hatte die Direktion in unbegreiflicher Leichtfertigkeit veräußert, Rettungshelme, die für das Eindringen in verqualmte Schächte unerlässlich sind, in genügender Zahl vorrätig zu halten. Erst längere Zeit nach der Explosion trafen die Rettungsapparate ein. Bezeichnend ist es auch, daß die Direktion die Grube stets für eine der feuersichersten Englands erklärte und daß man jetzt versucht, die Schuld auf die verunglückten Arbeiter abzuwälzen, denen man schlafdrückeres Gantieren mit dem Feuerzeug vorwirft.

### Partei-Angelegenheiten.

#### Zur Lokalliste!

In Lausitz T.-B. hält der Turnverein „Turnerschaft“ am ersten Weihnachtstagesabend in Hebers Festlichkeiten. Jub. Gutische, einen Unterhaltungsabend ab. Da das Lokal für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt ist, bitten wir die angebotenen Billets zurückzuweisen.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß in Bestendorf die Lokale „Lindenpark“, Berliner Str. 1, und „Kaiserhof“, Potsdamer Straße, noch wie vor gesperrt sind, und bitten, alle Veranstaltungen daselbst zu meiden.

Wahldorf (Ostbahn) N.-B. Der Männergesangsverein „Konfordia“ hält am ersten Weihnachtstagesabend in Wahldorf-Süd im Lokale „Hubertus“, Jub. A. Engel, eine Weihnachtsfeier ab. Da auch hier verhuert wird, unter organisierten Arbeitern Billets umzusetzen, bitten wir, dieselben zurückzuweisen, da das genannte Lokal zu keiner Parteiverammlung hergegeben wird.

Wir ersuchen, streng die Lokalliste zu beachten.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Am 1. Weihnachtstagesabend veranstaltet der Wahlverein im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, einen Kunstabend. Anfang des Konzerts 7 Uhr. Villets a 50 Pf. sind noch bei den Bezirksführern zu haben. Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Da nur erstklassige Künstler mitwirken, erwartet der Vorstand eine recht rege Beteiligung.

Aldershof. Die Parteigenossen und Genossinnen, welche ihren Zutritt aus der Landesliste angemeldet haben, werden ersucht, sich am 27. Dezember (3. Weihnachtstagesabend), vormittags 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Feuerstein, Widmarstr. 25, pünktlich einzufinden. Legitimation und Vorladung sind mitzubringen. Die Kommission.

Groß-Beßen und Umgegend. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag (1. Feiertag), nachmittags 8 Uhr, in Jeßen im Lokal Behrend statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.

Bris-Budow. Die Bibliothek des Wahlvereins bleibt am Weihnachtstagesabend und am Silvester geschlossen. Nächster Bücherwechsel am Sonnabend, den 7. Januar, im Restaurant von Otto Hitz, Berderstr. 20. Die Bibliothekskommission.

Potsdam. Am 2. Weihnachtstagesabend veranstaltet der Wahlverein im Viktoriagarten, Alte Luisenstraße, ein Weihnachtsfest, bestehend in Abendunterhaltung und Tanzgängen. Eintrittskarten vorher bei den Genossen Staab und Wald.

Der Vorstand.

Neue Mühle - Niederlehme. Am 2. Weihnachtstagesabend im Lokal von B. Thormann Weihnachtsbesuchungen des Wahlvereins Niederlehme unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins sowie des Theatervereins „Fidelitas“.

Der Vorstand.

### Berliner Nachrichten.

#### Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung begann mit einem Nachhall der erregten Debatte, die in der Sitzung des vorigen Donnerstags um den Magistratsantrag auf Nachbewilligung von Mitteln zur Entsendung kranker Kinder in Heilstätten usw. entbrannt war. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat Oberbürgermeister Kirchner sich das Wort zu einer Erklärung, durch die er den Stadtrat Münsterberg, dessen eigenartige Führung der Armen-direktionsgeschäfte in jener Debatte zur Sprache gekommen war, zu entlasten versuchte. Herr Kirchner hatte am vorigen Donnerstag Mitteilung gemacht, dem Magistrat selber sei es zunächst verborgen geblieben, daß im Ressort des Herrn Münsterberg aus den für 1910 bewilligten Mitteln für Heilstättenbehandlung die noch ungedeckten Mehrausgaben für 1909 gezahlt worden waren. Gestern erklärte er, hiermit habe er nicht sagen wollen, daß Münsterberg wider besseres Wissen gehandelt habe, als er den Magistrat falsch informierte. Vielmehr habe er, der Oberbürgermeister, keinen Augenblick daran gezweifelt, daß Stadtrat Münsterberg dabei in gutem Glauben gehandelt habe. Von Münsterberg sei, wie der Oberbürgermeister inzwischen aus den Akten ersehen habe, alles getan worden, die unzulässige Art der Deduktion jener Mehrausgaben zu verhindern. Er habe es nur versäumt, sich zu vergewissern, ob seine Anordnungen auch befolgt wurden. Der Herr Oberbürgermeister schien zu meinen, daß hiermit die Angelegenheit aufgeklärt und erledigt sei.

Im Anschluß an die Ausschußberichterstattung über die Verlegung des Luisenstädtischen Gymnasiums forderte die sozialdemokratische Fraktion, daß bei dieser Gelegenheit die Vorstufe der Anstalt beseitigt werde. Genosse Kronz hob hervor, daß die Verlegung aus der Luisenstadt nach der entfernten Schönhauser Vorstadt gleichbedeutend ist mit der Gründung einer ganz neuen Anstalt. Neuen Anstalten aber solle ja, wie selbst von freisinniger Seite zugestanden worden sei, keine Vorstufe mehr beigegeben werden. Aus den Erklärungen des Freisinnredners Stadtv. Tropske sowie des Stadtschulrats Michaeleis ergab sich, daß jenes Versprechen ihrer Meinung nach hier nicht gehalten zu werden braucht. Die Anstaltsverlegung wurde beschlossen unter Ablehnung des Antrags auf Vorstufbeseitigung.

Ein hitziger Streit entbrannte um den Magistratsantrag auf Ausdehnung der Sonntagsruhe im Kleinhandel. Man sollte es kaum für möglich halten, daß um diese Forderung immer noch wieder geirriten werden muß. Stadtv. Galland und Stadtv. Fried, die Redner der „Alten Linken“ und der „Neuen Linken“, enthielten ihr warmes Herz nicht nur für die kleinen Geschäftsleute, die angeblich ohne das Sonntagsgeschäft zugrunde gehen müssen, sondern auch für die — Arbeiterbevölkerung, die ja am Sonntag einkaufen wolle. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte eine noch weitergehende Ausdehnung der Sonntagsruhe, für die Nahrungsmittelgeschäfte Beschränkung der Geschäftszeit auf 8—10 Uhr, für die übrigen Geschäfte völligen Schluß am Sonntag. Genosse Hinz, der diesen Antrag begründete, wurde von der freisinnigen Mehrheit durch lärmende Zwischenrufe unterbrochen, als er ihr vorhielt, daß hier ihr Interesse für die Arbeiterbevölkerung nur ein lächerlicher Vorwand ist. Für weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe werde nicht nur das Heer der Angestellten dankbar sein, sondern auch die große Mehrheit der Geschäftsinhaber, denen schließlich doch auch mit einem Mehr an Sonntagserholung gedient sei. Denselben Standpunkt nahm der „Sozialfortschrittler“ Stadtv. Kollonowsky und im weiteren Verlauf der Debatte der zur „Neuen Linken“ ge-

hörende Stadtv. Goldschmidt ein. Herr Goldschmidt konnte es sich im übrigen nicht verkneifen, wieder mal die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Freisinn zu rühmen, die Genosse Hinz liebtlos angezweifelt hatte. Aus der Reihe der anderen Redner wollen wir nur noch den Stadtv. Yamberg der Beachtung unserer Leser empfehlen. Das Zeug, das er zusammenschwafte, fand jubelnden Beifall bei der Mehrheit. Aber sein Vorschlag, ohne Ausschussberatung glatt abzulehnen, wurde doch nicht befolgt. Ein Ausschuss wird die hundertmal erörterte Frage der Sonntagsruhe aufs neue erörtern. Ihm wurde der Antrag unserer Genossen mit überwiesen.

Einem Ausschuss wurde auch die Vorlage auf Erhöhung der Hundesteuer überwiesen. Um das Für und Wider kam es zu einer lebhaften Aussprache, in der es auch an heiterem Beimerk nicht fehlte. Gegen die Erhöhung erklärte sich die sozialdemokratische Fraktion. Genosse Hoffmann, der die Gründe darlegte, tat das in einer so beleuchtenden Form, daß Freund und Feind ihr Vergnügen daran hatten. Hoffen wir, daß nicht den Hundebesitzern das Lachen vergeht, wenn die Vorlage aus dem Ausschuss zurückkommt und die Versammlung zu beschließen hat.

#### Die juristische Sprechstunde am Sonnabend (Heiligabend) fällt aus.

Gute Bilder machen eine illustrierte Zeitschrift interessant und lesenswert. Von diesem Standpunkt ausgehend hat sich auch der Verlag der „Neuen Welt“ entschlossen, ab 1. Januar 1911 Sonderdrucke aus starkem, weichem Papier herauszubringen, das der Plastik und Schärfe der Illustrationen wesentlich zugute kommen wird. Diese Sonderdrucke erscheinen als selbständige Blätter, durch die die übliche Gratislieferung unserer Sonntagsbeilage in keiner Weise berührt wird. Es soll nur dadurch solchen Sammlern der „Neuen Welt“, die sich die Jahrgänge einbinden lassen, fortan Gelegenheit geboten werden, sich für diesen Zweck Exemplare auf gutem Papier beschaffen zu können. Die Sonderdrucke, die pro Nummer für 5 Pf. abgegeben werden, sind bei den Expediteuren oder bei der Hauptexpedition des „Vorwärts“ (Lindenstr. 69) zu bestellen.

Von den Heilmitteln. In der am 21. d. Mts. abgehaltenen Sitzung des Anstaltsrates der städtischen Heilmitteln wurde unter anderem beschlossen, in die städtische Heilmitteln für brustkranke Frauen zu Walsow bis auf weiteres auch Mädchen mit offener Tuberkulose vom 8. Lebensjahre ab aufzunehmen. Für Mädchen mit geschlossener Tuberkulose, schwächliche, erholungsbedürftige und sogenannte tuberkulosebedrohte Mädchen, und zwar schon vom schulpflichtigen Alter ab, dient, wie bei dieser Gelegenheit wiederholt wird, bereits die Heilmitteln zu Blankenburg, für Knaben die Heilmitteln zu Heinersdorf.

#### Warnung vor Inseratenschwindlern und Vorkaufagenten.

Der Verein Berliner Grundstücks- und Hypothekensachen, E. S., Charlottenstraße 31, sendet uns eine längere Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

In letzter Zeit häufen sich die Klagen über unerhörte Ausnutzung des Publikums auf dem Grundstücks- und Gelbmarkt. Die Immobilienmaklervereine, die um Abhilfe gebeten werden, sind natürlich nicht in der Lage, alle Unerfahrenen und Unvorsichtigen zu schützen, ebensowenig können sie sich auf die strafrechtliche Verfolgung der Inzestruenten verlassen.

Das einzige und vielleicht auch das wirksamste Mittel ist die Aufklärung durch die Presse, um auf diese Weise dem unläuteren Geharn den Nährboden zu entziehen.

Wie der Sempelpfang ganz allgemein betrieben wird, soll im Folgenden dargestellt werden.

Nicht nur aus Berlin, sondern aus allen Teilen des Reichs kommen Klagen, daß Verkaufslustige oder Darlehensnehmer überbortelt sind, und zwar von Geschäftsteilnehmern, beziehungsweise Agenten derselben, deren Firmen sich dadurch besonders bemerkbar machen, daß sie die Inhaber einer Firmenbezeichnung zulegen, als ob ihr Geschäftsbetrieb ein weltumspannender sei. Bezeichnungen wie zum Beispiel „Internationale Gesellschaft“, „Grundstücksbörse“, „Zentrale für Grundstücks- und Geschäftverläufe“, „Darlehnsbank“ und ähnlich lautende Firmen mit dem weiteren Zusatz „handelsgerichtlich eingetragene Firma“ oder „gesetzlich konzessioniert“ sind an der Tagesordnung. Viele bezeichnen sich auch als „bekannteste und größte Firma“ und behaupten unter anderem, täglich Abschlüsse zu machen und, was das Charakteristischste ist, jeder hat Angst, mit ähnlich lautenden Firmen verwechselt zu werden und warnt vor Verwechslungen.

Dieser derart geschilderten Firmen haben ihre Agenten über das ganze Land verstreut und wenden sich nun, teils durch diese, teils durch die Presse an das Publikum, welches Käufer für Grundstücke jeder Art und Geschäfte sucht, Teilhaberschaften oder Hypotheken oder Realcredit braucht, mit der ausdrücklichen Betonung, daß sie nicht mit Vermittlungsagenten zu vergleichen sind.

Ist ein gutgläubiges Opfer gefunden, so wird ihm begreiflich gemacht, daß der einzig mögliche Erfolg das Inserieren in dem von der Firma herausgegebenen Offertenblatt sei. Das Blatt werde unentgeltlich allen Interessenten zugesandt und liege in diesen öffentlichen Lokalen aus, auch erscheine das Gesuch solange, bis der Erfolg erzielt sei. Der Inserent läme auf diese Art schneller zum Ziele und spare die Vermittlungsprovision. Schließlich wird dem Opfer ein Koveres vorgelegt, der die Höhe der Kosten möglichst verkauflich festlegt und in seiner vollen Tragweite gar nicht erkennt wird. Das Opfer kommt erit zur Besinnung, wenn es die Zahlungsaufforderung und bei einer eventuellen Weigerung die schnell folgende Klageanstellung erhält. Uns sind Firmen bekannt, die ständig einen Rechtsanwalt mit der Eingehung der Forderungen beschäftigen.

Das Inserationsorgan der Firma erscheint natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es wird in einigen Hundert Exemplaren gedruckt und an Leute verendet, die als Interessenten nicht in Frage kommen, es sei denn, daß man die Wirtelagenten an anderen Plätzen als solche bezeichnet. Zum Beispiel ein Fall aus jüngster Zeit. In Braunschweig sucht eine Witwe Geld zur zweiten Stelle. Ein Inseratentag bereitet sie zur Unterstufung eines Koveres, wonach die Witwe eine bestimmte Summe zu zahlen hat. Nach der Zahlung hört sie von der Firma nichts mehr. Schließlich melden sich bei ihr in kurzen Zwischenräumen drei Agenten, und zwar aus Berlin, Magdeburg und Frankfurt a. M. Diese waren die sogenannten Interessenten, denen das Offertenblatt zugegangen war. Die Höhe der Inserationskosten richtet sich einmal nach dem Objekt, ferner aber nach der Intelligenz des Opfers und des Agenten. Uns sind Fälle bekannt, in welchem für diesen Zweck bis 500 M. eingeklagt wurden. Hat die Firma nun kein eigenes Offertenblatt, so verpflichtet sie sich, in anderen Wätern zu inserieren; sie tut es auch von Zeit zu Zeit, um den Kaufpreis zu führen, daß sie dauernd tätig war. Es soll zugegeben werden, daß es auch Firmen gibt, welche diese gefangenen und verwerfliche Geschäftspraxis nicht üben, da es aber schwer ist, den Hofer aus der Ueberfülle von Spreu zu sondern, und oft der Unschuldige für den Schuldigen leiden muß, so kann irrtümlich das







**Friedenau.** Nachmittags 5 Uhr veranstaltet der Wahlverein im Lokale „Rheinischhof“, Rheinstr. 60, eine Weihnachtsfeier bestehend aus Konzert, satirischen Vorträgen und Aufführungen der Frcien Turnerschaft Friedenau. Um 7 Uhr: Besichtigung der Kinder. Billets a 25 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

**Steglitz.** Nachmittags 4 Uhr im Restaurant „Paradiesgarten“: Weihnachtsfeier. Den Frauen ist Gelegenheit gegeben, Kaffee zu kochen.

**Schlendorf (Wannseebahn).** Nachmittags 3 Uhr im Lokale von B. Schwarz, Rennbahn, Alfenstr. 56: Weihnachtsfeier, veranstaltet von den Gewerkschaften und dem Wahlverein.

**Lankwitz.** Der Männerchor Lankwitz-Südende (M. d. A.-S.-V.) veranstaltet in Gemeinschaft mit der Frcien Turnerschaft Lankwitz im Restaurant P. Ebel, Rühlensstraße, einen Konzertabend. Anfang pünktlich 8 Uhr. Es wirken mit: Berliner Sinfonie-Orchester von Maximilian Fischer, Frl. Walli Kuffel mit Rezitationen. Billets sind bei den Mitgliedern beider Vereine sowie beim Gastwirt Ebel zu haben. Abendkasse findet nicht statt.

**Lichtenberg.** Der Bezirk Lichtenberg veranstaltet im Etablissement B. Schwarz, Köllendorferstr. 25-26, eine Weihnachtsfeier. Mitwirkende: Gesangverein „Lichtenberger Männerchor“, Sittlichklub „Hilberthal“, Turnverein „Lichtenberg“ usw. Zur Aufführung gelangt „Weihnacht“ von E. Preczang. Anfang 7 Uhr. Billets a 25 Pf. Dieselben sind bei sämtlichen Gruppen- und Bezirksführern zu haben.

**Tempelhof.** Die Weihnachtsfeier findet im „Wilhelmspark“, Berlinerstr. 9, statt. Das Programm lautet: „Weihnachten in Wort und Ton“. Mitwirkende: Konzertfängerin Henriette Friedländer-Pöhlmer (Gesang), Schauspielerin Elsa Kühne (Rezitation), Genosse Fritz Larnow (Festrede), Musikdirektor Schuster am Flügel. Saalöffnung abends 8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Eintrittskarten inkl. Programm a 30 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

**Stralau.** Der Wahlverein veranstaltet (1. Weihnachtsfeier) in den „Karlgrafenpforten“, Karlgrafenbaum 34, einen Kunstabend. Mitwirkende: Frl. Anna Vorkardt (Konzertfängerin), Herr Fritz Köhner (Operntenor), Herr Martin Wighardt (Schauspieler), die Triebenvereinigung des Herrn Rich. Kusch (Klavier), Max Rodern (Violine), Willi Dedert (Violoncello), Gesangverein „Vortrags-Verein“ (Stralau). Künstlerische Leitung: Richard Kusch. Preis 50 Pf. Garderobe frei. Während der Vorführung bleiben die Saalüren verschlossen. Rauchen verboten. Saalöffnung 5 Uhr. Anfang pünktlich 8 Uhr.

**Köpenick.** Der Gesangverein „Männerchor Köpenick“ veranstaltet abends 7 Uhr im Stadttheater ein Weihnachtskonzert. Die Musik wird vom Berliner Elite-Orchester ausgeführt.

**Dahlemburg h. Jossen.** Eine Weihnachtsfeier verbunden mit Theateraufführung und Tanz findet abends 7 Uhr im Saale Wald- und Seeschlößchen statt. Eintrittskarten 30 Pf.

**Neue Mühle-Riedersteine.** Im Lokal von Thormann in Neue-Mühle: Weihnachtsbergungen des Theatervereins Fidelity.

**Franz-Euchholz.** Abends 7 Uhr bei Kühne, Berlinerstr. 30, humoristischer Bilderdorvorrag: „Die fromme Helene“. Anschaulich gemüthliches Besamensein. Programme a 25 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

**Bernau.** Der Bildungsausschuss veranstaltet abends 8 Uhr eine künstlerische Weihnachtsfeier im großen Saale des Restaurants „Bellevue“, Inhaber Franz Salzmann. Mitwirkende: Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater-Berlin, Herr Wilhelm Reimes, Berlin, das Pflugsche Orchester sowie der Arbeitergesangverein „Freiheit“. Programme a 30 Pf. sind bei den Funktionären erhältlich.

**Nowawes.** Der hiesige Bildungsausschuss veranstaltet im Lokal von Max Singer, Priesterstr. 31, einen vollständigen Kunstabend. Zu demselben ist das „Walfotte-Quartett“ Berlin gewonnen. Beginn 6 1/2 Uhr abends. Karten im Vorverkauf a 50 Pf. sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

## Aus aller Welt.

### Riesenbrände in Amerika.

Zwei schwere Brandkatastrophen, bei denen zahlreiche Menschen ums Leben kamen, werden fast gleichzeitig aus Amerika gemeldet. In Chicago brach in den Gebäuden der Fleischwaren-Engrossfirma Morris u. Co. ein Brand aus, der an den aufgeschichteten Fetten reiche Nahrung fand. Von dem niederstürzenden Metalldach eines Gebäudes wurden zwanzig Mann der Feuerwehr erschlagen.

Der zweite Brand kam in einer Lederfabrik in Philadelphia aus. Ein Teil der Lösch- und Rettungsmannschaften wagte sich zu weit vor, als plötzlich eine Mauer des Gebäudes einstürzte und die Mannschaften unter sich begrub. Die sofort vorgenommene Rettungsaktion konnte nur noch die Leichen der Unglücklichen bergen. Bisher wurden unter den Trümmern 23 Tote aufgefunden; es wird vermutet, daß dem Unglück noch mehr Menschen zum Opfer gefallen sind.

### Neue aviatische Rekord.

**Tabuteaus Rekordflug** — 6 Stunden Dauer und 464,7 Kilometer Distanz — der bereits am 18. Dezember durch Henry Farman hinsichtlich der Zeitdauer durch einen Flug von 8 Stunden 12 Minuten beträchtlich gedrückt worden war, ist nun auch in der Entfernung überboten worden. Der Cleriot-Pflegger Legagneux führte nämlich am 21. Dezember einen 6-Stundenflug aus, bei dem er 515,9 Kilometer zurücklegte.

Auch der Rekord im Flug mit einem Passagier, den zuletzt Amerigo mit 3 Stunden 20 Minuten hielt, ist am 21. Dezember durch den französischen Militärflieger Leutnant Cammermann überholt worden, der sich 4 Stunden 2 Minuten in der Luft hielt und dabei 232 Kilometer zurücklegte.

Auch eine französische Dame, Fräulein Dutrieu, legte am 21. Dezember einen Flug von 2 Stunden 35 Minuten Dauer zurück und verbesserte damit erheblich den von ihr selbst aufgestellten Rekord für weibliche Flieger.

### Ein Wort um das Weihnachtstrinkgeld.

Wie unser förmlicher Korrespondent meldet, hat ein alter Kellner in Rom seinen jüngeren Konkurrenten mit dem Messer erstochen, weil dieser die Hälfte der Weihnachtstrinkgelder beanspruchte. Der jüngere hatte den älteren darauf aufmerksam gemacht, daß er (der jüngere) schlechter bezahlt war und mehr arbeitete als sein Kollege; deshalb sei es gerecht, daß sich beide die Weihnachtstrinkgelder zu gleichen Teilen teilten. Darüber war der alte so ergrimmt, daß er mit dem Messer auf den anderen eintraug und ihm eine Schlagader verletzete. Der Tod erfolgte durch Verblutung. Der Totschläger hat sich den Behörden gestellt.

### Verlassen, verlassen . . .

Der ehemalige nationale Renommierarbeiter, jetzige Maler Th. Borenghen, Kiel, Verfasser mehrerer Sudelbrotschriften gegen die Sozialdemokratie, die von dem Unternehmertum und dem Reichsverband gratis verteilt worden, hat Konkurs angemeldet. Die Schriften des Renegaten scheinen also den gewünschten klingenden Erfolg nicht gehabt zu haben.

### Kleine Notizen.

Der Tod in der Schule. Auf eine sonderbare Weise ist in Saarbrücken ein Schulkind ums Leben gekommen. Als zu Be-

ginn des Schulunterrichts eine Lehrerin die Tür des Klassenzimmers öffnete, wurde ein hinter der Tür stehendes Mädchen von der Türkante so unglücklich am Kopfe getroffen, daß es tot zu Boden sank.

**Riesenfälschung brasilianischer Banknoten.** In München wurde gestern ein junger Lithograph verhaftet, der für einen bisher noch unbelannten Schweizer Auftraggeber für 1200000 Mark brasilianische Banknoten gefälscht hat. Der Fälschung ist man gelegentlich einer Hausdurchsichtigung in Paris auf die Spur gekommen. Es wurden dabei zahlreiche gefälschte brasilianische Noten gefunden.

Die Unterschlagungen des Obertelegraphenassistenten Guttaus aus Bonn, über dessen Flucht wir gestern berichteten, sind viel umfangreicher, als man erst annahm. Die bisher festgestellten Beträge belaufen sich auf mehr als 50000 Mark und erstrecken sich auf mehrere Jahre.

**Brand eines Touristenheimes.** Das in Touristenkreisen sehr bekannte Touristenheim auf dem Altwater im Sudetengebirge ist gestern morgen ein Raub der Flammen geworden. Bei dem Brande ist der Wirt in den Flammen umgekommen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist loeben das 12. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Mah-Wohringen. — Leo Nikolajewitsch Tolstoj als Philosoph und Moralist des Jenseits (1828 bis 1910). Von H. Kappaport (Paris). — Volkszählung — Städtebildungen — Kommünler. Von H. Korb. — Kampf der Endarbeiter Arbeiter gegen den Wohnungswucher. Von Eugen Barga. — Einiges über die englische Arbeiterpartei. Von Ramsay MacDonald. — Erwiderung von J. Höfgen. — Arbeiterkassen in Witten und Walzwerken. Von Wilhelm Häufigen. — Das Heft kostet 25 Pf.

**Max Liebermann.** Kunstblätter nach seinen Werken in Rappe geh. 1 M. J. Schulz, Mainz.

**Verenburg und die Südwahrafrainer.** Von P. Rohrbach. 6 M. G. Reinecke, Berlin W. 30.

**Geichtschungen und Trennungsfreiheit in Ungarn.** Besetzt von Dr. E. Herd. 1 Kr. Selbstverlag, Budapest VII.

**Wein Anstreich aus der Landestriebe.** Von L. u. Koppelow. 75 Pf. E. Frawein, Berlin W.

**Protokoll über die Verhandlungen der 14. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes 1910.** 223 Seiten. Schmalzfeld u. Co., Bremen.

**Ämtlicher Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbällen.** Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft rege, Preise: Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft rege, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft rege, Preise unverändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft befriedigend, Preise wenig verändert.

### Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am		seit	
	21.12.	20.12.	am	seit
Remel, Ithm	371	—14	0	0
Bregel, Jüterberg	100	—7	0	0
Wieschel, Thorn	184	+6	0	—1
Oder, Ratibor	242	—46	0	0
Strossen	199	—6	0	+2
Franfurt	213	—4	0	+3
Wartbe, Schrum	72	—4	0	+20
Landberg	61	+1	0	—20
Reze, Borsdamm	80	0	0	+44
Elbe, Leimberg	182	+23	0	+57
Dresden	62	+35	0	+13
Barbo	310	—2	0	—
Magdeburg	258	—2	0	—42

+) + bedeutet Hoch, — Niedr. — \*) Unterbezel.



Ansicht unserer Fabriken Leipzigerstr. 97 u. Königstr. 46

# Wollen Sie Juwelen, Uhren, Gold- und Silberwaren

billig und gut kaufen, dann besichtigen Sie unsere grossen Auslagen mit vielen Tausend Schmuck- und Ziergeräten mit deutlich sichtbaren Preisen. Oder überzeugen Sie sich an unseren bedeutenden Lagern, woselbst Ihnen jede gewünschte Auskunft bereitwilligst erteilt und jeder Gegenstand ohne jeden Kaufzwang gern gezeigt wird.

Zur Beachtung! Wegen Abbruchs des Kohnhanses Leipziger Str. 25 haben wir unser zweites Geschäft nach gegenüber: Leipziger Strasse 97, an der Charlottenstraße, verlegt.

**Königstraße 46**

**Belmonte & Co.**  
Ecke Hoher Steinweg u. Leipziger Str. 97. Juweliere, Gold- u. Silberschmiede, Ateliers für Juwelenschmuck und Kunstarbeiten.

**Zirka eine halbe Million Schwingungen**

macht das sogenannte Balancerrädchen einer Taschenuhr in einem Tage. Jeder Punkt im Umfang solchen Rades legt dabei im Tag über 23 Kilometer, im Jahr zirka acht Millionen Meter zurück. Wenn man sich diese kolossale Leistung eines so winzig kleinen Teiles einer Taschenuhr vergegenwärtigt, versteht man erst, wie gut gearbeitet solch ein Werk sein muss, um diese Arbeit dauernd, mit steter Gleichmässigkeit leisten zu können. Man erkennt daran aber auch, dass es unmöglich ist, wirklich gute, dauerhafte Taschenuhren zu den Spottpreisen zu liefern, zu denen die Reklame sie anbietet. Wer sich eine gute Uhr anschaffen will, die nicht nach wenigen Jahren den dreifachen Einkaufspreis an Reparaturen verschlingt, der besichtige unser Uhrenlager.

Wir haben durch den Vertrieb reeller Waren zu billigsten Preisen ein Weltgeschäft aufgebaut, und man kann sich darauf verlassen, dass die Ware von solcher Qualität und so hergestellt ist, dass sie in jeder Weise empfohlen werden kann.

**Wir geben dieselbe 30 Tage zur Probe, daher Risiko ausgeschlossen,**

und verpflichten uns, innerhalb 30 Tage die Uhr anstandslos zurückzunehmen und den bezahlten Betrag ohne jeden Abzug zurückzugeben, wenn dieselbe nicht gefällt oder den gestellten Anforderungen nicht entspricht. Dieselbe ist ein Meisterwerk vollendeter Uhrenfabrikation, hat höchst fein vergoldetes Schweizer Schalltonwerk mit Rubinglasen und Patentzylinderstellung durch die Krone. Ein so vorzüglicher Zeitmesser ist für einen so billigen Preis noch nicht offeriert worden.



Goldene Herren-Uhren von 45—500 Mark.

Jeder Uhr wird ein auf die Dauer von 3 Jahren

ausgestellter Bürgschaft beigegeben, woselbst auf die Nummer der betreffenden Uhr lautet und die Unterschrift unserer Firma trägt.

Nur Mark 10 Patent-Anker-Remontoir-Kavaller-Stahl-Uhr

Modell 1910, mit verstellbarem

Silberblatt Mark 12

mit Sprungdeckel

Mark 18.

kostet unsere



Mark 20

im Silbergehäuse 800/1000 Reichstempel.



Ring.

14kar Gold, 180/1000 gestempelt, mit geschnitt. solchem Brillant in Flatsch-Fassung Brillant M. 12.



Langs moderne Damen-Uhrkette

von M. 5.— bis M. 300.—

Ueber 1000 Stück goldene und silberne Herren- u. Damenuhren zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen. Für jede Uhr leisten wir 3 Jahre Garantie.



Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Onkel und Schwager, der Förster

**Paul Stabenow**  
am 20. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Wilh. Stabenow.**

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Förster

**Paul Stabenow**  
geb. 9. (19. Dez.) im Alter von 41 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Der Vorstand.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

**Paul Franke**  
im Krankenhaus zu Brix verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Ditzer Kirchhofes, Gauselstraße, aus statt.

Der Vorstand.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Silberarbeiter

**Max Vilain**  
am 20. d. Mts. an Nervenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, aus statt.

Nege Beteiligung erwartet  
121/10 Die Ortsverwaltung.

Am 20. d. Mts. verschied nach langem Leiden der Arbeiter

**Wilhelm Block**  
im 39. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Stöckstraße 29 aus nach dem Friedhof der Gethsemanengemeinde in Nordend statt.

257/19 Die Ortsverwaltung.

Am 20. d. Mts. verschied nach langem Leiden mein lieber Mann und guter Vater

**Fritz Schlenner.**

Dies zeigt tiefbetrübt an die trauernde Witwe  
Emilie Schlenner nebst Tochter, Rixdorf, Pring-Gandberg-Str. 19.

Die Beerdigung findet am 1. Weihnachtstages, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuen Jakobikirchhof, Hermannstraße, statt.

Hiermit die traurige Mitteilung, daß mein Mann, unser guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

**Rudolph Gräse**  
nach kurzem schweren Leiden verstorben ist.

Um stille Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, am Mariendorfer Weg, aus statt.

Am Mittwoch, den 21. Dezbr., verstarb nach kurzem, schweren Leiden mein lieber Mann, der Restaurateur

**Karl Hübener.**

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus nach dem Friedhof der Weißhimmels-Gemeinde, Pringelallee, statt.

Berlin, Rixdorf-Str. 122.  
Die trauernde Witwe.

Am 21. d. Mts. verstarb nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter

**Dina Pamp geb. Niemann**  
im Alter von 82 Jahren.

Um stille Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Otto Pamp** nebst Kindern und sonstigen Verwandten.

Die Beerdigung findet am ersten Weihnachtstages, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Ober-Schönweider Friedhofes aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 21. d. Mts. die Frau unseres Sangesbruders D. Pamp,

**Frau Dina Pamp**  
verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am ersten Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes aus statt.

Um recht zahlreiches Erscheinen der Sänger ersucht  
62/3 Der Vorstand.

**Zum Weihnachtsfest**

**Jahre & König**  
Warschauer Straße 68  
Reichenkondorfer Str. 101  
Goeben-Strasse 19

in allen 3 Geschäften auf Teilzahlung wöchentl. nur 1 M.

Herren- und Damen-Uhren, Haus-Uhren, Regulateure, Freischwinger Ohrringe, Broschen, Ketten, Ringe, Armbränder, Operngläser.

Achtung!!! Jeder Grammophon-Käufer erhält Platten, Nadeln und einen hochelernen Platten-Album umsonst.

**Hüte** :: Mitglied :: und Lieferant der Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg.

**Ernst Wancke, Hutmacher**  
Brückenstr. 6a, Jannowitzbrücke.

**M. Wigdor**

Spezial-Modell Q  
moderne Hornknöpfe.  
à Str. M. 6.

Gelegenheit!  
1/2 seidene schwarze Damenregenschirme mit Streifen-Bordüre M. 3,75.

1. Leipziger Straße 79,
2. Königstraße 26a,
3. Friedrichstraße 78,
4. Potsdamer Straße 21a,
5. Friedrichstraße 237,
6. Brückenkamp 1b,
7. Friedrichstraße 129,
8. Oranienstraße 157,
9. Rosenthaler Straße 59,
10. Tauentzienstraße 10,
11. Savignyplatz 8-10,
12. Martin-Luther-Straße 21,
13. Friedenau, Rheinstr. 1-3.

42 eigene Dampfer.

**Zur rechten Zeit**  
sind unsere Dampfer mit Riesenfängen frischer Seefische eingetroffen

daher für die Festtage billige Preise!

Freitag und Sonnabend früh von 8 Uhr an verkaufen wir:

ff. Kabeljau . . . . . im Anschnitt	25 Pf.	ff. Bratschollen . . . . .	25 Pf.
ff. Schellfisch . . . . . im Anschnitt	25 Pf.	ff. Heilbutt . . . . . im ganzen	50 Pf.
ff. kleiner Schellfisch zum Braten	22 Pf.	ff. Rotzungen . . . . .	60 Pf.
ff. Norweger Schellfisch . . . . .	35 Pf.	ff. Tafelzander . . . . .	80 Pf.

Lebende Spiegel- u. Schuppenkarpfen  
In Qualität, p. Pf. 90 Pf., 2-3pfündige p. Pf. 100 Pf. ausgetaucht in große p. Pf. 110 Pf.

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.**  
Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse Tel.: III 8904. III 2784.  
Eigene Filialen: Invalidenstr. 131, Prinzenstr. 94, Gr. Frankfurter Str. 85, Madaistraße Bogen 8-9, Fruchtstraße gegenüber, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 111.  
Niederlagen: Berlin S., Oranienstr. 3, Schönberg, Akazienstr. 31, Stöglitz, Schloßstr. 121, Rixdorf, Berliner Str. 14, Charlottenburg, Augsburgstr. 18, Weißensee, Langhanstraße 144.

Eigene Eisenbahn-Kühlwagen.

**Möbel**

Stube und Küche  
Anzahl 15 Mark an, Woche 1-2 Mark.  
Sitzelne Möbelstücke  
Anzahl 3 Mark an.  
Komplett aufgestellte Wohnungs-Einrichtungen  
in jeder gewünschten Stilart und Preislage bei denkbar kleinster Anzahl.

**Farbige Küchen**  
in großer Auswahl  
Anzahl 5 Mark an.  
**Luxusmöbel** aller Art.  
Lieferung auch nach auswärt. Prachtkatalog gratis u. franko.  
Spezial-Abteilung  
**Teppiche** in jed. Größe u. Qualität.  
Dekorations-Gegenstände in jeder gewünschten Art.  
Gardinen, Portier., Betten, Wäsche, Manufakturwaren usw.  
für wöchentl. 1 Mark.  
In getrennten Räumen:  
**Herren-, Damen- und Kinder-Garderoben,**  
wöchentlich 1 Mark.  
**Pelzstolas**  
Anz. 3 M. Woche 1 M.  
Nur Neuheiten am Lager.  
**Riesen-Auswahl.**

**III. Beiser**  
Lothringer Str. 67,  
zwischen Rosenthaler und Schönhauser Tor  
an Ecke Gormanstr.  
Täglich bis 9 Uhr geöffnet.

**Nathan Wand**  
129 Staliner Str. 129.  
Die schönsten  
Herren-Winter-Paletots u. Uster und Anzüge sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von tauglichen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, (verlegt) auch anzüge sind in großer Auswahl stets zu tauglichen billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Staliner Str. 129.  
Hochbahnstation Köpenicker Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung  
elegante Herren-Moden  
fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung.

**S. Boltuch**  
Frankfurter Allee 75, 1  
Eingang Tilsiter Strasse.

**Pelzstolas, Taschen - Muffen**  
usw.  
Nach beendeter Engros - Saison Einzelverkauf zu Engros-Preisen.

**R. Michaelis,**  
Gr. Frankfurterstr. 99, 1  
vis-à-vis Straußberger Platz.  
Reparaturen und Änderungen.

Lebende Schuppen- und Spiegelkarpfen Pfund 90 bis 1,00 M.  
Eiskarpfen, im Geschmack genau wie lebende, Pf. 60 bis 65 Pf.  
Prima Pom. Cervelat- und Salamiwurst Pfund 1,25 M.  
Pom. Gänsebrust, sehr zart, Pfund 1,65 M.  
Apfelsinen Dutzend 35 u. 45 Pf.

**Tafelobst zu den billigsten Preisen.**  
Lindenstraße 77,  
Alte Jakobstr. 133,  
Junkerstraße 14.

**Fritz Welzel,**  
Beim Einkauf von 2,00 M. an ein schönes Geschenk gratis.

**Pa. Schlaek- u. Salamiwurst 1.20 M.**  
a Pfund  
**Gänse!** täglich frisch in großer Auswahl sämtliche Gänse-Artikel in unbekannter Güte zu den billigsten Tagespreisen.  
Pa. Gänsefleisch, garantiert rein, a Pf. 1,20 M.  
Gr. geräucherter Gänseleuten, 2 Köchlein, a Sid. 1,00  
Prima Spitzgans (Kollbrust) im größten Geschäft der Welt für Gänse-Artikel von

**H. Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95,**  
144/2  
Edhaus Kaiser-Wilhelm-Straße 11.

**Hut-Arnold** Dresdenerstr. 116  
Hut und Mützen Engros-Geschäft  
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Welche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Stoffe Herrenhüte v. 2,00-7,00  
Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware  
Größte Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

**ZOMAROM**

**Bouillon-Würfel**  
der beste und billigste

Nährmittelfabrik „Zomarom“ München, Promenadestraße 6.  
Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30,  
Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 5737.

**Uhren- und Goldwarenspezialgeschäft**  
**Auf Teilzahlung**  
bei kleiner Anzahlung gegen kleine Ratenzahlung erhalten Sie Uhren, Wecker, Freischwinger, Brillanten, Ketten, Ringe, Hochzeits- und Gelegenheits-Geschenke.

**M. Caspary,** Tauentzienstr. 10, Laden.  
Ecke Babelstraße.

**W. Zapel**  
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131  
Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filzhüte.  
Lager in Schirmen und Mützen.

**„Silesia-Bad“**  
11242\* Schlesische Str. 31  
Alle Arten medizinische Bäder.  
Lieferant aller Kassen.

**Gesellschafts-Spiele** in allen Preislagen.  
Schach, Domino, Dame, Roulette, Poch- u. Kegelspiele etc.  
Moderne Spazierstöcke und Tabak-Pfeifen aller Art.  
Feine Wiener Meerschaum- und Bernstein-Spitzen.

**Scheunert & Wirth,** Blumenstraße 4 und 5,  
an der Ballner-Theater-Straße.

**Zähne** 1,50 M.; 10 Jahre Garantie. Fast vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.  
Zahnärztliches Institut, Potsdamer Str. 55 (Hochbahnstation). 9-7 Uhr.

**Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.**  
Näher der offiziellen Tour nach dem Rielengebirge während der Feiertage finden noch folgende zwei Touren statt:  
I. Am 25., 26., 27. nach Prelewalde a. d. O. und Umgebung. Abfahrt 9,30 vormittags vom Stettiner Hauptbahnhof. 8/4  
II. Am 26. Rügen-Gr. Stramp-Abenberg. Abfahrt 8 Uhr: Schlesischer Bahnhof.  
Kaiser-Werke „Wanderlust“ in der Geschäftsstelle zu haben.

**Garderobe auf Kredit!**  
für Herren, Damen u. Kinder  
Größte Auswahl. Billigste Preise. Neuester Schnitt.

**Pelz-Stolas**  
Wochenrate 1 Mk.  
Ferner empfehle

**Wohnungs-Einrichtungen.**  
Ausstellung einfacher u. eleganter Schlaf-, Herren- und Speisezimmer. Mod. farbige Küchen-Einrichtungen

**auf Abzahlung**  
und auch gegen bar.

**Einzelne Möbelstücke**  
und Poisterwaren  
bei kleinster Anzahlung evtl. ohne Anzahlung

Ferner empfehle: Tapete, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-Kronen, Fertige Betten, Leib- und Bettwäsche.  
Sport- und Kinderwagen.

Wochenrate  
**1 Mk.**  
**S. Dorn**  
3' Alte Schönhauser Str. 3'  
Ecke Linien-Strasse 3'  
Heute bis 9 Uhr abends geöffnet!

**Vereinszimmer,**  
gemütlich, Saal zu Hochzeiten, Festlichkeiten noch einige Tage frei  
Neue Königstr. 7

**Schallplatten**  
Verleih-Institut.  
Versand auch nach auswärt. Prospekt gratis und franko.  
Karl Borbs, Berlin 50,  
Neue Königstraße 38.

**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Scheuer Stralsunderstr. 1

**Kartoffeln**  
prima Daberger 2,60, weiße 2,80 ab Rahn  
Charlottenburg, Havelstraße.

Neue Schriften von Parvus.  
Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.  
Preis 3 M.

Das soziale Problem unserer Zeit.  
Preis 40 Pf.

Der Sozialismus und die soziale Revolution.  
Preis 25 Pf.

Expedition des „Vorwärts“,  
Berlins W., Lindenstr. 69, Laden.

Arnold Sprengel Nachf.

**Carl Schmidt**  
Herren-Artikel-Spezialgeschäft  
Admiralstr. 30 (Ecke Bräuerstr.)  
Güte, Krawatten, Wäsche, Gamschuhe, Schirme, Tricotagen, Spazierstöcke, Socken-träger usw.  
Reelle Waren. Billigste Preise.  
Cnocme Rudowh. 2276b



### Zur Lage der Kleinbauern und Landarbeiter.

#### IV. Technische Aufsichtsbeamte. Gendarmen als Aufsichtsbeamte.

Die meisten Berufsgenossenschaften haben technische Aufsichtsbeamte, welche die Betriebe kontrollieren. „Provinz Sachsen“ bemerkt hierzu:

„Von Hinzuziehung der Bezirksgendarmereiwachstmeister zu den Revisionen und den Nachkontrollen wird jetzt abgesehen, da dieses Verfahren zu Unzuträglichkeiten geführt hat. Die erste Nachkontrolle wird vielmehr von dem Aufsichtsbeamten ausgeführt, welcher die Revision bewirkt hat, während zur Ausführung der weiteren Nachkontrollen die Gemeindevorsteher und die Vertrauensmänner herangezogen werden sollen.“

Dagegen meldet uns „Neuß j. V.“:

„Bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ist an Stelle des Herrn Nechenberg, der wegen Fortzuges das Amt eines technischen Aufsichtsbeamten niedergelegt hat, Herr Bürgermeister Geipel-Oberklosau mit der Revision der Betriebe beauftragt worden.“

Der Aufsichtsbeamte für „Auball“, ein Herr Dr. Rude, ist sehr bescheiden und erklärt:

„Von mehreren Seiten ist die Vorbildung der technischen Aufsichtsbeamten in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erörtert worden. Nach meiner zehnjährigen praktischen Tätigkeit als Wirtschaftsbeamter und einjähriger Beschäftigung als technischer Aufsichtsbeamter, kann ich mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß ein praktisch und theoretisch gebildeter Landwirt die geeignetste Persönlichkeit zur Vornahme der Revisionen in landwirtschaftlichen Betrieben sein wird.“

Der praktisch und wissenschaftlich gebildete Landwirt wird stets einen weit besseren Ueberblick über den gesamten Betrieb gewinnen können als ein Laie und wird dementsprechend dem Betriebsunternehmer in ganz anderer Weise entgegenzutreten können, ohne ihn mit teilweise unnötigen und unpraktischen Vorschriften zu belästigen.“ (1)

Der Bericht für „Ostpreußen“ ist von der Kontrolltätigkeit der Gendarmen nur entzückt und meint:

„Die Gendarmen sind für die Kontrolle ganz ausgezeichnet geeignet, wenn sie, was freilich erforderlich ist, durch Instruktion seitens einer geeigneten Persönlichkeit mit den Unfallverhütungsvorschriften bekannt gemacht werden. Eine technische Vorbildung ist zur Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften nicht erforderlich. Es wäre auch wünschenswert, welche Art von Vorbildung als die zweckmäßigste verlangt werden könnte. Nach den diesseitigen Erfahrungen genügt durchaus neben Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften genaue Bekanntschaft mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen und praktischer Sinn. Das sind aber Eigenschaften, die bei der großen Mehrzahl der Gendarmen in hohem Maße vorhanden sind.“

Die Berufsgenossenschaft „Schlesien“ ist über die Verwendung von Gendarmen zur Betriebskontrolle anderer Ansicht als „Provinz Sachsen“. Der Bericht bemerkt:

„Neuerdings werden im Einverständnis mit den Herren Regierungspräsidenten und durch Vermittlung der Herren Landräte die Gendarmen zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften herangezogen; es geschieht dies in der Weise, daß dieselben den technischen Aufsichtsbeamten bei den erstmaligen Betriebsrevisionen begleiten, um sich über die hierbei zu beachtenden Punkte mit den diesseitigen Beamten zu verständigen, damit sodann den Gendarmen die Nachrevision übertragen werden kann, welche hierdurch in wirksamer Weise erfolgt, als wenn sie lediglich den Gemeindevorständen überlassen bleibt. Bei dieser Gelegenheit können die Gendarmen zugleich eine weitreichende Kontrolle über die Durchführung der neuen Oberpräsidialverordnung vom 24. Juli 1909, betreffend die Verhütung von Unglücksfällen beim Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen und Triebwerke, ausüben, welche inhaltlich im wesentlichen mit den diesseitigen Unfallverhütungsvorschriften (Teil I) übereinstimmt. Soweit bereits Erfahrungen auf diesem Gebiete vorliegen, hat die neue Einrichtung sich gut bewährt.“

Jetzt wissen auch die Bauern in Schlesien, für was die Gendarmen eigentlich da sind!

In „Ostpreußen“ bestürmten sogar der Oberpräsident und die „Väter“ Landräte die Regierung, die guten Gendarmen wieder zur Kontrolle der Betriebe herzugeben. Der Bericht enthält folgende kostbare Stelle darüber:

„Die Revision der landwirtschaftlichen Betriebe auf Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften hat im Berichtsjahr nicht ganz in dem Maße gefördert werden können, wie bei Abfassung des vorjährigen Berichts angenommen war. Es ergab sich nämlich, daß bei den Herren Regierungspräsidenten Bedenken bestanden, ob die Heranziehung der Gendarmen zu diesen Revisionen zulässig und mit deren sonstigen Dienstpflichten vereinbar sei. Zwei der Herren Regierungspräsidenten haben sich infolge dieser Bedenken veranlaßt, die Heranziehung der Gendarmen zunächst zu untersagen. Nach eingehender Prüfung der Sachlage, und nachdem sich der Herr Oberpräsident und die Landräte für die Heranziehung der Gendarmen ausgesprochen hatten, wurde diese sVerbot aber zurückgenommen.“

„Sehr schla“ geht man auch in der Provinz „Posen“ zu Werke:

„Die Revisionen der technischen Aufsichtsbeamten geschehen nach vorher festgesetzten Reiseplänen. Die betreffenden Ortsbehörden werden hiervon schriftlich benachrichtigt, damit sie in der Lage sind, die Betriebsunternehmer in Kenntnis zu setzen. Die Nachrevisionen wurden ganz überwiegend durch die Polizeibehörden ausgeführt.“

Noch schlaue sind jedoch die Bauern:

„Dagegen waren mehrmals die Räume, in denen sich die Maschinen befanden, verschlossen. Der Betriebsunternehmer, hieß es, sei verreist. Die Leute glaubten, auf diesem Wege der Revision auszuweichen.“

Und das Resultat der Revisionen? Der Bericht führt u. a. aus:

„Im Berichtsjahre sind beschäftigt worden: Landwirtschaftliche Kleinbetriebe 4291, darunter 1896 in Ordnung, Mittelbetriebe 5135, darunter 191 in Ordnung, Großbetriebe 111, darunter 5 in Ordnung.“

Die Berufsgenossenschaft für das „Großherzogtum Hessen“ hat gar keine technische Aufsichtsbeamten angestellt, sondern behilft sich mit der Kontrolle der Betriebe durch ihre Vertrauensmänner und — Polizeidiener. Wir erfahren darüber nun folgendes:

„Was die Kosten, welche im abgelaufenen Jahre anlässlich der stattgehabten Betriebsrevisionen erwachsen waren, angeht, so beziffern sich diese auf den Gesamtbetrag von 8195,36 M. Sie setzen sich zusammen aus den Tagelohnen und Reisekosten der Herren Vertrauensmänner, den Vergütungen für die Polizeidiener und sonstige Bedienstete für Begleitung beim Revisionsgeschäft, Portoausgaben usw. Im Hinblick darauf, daß nunmehr die Revision in nahezu sämtlichen Gemeinden des Großherzogtums zur Durchführung gelangt ist, sollen in der nächsten Zeit Betriebsrevisionen nur vereinzelt abgehalten werden. Den Erlaß weiterer Unfallverhütungsvorschriften der Genossenschaftsversammlung vorzuschlagen, glaubt der Genossenschaftsvorstand vorerst nicht in Anregung bringen zu sollen.“

Von der Hilfe der Ortsbehörden zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ist z. B. „Lothringen“ nicht sehr erbaut. Der Bericht führt hierzu aus:

„Sehr oft ist die mehr oder weniger große Passivität der Bürgermeister und der Gemeindevorsteher der Berufsgenossenschaft gegenüber ein Hindernis für den Stand der Unfallverhütung. Dort, wo die Erledigung einzelner Erlasse der Berufsgenossenschaft im Verfolg der Durchführung der Unfallverhütung erst unter Anwendung aller gesetzlichen Nachmittel und oft nach Verlauf von mehreren Jahren zu erreichen gewesen ist, sind in ganz typischer Weise die Betriebszustände der betreffenden Gemeinde von jeder Nachachtung der Vorschriften unberührt geblieben. Es gilt dort nur meist ein Mittel: sich der Mitwirkung der fraglichen Behörden möglichst entziehen, mit gründlicherem Eingreifen in direkte Verbindung mit den Betriebsinhabern treten und mit dem Bürgermeister als Mitglied den Anfang machen. In dieser Weise sind einzelne geradezu gewöhnliche Erfolge zu verzeichnen gewesen. Aber auch jetzt finden sich — wenn auch seltener — Gemeinden, die geschlossen die Beachtung der Vorschriften ablehnen. Für sie empfiehlt sich ein maßvolles festes Vorgehen mit Bestrafungen nach stattgefundener Revision in Form von Strafproben.“

Auch in „Oberhessen“ werden die Bürgermeister mit der Nachkontrolle der Betriebe betraut und noch bemerkt:

„Besondere Wahrnehmungen über Gesundheitsschädigung in landwirtschaftlichen Betrieben konnten nicht gemacht werden.“

### Aus der Frauenbewegung.

#### Verfassungsreform und Frauenwahlrecht in Dänemark.

Die dänische Regierung hat dem Folkething den Entwurf zu einer Verfassungsreform vorgelegt, die unter anderem den Frauen sowie den bislang ebenfalls vom Reichstagswahlrecht ausgeschlossenen Dienstleuten, die keinen eigenen Haushalt besitzen, das Wahlrecht sowohl zum Folkething wie zum Landsting bringen soll und ebenso die Wählbarkeit. Der Entwurf sieht ferner die Herabsetzung der Altersgrenze für das Wahlrecht vom 30. auf das 25. Lebensjahr vor sowie eine Verhärtung der Abgeordnetenzahl im Folkething bis auf 132 als Höchstzahl. Vorerst soll die Abgeordnetenzahl durch ein neues Wahlkreisgesetz auf 129 gebracht werden statt jetzt 114, was den bei der bestehenden Wahlkreisverteilung stark benachteiligten Wahlkreisen von Kopenhagen und Umgegend sowie den größten Städten in Jütland zugute kommt. Ein weiterer Gesichtspunkt der Regierung soll den außer Landes befindlichen Seeleuten die Wahlbeteiligung möglich machen, so daß sie ihren Stimmzettel durch die Post einbringen können.

Die Vorschläge sind nicht neu. Ueber die Verfassungsänderungen, wie sie vorgeschlagen werden, haben sich die Konservativen und Liberalen schon in der vorigen Session geäußert, und zwar um eine gründliche Verfassungsreform, die vor allem neben dem Frauenwahlrecht die Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts zum Landsting enthalten müßte, zu verhalten. Dessen ungeachtet wird sich die weitere Demokratisierung des dänischen Staatswesens auf die Dauer nicht hinterziehen lassen. Jedenfalls erhalten die Frauen Dänemarks, denen das Gemeindevahlrecht ja schon zufließt, in nicht allzu ferner Zeit auch das staatsbürgerliche Wahlrecht.

#### Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Preisexemplaren sofort ihre Adresse einleiben, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Preise nur für Freitag und Sonnabend gültig  
Soweit Vorrat

## Lebensmittel

Preise nur für Freitag und Sonnabend gültig  
Soweit Vorrat

### Frisches Fleisch

Nur Leipziger Strasse und Alexanderplatz

#### Rindfleisch

Schmorfleisch ..... Pfund 95 Pf.  
Filet im ganzen Pfund 1<sup>10</sup> ausgeschält . Pfund 1<sup>50</sup>  
Schaufelbraten ..... Pfund 1<sup>00</sup>  
Schierbraten ..... Pfund 1<sup>10</sup>

#### Kalbfleisch

Kalbskeule und -Rücken .... Pfd. 1<sup>10</sup> 1<sup>20</sup>  
Kalbsbrust ..... Pfd. 1<sup>00</sup> 1<sup>10</sup>  
Kalbskamm und Bug ... Pfund 80, 90 Pf.

#### Schweinefleisch

Karbonadenstück mit Schwarte .. Pfund 75 Pf.  
Schinken im ganzen ..... Pfund 75 Pf.  
Blatt im ganzen ..... Pfund 70 Pf.

#### Hammelfleisch

Hammelkeule ..... Pfund 85, 90 Pf.  
Englischer Rücken ..... Pfund 1<sup>80</sup>  
Rücken ..... Pfund 90 Pf.  
Kotelett ..... Pfund 1<sup>00</sup>

**Strassburg. Gänseleberpasteten zu billigsten Preisen**

Prima Bratgänse ... Pfund 60 Pf.

Junge Enten ... Stück 2<sup>50</sup> 3<sup>00</sup> 3<sup>25</sup>

Fasanen ..... Stück 2<sup>00</sup> 2<sup>50</sup>

Mast-Puten ..... Pfund 75, 85 Pf.

Grosse Hasen gestreift. .... Stück 2<sup>80</sup>

Hirschwild □ Rehwild zu billigsten Preisen

**Präsentkörbe** in geschmackvoller Ausführung ... **3<sup>00</sup>** an

### Fischkonserven

Oelsardinen ..... 1 Dose 45, 55, 75 Pf.

Oelsardinen Carnot ..... Dose 90 Pf. 1<sup>50</sup> 2<sup>75</sup>

Aal in Gelee ..... Dose 75, 95 Pf.

Ostsee-Delikatess-Heringe Dose 52, 83 Pf.

Filet-Heringe in Remouladen- u. Cumberland-Sauce ..... Dose 85 Pf.

Kronenhummel ..... Dose 1<sup>35</sup> 2<sup>40</sup>

Remouladen-Sauce ..... Glas 60, 90 Pf.

Kaviar Pfund 9<sup>50</sup> 12<sup>00</sup> bis 24<sup>00</sup>

### Wurstwaren

Zerelat und Salami ..... Pfund 1<sup>20</sup> 1<sup>60</sup>

Teewurst Rügenwalder Art ..... Pfund 1<sup>20</sup>

Pasteten-Leberwurst ..... Pfund 1<sup>10</sup>

Feine Leberwurst ..... Pfund 1<sup>00</sup>

Lachs-Schinken Pariser Art ..... Pfund 1<sup>85</sup>

Burgunder Schinken ..... Pfund 1<sup>20</sup>

Mausschinken ..... Pfund 1<sup>20</sup>

Gänsebrust ..... Pfund 1<sup>50</sup> 2<sup>00</sup>

Nur Leipziger Strasse und Frankfurter Allee

Vorbestellungen zur Lieferung am 24. werden entgegengenommen

**Lebende Spiegel- und Schuppen-Karpfen** bis 2 Pfd. schwer 90 Pf. über 2 Pfd. schwer 1<sup>00</sup>







# Zirkus Busch

Freitag, den 23. Dezember 1910, abends 7 1/2 Uhr:

## Gala-Premiere

der neuen großen Ausstattungsbantomme

# „ARMIN“

(Die Hermannschlacht).

Großes Original-Manege-Schauspiel des Zirkus Busch in 5 Akten. Verfaßt und inszeniert von Frau Levin stud. phil. Paula Busch. Entworfen von Herrn Balletmeister H. Regel. — Musik von Herrn Kapellmeister Zaubert. — Dekorationen von den Hoflieferanten Hugo Baruch u. Co. — Kostüme von Hugo Baruch u. Co. und den Hoflieferanten Berg u. Holthorn, sowie aus dem eigenen Atelier nach den Angaben des Hrn. Martha Rohlf. — Inszenationen des großen Genies, Bild- und Lichtspiel-Effekte von den Hoflieferanten Schwabe u. Co. — Elektrische Projektionen von Leo Elashow.

1. Akt: Im Wotan Hain.
2. Akt: Aufmarsch der römischen Legionen.
3. Akt: Die Hermannschlacht.
4. Akt: Im Gehöft des Armin. Siegesfeier nach der Schlacht.
5. Akt: Ein Traum in Walhalla.

Vorher: Das große Gala-Programm.



## „CLOU“

BERLINER KONZERTHAUS

Mauerstr. 22 Zimmerstr. 90-91

Eintritt 50 Pfennig.

!!! Heute !!!

Deutsche Musik vor Wagner.

Dir. Franz v. Blon. Orchester 55 Künstler.

Anfang 8 Uhr.

Sonn- u. Festtags gr. Matinee von 12-3 Uhr bei freiem Eintritt.

# Sport-Palast

Eintritt 1 M. Potsdamer Straße 70-72a Eintritt 1 M.

## Größter Eispalast der Welt

Vom 23. Dezember bis 8. Januar:

Feerie: „Weihnachten am Nordpol“.

Ständig 3 Künstlerkapellen.

— Außergewöhnliche Lichteffekte. — 200 Eislauferkünstler. —

Unterricht im Eislaufen. Täglich von 11-1 Uhr vormittags: KONZERT.

Jeden Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

## Große Silvester-Feier

der Großen Rheinischen Karnevals-Gesellschaft.

„Ein Fest im Reiche des Prinzen Karneval.“

Plätze M. 4, —. Reserviert M. 6, —.

Donnerstag, d. 5. u. Freitag, d. 6. Januar 1911, abends:

Zum Besten des

Vaterländischen Frauenvereins Berlin

Zwei Konzerte der

## Bonner Liedertafel

(2. Preis auf dem Wettstreit in Frankfurt a. M.)

230 Sänger unter Leitung des Joseph Werth.

Reservierter Platz 5 M. u. 3 M., alle anderen 2 M.

Vorverkauf bei: Hofmusikalienhandlung Bots & Bock,

Leipziger Str. 37; Musikalienhandlung Stahl, Potsdamer

Straße 39; A. Wertheim, Leipziger Straße; im Bureau des

Vaterländischen Frauenvereins, Dessauer Str. 14 und an

der Kasse des Sport-Palastes, Potsdamer Str. 72-72a.

# Rollschuhbahn

Kurfürstendamm 151

Beginnend am 25. Dezember. 3 Kurse täglich

Wochent. 11-1 4-6,30 8-11,30. Sonnt. 11-2 4-6,30 8-11,30.

Am 25., 26. und 27. Dezember: Konzert vormittags, nachmittags

und abends

Läufer mit eigenen Rollern

50 Pf. mit unseren Winslow-

Skates 1 Mark. Eintritt 50 Pf.

Eintritt u. Laufen für Kinder 50 Pf. bis 6.30 abends.

26. u. 27. Dezember: Weihnachtsfest mit Weihnachtsbaum

u. besond. Attraktionen u. Geschenken f. Kinder.

## Theater „Groß-Berlin“.

Sonntag: Weissensee, Enders-Bräu.

Montag: Puhmanns Theater.

Dienstag: Spandau, Lupkos Theater.

Der Trompeter von Säckingen.

Werner Kirchhof: 8. Winter-Sagen.

Eintritt 30 Pf.

1. u. 2. Vorstellung nachm., Kabale u. Liebe.

## Voigt-Theater

Geinhardtstr., Badstraße 68.

Deute und morgen keine Vorstellung.

Sonntag, den 25. Dezember

(1. Weihnachtsfeier)

nachmittags 3 Uhr:

Marianne, ein Weib aus

dem Volke.

Volkschauspiel in 5 Aufzügen von

E. Dräger-Wanfried.

Abends 8 Uhr:

Ihre Familie.

Volksstück mit Gesang in 3 Akten von

V. Stinde und G. Engels.

## Walhalla-Theater.

Rosenthaler Str. Weinbergstr. 20

Anfang 8 1/2 Uhr.

Dezember-Allerheuestes!

Bravo! — Da Capo!

Die Herkules-Heute in 5 Akten.

In Szene gesetzt v. Dr. H. Klein.

verb. m. neuen Couplets, Ein-

lagen u. Variationen u. a.

## Karl Haverland-

Anfang Theater Romanbanten-

präz. 7 1/2 u. Theater, Straße 77/79.

Nante Pohlmann

mit ganz neuem Repertoire und

der Schields, Komische.

## Folies Caprice.

Der feldweibelhügel

von Dengler und Soba Soda.

Neuer hantler Zell.

Hotel zur Jungfrau.

Lomitenpöffe von Sator.

## Königsstadt-Kasino.

Potsdamerstr. 72, Ecke Alexanderstraße.

Täglich: Wenn die gold'ne

Weihnacht naht! Festspiel

mit Gesang, sowie Extra-Spezial-

itäten: Jan Rudolf, Diabolo-Spieler.

Les two Clairons, Schmalhüter usw.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Feiertags 5 1/2 Uhr.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, direkt am

Meritzplatz,

10-2, 3-7. Sonntags 10-12, 2-4

## Bosporus

am Moritzplatz.

Das Variété-Konsum-System nur

an Wochentagen gültig.

Entree frei. Sie lösen nur ein

Programm pro Person 20 Pf.,

damit haben Sie 1 Glas Bier bezahlt.

8 Uhr: Das neue Oper.-Variété-Prgr.

Von 11-1 Uhr: Künstler-Konzert.

Dir. Robert Krüger.

An den beid. Weihnachtsfeiertag:

Nachmittags-Vorstellung. Anf. 3 Uhr.

## Spezial-Geschäft für Uhren

In größter Auswahl

zu sehr. sehr reguliert

Gold-Uhren 5-10 M.

Gold-Uhren 7-10 M.

Gold-Uhren 10-15 M.

Gold-Uhren 15-20 M.

Gold-Uhren 20-30 M.

Gold-Uhren 30-40 M.

Gold-Uhren 40-50 M.

Gold-Uhren 50-60 M.

Gold-Uhren 60-70 M.

Gold-Uhren 70-80 M.

Gold-Uhren 80-90 M.

Gold-Uhren 90-100 M.

Gold-Uhren 100-110 M.

Gold-Uhren 110-120 M.

Gold-Uhren 120-130 M.

Gold-Uhren 130-140 M.

Gold-Uhren 140-150 M.

Gold-Uhren 150-160 M.

Gold-Uhren 160-170 M.

Gold-Uhren 170-180 M.

Gold-Uhren 180-190 M.

Gold-Uhren 190-200 M.

Gold-Uhren 200-210 M.

Gold-Uhren 210-220 M.

Gold-Uhren 220-230 M.

Gold-Uhren 230-240 M.

Gold-Uhren 240-250 M.

Gold-Uhren 250-260 M.

Gold-Uhren 260-270 M.

Gold-Uhren 270-280 M.

Gold-Uhren 280-290 M.

Gold-Uhren 290-300 M.

Gold-Uhren 300-310 M.

Gold-Uhren 310-320 M.

Gold-Uhren 320-330 M.

Gold-Uhren 330-340 M.

Gold-Uhren 340-350 M.

Gold-Uhren 350-360 M.

Gold-Uhren 360-370 M.

Gold-Uhren 370-380 M.

Gold-Uhren 380-390 M.

Gold-Uhren 390-400 M.

Gold-Uhren 400-410 M.

Gold-Uhren 410-420 M.

Gold-Uhren 420-430 M.

Gold-Uhren 430-440 M.

Gold-Uhren 440-450 M.

Gold-Uhren 450-460 M.

Gold-Uhren 460-470 M.

Gold-Uhren 470-480 M.

Gold-Uhren 480-490 M.

Gold-Uhren 490-500 M.

Gold-Uhren 500-510 M.

Gold-Uhren 510-520 M.

Gold-Uhren 520-530 M.

Gold-Uhren 530-540 M.

Gold-Uhren 540-550 M.

Gold-Uhren 550-560 M.

Gold-Uhren 560-570 M.

Gold-Uhren 570-580 M.

Gold-Uhren 580-590 M.

Gold-Uhren 590-600 M.

Gold-Uhren 600-610 M.

Gold-Uhren 610-620 M.

Gold-Uhren 620-630 M.

Gold-Uhren 630-640 M.

Gold-Uhren 640-650 M.

Gold-Uhren 650-660 M.

Gold-Uhren 660-670 M.

Gold-Uhren 670-680 M.

Gold-Uhren 680-690 M.

Gold-Uhren 690-700 M.

Gold-Uhren 700-710 M.

Gold-Uhren 710-720 M.

Gold-Uhren 720-730 M.

Gold-Uhren 730-740 M.

Gold-Uhren 740-750 M.

Gold-Uhren 750-760 M.

Gold-Uhren 760-770 M.

Gold-Uhren 770-780 M.

Gold-Uhren 780-790 M.

Gold-Uhren 790-800 M.

Gold-Uhren 800-810 M.

Gold-Uhren 810-820 M.

Gold-Uhren 820-830 M.

Gold-Uhren 830-840 M.

Gold-Uhren 840-850 M.

Gold-Uhren 850-860 M.

Gold-Uhren 860-870 M.

Gold-Uhren 870-880 M.

Gold-Uhren 880-890 M.

Gold-Uhren 890-900 M.

Gold-Uhren 900-910 M.

Gold-Uhren 910-920 M.

Gold-Uhren 920-930 M.

Gold-Uhren 930-940 M.

Gold-Uhren 940-950 M.

Gold-Uhren 950-960 M.

Gold-Uhren 960-970 M.

Gold-Uhren 970-980 M.

Gold-Uhren 980-990 M.

Gold-Uhren 990-1000 M.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-

ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslofenfaal):

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Das Verbandsbureau ist am Sonnabend, den 24. Dezember (Heiligabend) und am Sonnabend, den 31. Dezember (Silvester) nur bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Das Bureau ist geschlossen am:

Sonnabend, den 24. Dezember, nachmittags.

Montag, den 26. Dezember, den ganzen Tag.

Dienstag, den 27. Dezember, den ganzen Tag.

Sonnabend, den 31. Dezember, nachmittags.

Arbeitslose Mitglieder, deren Unterstützung am Sonnabend, den 24., Montag, den 26., und Dienstag, den 27. Dezember, fällig ist, geben Freitag, den 23. Dezember, Bücher und Arbeitslofenkarten im Arbeitsnachweis ab und bekommen die Unterstützung am Sonnabendvormittag ausgezahlt.

Die Arbeitsnachweise sind am Montag, den 26., und Dienstag, den 27. Dezember, geschlossen.

Die Einfassung der Beiträge in den Zahlstellen erfolgt am 24. und 31. Dezember von 5 bis 7 Uhr abends.

## Achtung!

# Jugendliche Holzarbeiter!

Am Montag, den 26. d. M. (2. Weihnachtsfeiertag) sieht den Jugendlichen und Lehrlingen das Jugendheim der Holzarbeiter, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Eingang 13, Zimmer 4, parterre, von 3 bis 8 Uhr zur Verfügung.

Unsere Kollegen werden gebeten, die Jugendlichen darauf aufmerksam zu machen.

Die Kommission.



